

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: halbjährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage. Die Rate beträgt 10 Pf. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungsliste. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsreihige Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (frei gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 18. Juni 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Sieg in Pommern.

Ewinemünde, 17. Juni.  
(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Bei der heutigen Stichwahl im Wahlkreis Usedom-Wollin erhielten Runke (Soz.) 10 158, v. Pöhlendorff (L.) 9456 Stimmen. Einige kleinere Orte stehen noch aus. Der Sieg Runkes ist gesichert.

Die Zahlen der Hauptwahl lauteten: Runke (Soz. 7768, v. Pöhlendorff (L.) 6182, Herrendorffer (Fortschritt) 4319 Stimmen. Die Stimmenzahl des Sozialdemokraten stieg in der Stichwahl um 2390, die des Konservativen um 3324.

An den guten Anfang haben unsere Genossen in Usedom-Wollin ein gutes Ende geknüpft. Ueber dem Wahlkreis weht das rote Banner, der achtundvierzigste Sozialdemokrat zieht in den Reichstag der Pottentottenwahl, die unsere Fraktion auf 43 herabgedrückt hatte. Es geht prächtig vorwärts. . .

Der Sieg in Pommern ist nur ein Glied in der Kette der Erfolge, die jede Nachwahl der Partei der Arbeit gebracht hat und jeder dieser Erfolge ist redlich verdient. Nicht nur der unermüdeten Arbeit der Organisation und Aufklärung, sondern auch der unbeirrbar und unerschütterlichen Politik, die die Partei befolgt hat, verdankt sie die sich mehrenden Erfolge. Als 1907 die Annahme unserer Stimmen „nur“ eine Viertelmillion betrug und unsere Mandate auf 43 sich verminderten, da glaubten die Bürgerlichen den Moment gekommen, die Partei von der geraden Linie ihrer Politik, die ihr die Erkenntnis der gesellschaftlichen Bewegungsgesetze und das Klasseninteresse des arbeitenden Volkes bestimmt, endlich abdrängen zu können. Es war vergebliche Hoffnung. Die Arbeiter haben ihre Politik nicht geändert, aber die Politik der Herrschenden erlebte ihren schmachvollen Vankeroht. Von den Versprechungen, mit denen sie die Wahlkampagne bestritten, ist keine einzige erfüllt worden. Statt des versprochenen Fortschritts Rückschritt; statt Sozialreform Stagnation, statt Entlastung der durch die Zollpolitik niedergedrückten Arbeitermassen der ungeheuerliche Raubzug der halben Milliarde. Aber eins hat das deutsche Volk gewonnen in diesen Jahren: Klarheit. An Stelle des Scheinliberalismus der Wilton und Dernburg ist die offene Diktatur der feudalen-meritokratischen Reaktion getreten und die politische Machtfrage ist endlich unzweideutig gestellt.

Und auf die klare Frage gibt das deutsche Volk klare Antwort. Der Schwandel der Pottentottenwahl wird an ihren Urheber und Opfer gerächt und die Enttäuschten von 1907 strömen in Scharen zu der Partei, die sie nie enttäuscht hat und nie enttäuschen kann, weil das Interesse der arbeitenden Masse ihre einzige Richtschnur ist.

So bringt jede Wahl neue Fortschritte der Sozialdemokratie auf Kosten aller bürgerlichen Parteien, die alle einen Teil der Verantwortung tragen für das Regiment der Reaktion und Unfähigkeit, das heute über Deutschland errichtet ist. Der Rückgang der bürgerlichen Stimmen wird aber zugleich begleitet von einer Verschärfung des Gegensatzes zwischen den bürgerlichen Parteien selbst. Die Parteien des schwarz-blauen Blochs mögen es noch so hartnäckig leugnen: die Erbitterung des Volkes ist doch in erster Linie gerichtet gegen die Urheber der elenden Reichsfinanzreform, gegen die türkischen Feinde des gleichen Wahlrechts.

Die Führer der fortschrittlichen Volkspartei — von den Nationalliberalen ganz zu schweigen — können sich freilich noch immer nicht zur Erfüllung ihrer politischen Pflicht aufschwingen. Das deutsche Volk will endlich den Entscheidungskampf gegen die unerträgliche Pfaffen- und Junkerherrschaft auskämpfen. Die liberalen Führer lassen es im Stich. Die Nationalliberalen haben sich nicht getraut, in dem pommerschen wie in dem hessischen Wahlkreis die Parole zugunsten der verhassten Konservativen auszugeben; der Partei der großindustriellen Scharfmacher ist der Sozialdemokrat ein größeres Uebel als der Junker und Agrarier. Aber auch die Fortschrittler wagten nicht, die einzige, gerade vom Standpunkt des Liberalismus notwendige Entscheidung zu treffen: keine Stimme den konservativen Lobfeinden der politischen Freiheit. Und da sie auch vor dem Gegenteil zurückschreckten, so enthielten sie sich jeder klaren Stellungnahme und überließen dies den Wählern. Diese spalteten sich. Zur Zunahme unserer Stimmen haben am meisten unsere eigenen Reserven beigetragen, nur ein Teil der freisinnigen Stimmen ist unserem Kandidaten zugefallen.

Mit um so größerer Befriedigung dürfen wir uns des Sieges freuen. Wir wissen, daß unsere Erfolge

nur dann gesichert sind, wenn sie aus eigener Kraft erungen; wir wissen, daß in den großen sozialen Entscheidungskämpfen zwischen Proletariat und Bourgeoisie die Arbeiterklasse allein steht, allein gegen die vereinigten Gegner. Allerdings in der jetzigen Phase des Kampfes handelt es sich in Deutschland darum, ob das Bürgerium die Kraft und den Mut findet, seine Herrschaft in den entwickelten politischen Formen, wie sie in den Weststaaten erreicht sind, auszuüben, oder ob es noch länger der junkerlichen Prätorianergarde unterworfen bleiben soll, die als Preis der Herrschaft die Plünderungsfreiheit ihrer Kaste fordert. Darauf gibt der Ausgang dieser Wahl keine Antwort, die zu allzu zuberstichtlichen Hoffnungen berechtigt.

Zimmerhin, die Wähler in Usedom-Wollin haben gegen die Junker entschieden. Die Lehren der letzten Jahre sind nicht vergeblich gewesen und der blinde Furor gegen die Sozialdemokratie der 1907 die Liberalen den Konservativen zugezogen hat, ist verfliegen. Aber so erfreulich dieses Resultat ist, es ist nur ein vereinzelter. Die Geschichte des deutschen Bürgeriums und gar die Geschichte des deutschen Liberalismus, warnt eindringlich vor optimistischen Hoffnungen.

Doch nicht darauf gründet sich unsere Zuversicht. Viel wichtiger als das Verhalten der anderen Parteien ist die Tatsache, daß die Werbekraft unserer Partei gewaltig zugenommen, daß die Zahl unserer Anhänger, die Stärke unserer Organisationen und unserer Presse sich stetig vermehrt. Die Sozialdemokratie ist auf dem Marsche und unsere Aufgabe muß es sein, alle Kräfte einzusetzen, die Gunst der Umstände zu nützen und alles aufzubieten, daß die schönen Verheißungen der letzten Nachwahlen bei den allgemeinen Reichstagswahlen, die diesmal so bedeutungsvoll sein werden, ihre Erfüllung finden.

## Auch ein Zeichen.

Das Saarrevier ist heute von den industriellen Gebieten Deutschlands noch das einzige, wo die Sozialdemokratie zurzeit erst eine kleine Minderheit der Arbeiter zu erfassen vermocht hat. Im Jahre 1907 wurden in den beiden Wahlkreisen Saarbrücken und Ottweiler-St. Wendel erst 8498 sozialdemokratische Zettel abgegeben bei 82 297 gültigen Stimmen. Die Gründe dafür sind verschiedener Art. Saarbrücken ist nicht nur das Land der Stummischen Praxis, der brutalsten Arbeiterschneidung und Vergewaltigung, bei der die Verwaltung der staatlichen Bergwerke Hand in Hand mit den Kohlen- und Schieferbaronen des Bezirks geht, die Ausbeuter der Arbeiterklasse haben dort auch den konfessionellen Gegensatz — katholische und protestantische Bevölkerung halten sich in den Kreisen fast genau die Waage — stets wach zu erhalten und für ihre Zwecke auszunützen verstanden. Der Kampf um die Mandate wird dort seit Jahrzehnten zwischen den Vertretern der Großindustrie, die je nachdem freikonservativ oder nationalliberal firmieren, und dem Zentrum ausgefochten. In den Stichwahlen des Jahres 1907 siegten in beiden Kreisen die Nationalliberalen, in Saarbrücken wurde Vohly, in Ottweiler-St. Wendel v. Schubert gewählt.

Natürlich haben die Saarbergleute und Hüttenmänner und Bergwerksarbeiter an diesen beiden Vertretern ihre wahre Freude gehabt. Wenigstens vor der Wahl, denn damals ließ sich der Herr v. Schubert, Generalleutnant z. D., einer aus der Stummischen Dynastie herbei, ihnen das Koalitionsrecht zu versprechen. Das heißt, er wollte dahin wirken, daß die christlichen Gewerkschaftler wegen ihrer Zugehörigkeit zu ihren Organisationen von den industriellen Machthabern nicht mehr verfolgt und gemahregelt würden. Wenn ihm das Wahlvolk auf den Nägeln brennt, wenn er, der bisher immer noch nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht gewählt wird, die Stimmen der Proleten braucht, dann verspricht schließlich auch ein Generalleutnant z. D., was er sonst nicht versprechen würde. Mit dem Versprechen ist es aber in solchem Falle leider noch nicht einmal getan, wie sich jetzt erweist. Die Proleten glauben sogar ein Anrecht auf Erfüllung des Versprechens zu haben, und da sie der Ansicht sind, daß sie darum betrogen sind, so erklären sie jetzt gar, sie wollten künftig nicht mehr nationalliberal wählen. Am 5. Juni haben etwa 300 Vertrauensleute des christlichen Bergarbeiter-Gewerksvereins ihrer Entrüstung über die Haltung des Herrn v. Schubert erbittert Luft gemacht. Und sie blieben nicht beim Schellen und Drohen, sondern handelten. Sie beschloßen, für die nächsten Wahlen den Bergmann und Knappschaftsältesten Forster-Kremsdörfer als Arbeiterkandidaten aufzustellen. Eine Arbeiterpartei wurde gegründet. Hauptredner dafür war ein Bergmann Holz, der im Jahre 1902 noch offizieller Wahlredner für Schubert gewesen. Der Versuch eines Herrn Wollersheim aus Völsfeld, die Leute für die Christlichsozialen zu gewinnen, mißlang durchaus. Sie erklärten die Bezeichnung „Christlich“ in der Politik für unsinnig.

Ueber die Aussichten dieser neuen Partei läßt sich noch nichts sagen — wahrscheinlich wird sie indes die Nationalliberalen so schwächen, daß das Mandat dem Zentrum zufällt. Auf alle Fälle ist das Vorgehen der Dreihundert ein Zeichen erwachenden Klassenbewußtseins — wenn die Proleten des Saarreviers nicht direkt zur Sozialdemokratie kommen, so degreift sich das leicht auf den ganz besonderen Verhältnissen des Kreises. Die Logik der Tatsache wird sie schließlich aber früher oder später doch in das Lager des Klassenbewußten Proletariats führen, das sie jetzt noch scheu meiden.

## Die Pariser Geschworenen gegen die zarische Lockspitzelei.

Paris, 15. Juni. (Fig. Ver.) Die Geschworenen haben heute den Attentäter Rips freigesprochen. Es ist ein politisches Urteil und darin liegt seine Bedeutung. Rips hat erklärt, seine Tat mit voller Ueberlegung vollbracht zu haben und doch haben die Richter einen Schuldspruch nicht fällen wollen. Ihr Urteil ist so ein Urteil über das verbrecherische Treiben der zarischen Polizei, eine Demonstration des Volksgewissens gegen die Gemeinshaft mit dem Jarenregiment, die die Staatsflugheit der Regierenden nicht abzuweisen wagt.

Der erste Verhandlungstag war dem Verhör des Angeklagten und des Obersten von Kotten gewidmet. Die russische Regierung hatte diesen in der Tat zur Verhandlung beordert, vielleicht weil sie hoffte, durch ihre offenkundige Identifizierung mit dem Lockspitzelwerber das französische Gericht zu beeinflussen, vielleicht auch in der Erwartung, durch die zynische Frechheit Kottens ein gutes Gewissen zu markieren. Sie hat sich vollständig verrechnet. Nicht nur hat Kotten als blamierter — Richtereuropäer den Gerichtssaal verlassen, sondern der Freispruch ist eine schallende Ohrfeige für Kottens Protogebier, bis zu ihrem obersten Herrn hinaus.

Rips, der 21 Jahre alt und Agronom ist, erzählte zunächst, wie er durch den ständigen Anblick der von den Organen des Zarismus verübten Gewalttätigkeiten und Rechtsverletzungen er zu Mitleid für die Opfer ergriffen und dann durch Beobachtung und Studium ein Sozialrevolutionär wurde. Er berichtete weiter über seine erste, von Kotten ohne jede juristische Unterlage verfügte Verschickung nach Sibirien. Der Polizeikommissar Serakow, der in Veratow gegen das Volk gewütet hatte, wurde durch eine Bombe getötet. Unter den zahlreichen, aus diesem Anlaß Verhafteten befand sich auch Rips. Sechs Monate lang konnte er die Notlage nicht erfahren, erst durch einen Hungerstreik erzwang er die Vornahme des Verhörs. Sein Ankläger war — der Bombenwerfer selbst. Er zog indes seine Behauptungen zurück, worauf Rips auf freien Fuß gesetzt wurde. Vor Gericht gezogen, bekannte der Attentäter, daß ihn ein ehrgeiziger Gendarmereihauptmann angeflist habe. — Bald nach seiner Befreiung wurde Rips auf einem Postamt von maskierten Männern neuerdings arreziert. — Der Angeklagte erzählt im weiteren von dem Vorschlag v. Kottens, als Provokateur tätig zu sein, wobei ihm der Präsident entgegenhält, daß der Oberst erkläre, er habe ihn nur als „Anzeiger“ engagieren wollen. Aber Rips hält seine Behauptung aufrecht. Er berichtet, wie ihn v. Kotten mit einem falschen Paß nach Paris geschickt und angewiesen habe, dort mit „Alexandrow“ in Verbindung zu treten. In Paris angekommen, ging Rips zu Burgow, der ihn über die Verwerflichkeit seines Vorhabens aufklärte. Rips wollte sich nun rächen. „Ich habe den Mann töten wollen, der mich entehrt hat. In ihm wollte ich die Idee der Provokation treffen.“

v. Kotten, der hierauf vorgezogen wird, sucht vorerst die erste Verschickung und das Verschickungsverfahren selbst zu rechtfertigen. Bei der zweiten Vernehmung habe Rips selbst gebeten, daß man ihn nicht verschiden, worauf er ihm angeboten habe, Dienste als „Anzeiger“ zu leisten. „Die weiteren Details“, fügt er hinzu, „hat man ja in der „Humanität“ gelesen. Was dort gesagt wird, daß wir erklärt hätten, die Polizei sei den Revolutionären erkenntlich, weil sie nur dank ihnen existiere, so sei diese Wendung sicher gebraucht worden. Sie habe sagen wollen, daß die Polizei von den Revolutionären lebt wie die Kerzte von den Kranken und die Amalthee von den Angeklagten.“ Das Attentat selbst schildert er übereinstimmend mit Rips. Auf die Frage des Präsidenten, warum er dem Untersuchungsrichter geschrieben habe, er lehre nach Rußland zurück, weil sein Leben von den Terroristen bedroht sei, erwidert er kühn: „Das war der einzige glaubhafte Vorwand für meine Abreise.“

Genosse Willm rückt dem Polizisten nunmehr mit Fragen auf den Leib. v. Kotten gibt zu, auf der Rückreise in Berlin einer Dame begegnet zu sein. Der Verteidiger fragt, ob er ihr die Pariser Vorgänge erzählt und die Persönlichkeit des angeblichen „Lucien“, der ihn zu Rips begleitet hätte, bekanntgegeben habe. „Es ist möglich, ich erinnere mich nicht“, antwortete Kotten. — „Sind Alexandrow und Lucien eine und dieselbe Person?“ — „Auf diese Frage antworte ich nicht.“ — „Trägt sie nicht einen vielgenannten Namen?“ — „Darauf antworte ich nicht.“ — Jeder Zuhörer weiß, was dieses Schweigen bedeutet: die Identität Lucien-Alexandrows mit Garling-Landesen. — Auf die Aufforderung Latoris, die Aufgabe Rips zu präzisieren, erklärt v. Kotten mit eiserner Stirn: „In der russischen Polizei gibt es keine agent provocateur. Man nennt diese Leute geheime Mitarbeiter. Manche verüben Mißbräuche, die man unterdrückt!“ — „Und Kzew?“ ruft Rips. — „Ich kenne Kzew nicht.“

Als erster Zeuge wurde heute Genosse Jean Donguet vorgerufen, der das Hochverbrechen als eine traditionelle russische Einrichtung nachweist. „Das ist alles alte Geschichte“, ruft v. Kotten, „meine Regierung hat mich nur hergeführt, auf die Angriffe zu antworten, die meine Affäre und nicht die Polizei im allgemeinen betreffen.“ Willm befehlet den Herrn, daß die russische Regierung über die Führung einer französischen Justizverhandlung gar nichts vorzuschreiben habe. — Der russische Advokat Staal weist Kottens Behauptungen über angebliche Rechtsgarantien bei der Deportation als Lügen nach. — Jaurès gibt die Geschichte seiner Intervention im Fall Harting wieder und streift die Gefälligkeit, die ein Teil der französischen Polizei für die russische Geheimpolizei hat. — Willm teilt hier den Geschworenen ausdrücklich mit, daß Harting und Alexandrow-Lucien identisch sind.

Kubanowitsch behandelt die Affäre Azew. 28 Aktente hat Azew mit Polizeihilfe organisiert. In Wilna hat ein Polizeiaгент, der sich für einen von seinem Leutnant mißhandelten Soldaten ausgab, 15jährige Mittelschüler zur Fabrikation von Explosivstoffen angeleitet. In Warschau hat der vom Gendarmerieobersten beschäftigte Lockspiel Schebelski Sozialisten zur Herstellung von Bomben bewogen und an den Galgen gebracht.

Burzew bezeugt die Ehrenhaftigkeit des Rips. Kotten hat diesen nämlich verdächtigt, seine Polizeikolle erst genommen zu haben. Eine Untersuchung von Kottens Tätigkeit hat ihm diesen als Spezialisten im Anwerben von Hochspitzeln gezeigt. Einmal hat Kotten einen Verhafteten mit dem Revolver in der Hand zur Annahme seines Antrages gezwungen. Die Dame Jochenko, die v. Kotten in Berlin besucht hat, hat Burzew erzählt, daß Kotten ihr gesagt habe, daß er von Harting zu Rips Hotel begleitet worden sei. — v. Kotten gibt zu, mit Frau Jochenko in Berlin gesprochen zu haben.

Sakai, Burzew's bekannter Gewährsmann in der Azew-Affäre, fügt interessante Details über die Hochspitzelei hinzu, die von allen „Angelegern“ betrieben werde. Er erklärt, daß v. Kotten mit Azew in Verbindung gestanden habe.

Herr Labori eröffnete sein Plaidoyer für v. Kotten mit der Erklärung, daß er keine Beurteilung des Angeklagten fordere, aber die Ehre v. Kottens verteidigen müsse. Die russische Polizei und die russischen Revolutionäre kämpften beide mit Einsetzung ihres Lebens. Die den Revolutionären in Frankreich gewährte Gastfreundschaft gehe zu weit! — Der Generalanwalt forderte eine Beurteilung, die sich aus dem juristischen Tatbestand ergebe. Die Verteidiger Schomassin und Willm forderten die Freisprechung. Willm beleuchtete auch die „Oberstenschaft“ v. Kottens, der als Hauptmann der Artillerie ausgetreten und als Polizist in drei Jahren Oberst geworden sei. Seine Titel und Ehren seien aus Rot und Blut emporgehoben worden. Willm beleuchtete die Beziehungen v. Kottens mit Frau Jochenko, einer Provokatourin, die mit Harting und Azew im Bund der Polizeipräferenten von Moskau von einem jungen Mädchen töten ließ. Er zeigte, daß der Fall Rips eine Episode in dem Kampf sei, den in Rußland diejenigen, die die Wiedergeburt ihres Landes wollen, mit Kotten führen, die Ehre und Freiheit zur Ware machen. Rips habe seine Ehre gerächt, sein Akt sei provoziert worden. Die Jury möge zeigen, daß sie ihre Unabhängigkeit zu wahren versteht.

Die Beratung der Geschworenen dauerte 20 Minuten. Dann wurde unter rauschendem Beifall der Freispruch verkündet.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Juni 1910.

### Die Angst um Friedberg-Büdinger

Kommt in dem Organ des Bundes der Landwirte zum kräftigen Ausdruck. Die „Deutsche Tageszeitung“ beschwört die Nationalliberalen, ihre ganze Kraft aufzubieten, um den Wahlkreis vor der Sozialdemokratie zu retten. Zwar wolle dem Vernehmen nach die nationalliberale Partei für die Stichwahl die Parole ausgeben, den bündlerischen Kandidaten zu wählen und das nationalliberale Parteiorgan habe die Aufforderung ja auch schon ergehen lassen. Leider aber werde die offizielle Stellungnahme der Nationalliberalen nicht gerade unterstützt durch die Art, wie ihre Presse gleichzeitig den Bund der Landwirte mit Geschäftsgleiten überhäufte, „zu deren richtiger Kennzeichnung selbst das stärkste Wort kaum ausreichen würde“. Das Bündlerblatt bittet die Nationalliberalen, zu bedenken, „daß es aller Kraft bedürfen wird, das ehemalige Mandat des Grafen Oriola und des nationalliberalen Führers Miquel dem Bürgerturn zu erhalten“.

Andererseits die „Kreuzzeitung“. Sie scheint auf die Eröberung des Kreises schon nicht mehr zu rechnen. So bringt sie heute als Leitartikel eine Zuschrift aus Hesse, die über die Nationalliberalen in der schärfsten Weise herzieht. Es heißt darin unter anderem:

... Die Bauernschaft lehrt der Partei den Rücken. Das bedeutet aber für die Nationalliberalen nichts Geringeres als den Verlust ihrer sämtlichen Mandate...

Der nationalliberale Partei treu geblieben sind nur die Kreise, die ihr den Spottnamen „Kaffinpartei“ eingebracht haben: die nach Bildung und Besitz in den Kreis- und Amtsblättern maßgebenden Kreise, vornehmlich der überwiegende Teil der Beamtenenschaft. Hier geht es seit beinahe Menschengedenken zum guten Ton, nationalliberal zu sein. Bedenkt man die engen gesellschaftlichen und familienzusammenhänge, die die kleinbäuerlichen Verhältnisse mit sich bringen, so ist es nicht verwunderlich, daß die Zahl der liberalen Wähler gerade in diesen Kreisen nicht unbedeutend ist. Man möchte nicht aufpassen und kein Störenfried sein. Recht peinlich wird man es nun empfinden, bei der bevorstehenden Stichwahl Farbe bekennen zu müssen in puncto Sozialdemokratie. Jenner der Verhältnisse neigen zu der Annahme, daß ein beträchtlicher Teil der Beamten unmittelbar durch Wahl oder doch mittelbar durch Wahlentscheidung sich für die Partei der Umwälzer entscheiden wird. Doch man dabei sich doch keine nationale Gesinnung bewahrt hat, wird man durch eifrige Tätigkeit bei Kriegesvereins- und ähnlichen Festen beweisen. Zunächst ist aber alles erlaubt, wenn es gilt, die Reaktion niederzurufen“.

Zum Schluß wird den Nationalliberalen angekündigt, daß die Konserwativen den Kampf wider den Nationalliberalismus energisch fortsetzen werden, daß sie sich als Ziel die Eröberung aller nationalliberalen Mandate Hessens gesetzt haben.

Die nationalliberale Presse ergeht sich indes in bitteren Klagen ob der unerhört gehässigen und strapuzellen Agitation der Konserwativen. Die „Köln. Ztg.“ bringt eine Korrespondenz aus dem Wahlkreise, worin von Händlern der Bündler und Antiksemiten die Rede ist, „deren Wiedergabe in

der „Kölnischen Zeitung“ unmöglich erscheint“. In dieser Korrespondenz wird auch ausgesprochen, es scheint zweifellos zu sein, daß die nationalliberale Partei für den bürgerlichen Kandidaten v. Helmolt eintritt. „Justizrat Winderich hat sich gestern in der öffentlichen Versammlung schon entschieden dafür ausgesprochen. Daß die Freisinnige Volkspartei das gleiche tut, ist nach der Stimmung im Wahlkreise nicht anzunehmen. Und deshalb erscheint es recht zweifelhaft, ob v. Helmolt gewählt wird“.

Der nationalliberale Abgeordnete Fuhrmann hat in einer Versammlung zu Friedberg in ähnlicher Weise die Agitation der Bündler gekennzeichnet. Nach der „Frankf. Zeitung“ hat er gesagt:

Das eine aber müßte er auch aussprechen, daß er noch nie einen Wahlkampf von einem solch tiefen Niveau geführt habe. Wenn man so traurigen Gesellen gegenüberstehe, wie denjenigen, mit denen man sich vielfach hier hätte herumzuschlagen müssen, dann möchte einem manchmal der Stiel aufsteigen, und er müßte diejenigen bedauern, die solchen Leuten als Agitatoren ihr Schicksal in die Hand geben. Wir stehen hier einer richtungslosen und brutalen Interessenvertretung gegenüber, und wenn ich einen Vorwurf gegen den Bund der Landwirte erhebe, so ist es der, daß er den Idealismus aus den Herzen der deutschen Bauern gerissen hat“.

Die „Frankfurter Kleine Presse“ gibt eine artige Probe der düstigen bündlerischen „Aufklärung“, die die „Kreuzzeitung“ nicht genug zu loben weiß. Danach hat in einer Versammlung ein Redner des Bundes der Landwirte, der Gutspächter Schmidt aus der Pfalz, erklärt: „Da sind sie, die Herren Beamten, arbeiten wollen sie nicht, immerzu Ferien wollen sie haben und Koteletts so groß wie Abtrittsdädel freisen — und die Bauern müssen alles bezahlen“.

Man begreift nach alledem die Angst der „Deutschen Tageszeitung“ und die Resignation der „Kreuzzeitung“ sehr gut. Natürlich wird dieser erbauische Streit im bürgerlichen Lager unsere tapferen hessischen Genossen nicht einen Augenblick in dem Bewußtsein wandeln machen, daß sie für die Stichwahl nur auf die eigene Kraft bauen dürfen.

### Seeringens Infarenritt gegen die freie Jugendbewegung.

Die „Kreuzzeitung“ hat auf Anfrage vom Kriegsminister die Versicherung erhalten, daß er neuerdings keine Vorstellungen beim Staatsministerium wegen der antimilitaristischen Agitation unter der Jugend gemacht habe. Das klingt wie ein einwandfreies Dementi, aber es stimmt doch nicht. Etwas ist an der Meldung, denn die „Deutsche Tageszeitung“ weiß darüber das Folgende zu erzählen:

„Daß die heeresfeindliche Agitation in der Jugend wie in der erwachsenen Bevölkerung an den unzulässigen Stellen Beachtung gefunden hat, und daß der Reichsheer, die schulentlassene Jugend vor der sozialdemokratischen Verführung besser als bisher zu bewahren, auch zu Erwägungen im Schoße des Staatsministeriums geführt und auch bereits auf die Förderung des Fortbildungsunterrichts wie aller Bestrebungen, die Jugend in gesundem und patriotischem Geiste zu erziehen, eingewirkt hat, ist ohne Zweifel zutreffend. Aber von einer besonderen „Vorstellung“ des Kriegsministers wie von einer Erklärung, daß er bei Fortdauer der gegenwärtigen Zustände die Verantwortung für die Schlagfertigkeit des Heeres nicht mehr übernehmen könne, ist nicht die Rede. In einer Vernehmung in dieser Beziehung liegt denn doch glücklicherweise trotz der sozialdemokratischen Wählerarbeit noch kein Grund vor. Niemand kann daran zweifeln, daß die Schlagfertigkeit unseres Heeres und daß im ganzen auch der soldatische Geist in unserer Armee unerschüttert und unantastbar besteht. Es handelt sich bisher nur darum, vorbeugende Erziehungsarbeit an unserer Jugend zu leisten, um sie vor Verführung und Verwahrlosung besser zu behüten; nicht aber um Maßnahmen, die zur Vereitelung solcher Gefahr nötig wären“.

Um, im klaren Seesaher liegt also noch nicht vor, aber doch Gefahr! Offenbar hat der Kriegsminister gegen die freie Jugendbewegung scharf gemacht. Und nun erwägt man wohl im Staatsministerium, wie man der unbehaglichen Erscheinung zu Leibe kommen kann. Da sich die freie Jugendbewegung aber streng im Rahmen des Gesetzes hält und selbst die Auslegungskünste deutscher Richter ihre Grenze haben, so wird es wohl ohne ein kleines Ausnahmengesetz nicht abgehen. Wir werden ja bald sehen, ob der Infarenritt v. Seeringens praktische Folgen hat.

### Noch eine Enghylla-Interpellation.

München, 16. Juni. Nun hat auch das bayerische Abgeordnetenhaus seine Enghylla-Debatte gehabt. Die Liberalen sahlten das Bedürfnis zu einer Besprechung dieser Angelegenheit und reichten eine Interpellation ein, in der bei der Regierung angefragt wird, was sie gegen die schweren Beleidigungen der evangelischen Glaubensgenossen zu tun gedenke.

Das Haus ist gut besetzt, die Galerien sind gefüllt, die äußeren Anzeichen eines „großen Tages“ also vorhanden. Aber die Sensation blieb aus. Dr. Casselmann begründete die Interpellation in langer Rede, die die Anschuldigungen der Evangelischen wiedergab und naturgemäß neue Momente nicht bringen konnte.

Im Rahmen der Gesamtregierung beantwortete der Kultusminister die Interpellation mit einer Erklärung: Wozern sei ein parteilicher Staat und müsse alles abzuwehren suchen, was den konfessionellen Frieden stören könne. Die bayerische Regierung habe bald nach der Erscheinung der Enghylla ihren Gesandten in Rom beauftragt, bei der Kurie die nötigen Schritte zu tun. Es sei der Kultus insofern von Rom aus angewiesen worden, die Verbreitung und Veröffentlichung der Enghylla in den Kirchen und den bischöflichen Amtsblättern Bayerns zu verhindern.

Die Besprechung der Interpellation wird beschlossen durch Unterstützung der Bündler und Sozialdemokraten.

Zunächst erhält Besch, der Vertreter des Bauernbundes, das Wort zu Ausführungen, die sich ungefähr decken mit denen Casselmans. Für die Sozialdemokraten gab Genosse Müller eine kurze Erklärung ab, die darauf hinweist, daß unsere Partei es ablehnt, sich in die konfessionellen Streitigkeiten zwischen Protestanten und Katholiken einzumischen. Unsere Partei sei für Trennung von Staat und Kirche, um eben zu verhindern, daß kirchliche und religiöse Fragen das öffentliche und politische Leben beschäftigen und den Frieden der Bevölkerung stören können. Genosse Müller gab dann noch dem Gedanken Ausdruck, daß der reformierte Junker und der katholische Zentrumsmann trotz der Enghylla sich bei den Wahlen schon finden werden.

Das Zentrum erklärte, wie im preussischen Dreiklassenhaus, sich überhaupt nicht an der Besprechung zu beteiligen, weil die Enghylla eine innerkirchliche Angelegenheit der katholischen Kirche sei und im bayerischen Parlament nicht Gegenstand einer Besprechung sein könne.

### Abgeordneter Schmidt-Warburg gestorben.

Am Freitag früh verschied infolge eines Herzleidens der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Schmidt-Warburg. Der Verstorbene gehörte als Zentrumsgewählter dem Landtag seit 1888, dem Reichstag seit 1893 ununterbrochen an. Er vertrat den westfälischen Wahlkreis Warburg-Höxter. Bei der letzten Reichstagswahl entfielen auf ihn bei einer Wahlbeteiligung von 88,2 Proz. 14.513, auf den konserwativen 1556, auf den sozialdemokratischen Kandidaten 457 Stimmen. Mit ihm, der am Mittwoch 63 Jahre alt geworden

war, verlor das Zentrum ein auch bei den anderen Parteien sehr beliebtes Mitglied. Schmidt-Warburg war Landgerichtsrat. Er ist wohl infolge seiner unbeuglichen, aufrechten, altwestfälischen liberalen Gesinnung nicht Landgerichtsdirektor geworden. Er war meist mit Zivilsachen beschäftigt. Sollte er in Strafsachen zu entscheiden, so fiel sein Bestreben, insbesondere auch dem Arbeiter und dem politischen Gegner gegenüber objektiv, gerecht und milde zu sein, angenehm auf. Wegen seiner entschiedenen Abneigung, in Zweifelsfällen zu beurteilen, legten ihm seine Kollegen den ehrenvollen Beinamen „Bedenkten-Schmidt“ bei. Im Parlament trat er bei Beratung von Justizgesetzen oft temperamentvoll auch gegen die Mehrheit seiner Fraktion zu Gunsten des Mittelstandes und der Arbeiter und für unparteiliche Rechtspflege ein. So belämpfte er energisch, leider vergeblich, die unter der Ägide einer Entloftung des Reichsgerichts angestrebte Plutokratie der Zivilrechtspflege. Bei den früheren Strafprozessreformen wandelte er sich mit Entschiedenheit gegen eine Milderung der wenigen Garantien für eine gesunde Rechtsprechung. Bei der später geänderten Strafprozessreformvorlage machten im Reichstag seine gegen das Hilfsgericht und das Dreimännerkollegium gerichteten Ausführungen großen Eindruck, weil sie frisch und lebendig die Missetaten dieser Organisationen an der Hand praktischer Erfahrungen schilderten. Leider ist die von ihm vertretene Richtung auch im Zentrum im Schwinden begriffen. Der jetzt tagenden Strafsatzkommission gehörte er bis vor wenigen Tagen an.

### Erhöhung des Zeltzölles.

Wie aus Paris gemeldet wird, hat Baron v. d. Panke, der den Reichstag als Reichstagsmitglied vertritt, dem Minister des Äußeren Pichon eine Note der deutschen Regierung überreicht, in der die Erhöhung des Zeltzölles auf monstrierende Weine, Champagner und Cognac vom 1. Juli d. J. ab angefordert wird. Baron v. Panke erklärte dem Minister Pichon, daß diese Zollerhöhung von der deutschen Regierung beschlossen worden sei, um ein Defizit von 14 Millionen Mark, das sich in den beiden letzten Monaten ergeben hätte, auszugleichen.

Es handelt sich dabei formell nicht um eine neue Zollerhöhung, sondern um die Aufhebung einer Zollherabsetzung, zu der der Bundesrat ermächtigt war, was aber praktisch natürlich einer Zollerhöhung gleichkommt. In Frankreich ist man von der Maßregel natürlich nicht weniger als entsetzt. Man ist, wie der „Matin“ schreibt, über diesen Entschluß der deutschen Regierung um so mehr erstaunt, als Deutschland erst kürzlich durch die französische Kammer in Bezug auf die Einfuhr von Spielwaren bedeutende Zugeständnisse gemacht worden seien.

### Koloniale Unruhen.

Aus Deutsch-Ostafrika berichtet der stellvertretende Gouverneur, daß die Anfangs Mai gemeldeten Unruhen in der Landschaft Süd-Uganda infolge des Erscheins der Truppe unter Hauptmann Breyer auf ein kleines Gebiet beschränkt geblieben sind. Die Groß-Sultane stehen treu zur Verworfung. Auf die Einlieferung der bis jetzt noch nicht gefangenen Häuptlinge sind Freile ausgelegt. Die halbe 6. Kompanie ist nach Ujiji zurückgekehrt, die weiteren Operationen werden von der 10. Kompanie allein durchgeführt.

### Rückgang des Flottenvereins.

Wie dem „B. L.“ aus Darmstadt gemeldet wird, ist der Mitgliederbestand des deutschen Flottenvereins in Hesse im letzten Jahre um 849 zurückgegangen, nachdem bereits im Vorjahre 784 Mitglieder ausgetreten sind. Der Rückgang, der wahrscheinlich nicht nur in Hesse zu verzeichnen ist, erscheint sehr erklärlich, nachdem sich der bei den letzten Wahlen erzeugte patriotische Zauber in einer gründlichen Regenjammer verwandelt hat.

### Erfolge der preussischen Regierung in Nordschleswig.

Fünfundbzehn Jahre sind nun die Nordschleswiger dem preussischen Staate einverleibt, und doch immer ist es der preussischen Regierung nicht gelungen, sie mit ihrem politischen Scharf sinne auszuöffnen. Das wäre schon an und für sich nicht zu verwundern. Der Nordschleswiger braucht bloß über die nahe Grenze zu schauen und die politischen Freiheiten seiner Stammesgenossen mit denen der neuen preussischen Brüder zu vergleichen, um das Gegenteil von Liebe für das alte muffige Preußen zu empfinden. Aber die preussische Regierungskunst tut noch ein übriges. Sie ist ein ständiger Krieg gegen die Sprache, die Sitten und die Gebräuche der dänischen Nordschleswiger. So muß denn kommen, was in solchen Fällen immer kommt: die Unterdrückten organisieren sich zum Widerstand. Und dieser Widerstand wächst, langsam aber sicher. In diesen Tagen hielten die drei dänischen Widerstandsorganisationen ihre Generalversammlungen ab. Es sind dies der „Schulverein“, der „Sprachverein“ und der „Wählerverein“; die drei Generalversammlungen bilden gewissermaßen den Parteitag der dänischen Partei Nordschleswig. In allen drei Generalversammlungen wurde ein guter Fortschritt konstatiert. Der „Sprachverein“ hat seine Mitgliederzahl im letzten Jahre von 4711 auf 5071 erhöht, die Zahl der Bücheransammlungen ist von 185 auf 199 vermehrt worden, im ganzen wurden 5229 Bände an die bestehenden Bibliotheken abgegeben. — Der „Schulverein“ hat im letzten Jahre 888 (im Vorjahre 863), im ganzen seit seiner Wirksamkeit 3945 junge Leute beiderlei Geschlechts durch Unterstufen zum Besuch einer Realschule, Hoch-, Mollerschule, Handwerker-, Handels- oder landwirtschaftlichen Schule im Königreiche Dänemark verholfen. Sein Einnahmen- und Ausgabenkonto stieg von 19.800,22 Mk. im Vorjahre auf 31.888,01 Mk. in diesem Jahre. Der Wählerverein vermehrte seine Mitgliederzahl im Geschäftsjahre von 5451 auf 6420 und seine Einnahme von 8293,79 Mk. auf 13.182,12 Mk. Berücksichtigt man dann noch, daß in Helsingör ein dänisches Arbeitersekretariat und in Apenrade ein politischer Auslieferungsbüro abgehalten worden ist, an dem 47 Personen teilnahmen, so erkennt man die eifrige und zielbewusste Arbeit der Dänen in Nordschleswig. Man darf nämlich nicht vergessen, daß es sich um einen Wirkungskreis handelt, in dem nur wenige Hunderttausend Einwohner leben. Die größte Anerkennung für Stärkung ihrer Organisationen sind die dänischen Nordschleswiger aber der Unzufriedenheit und Unfähigkeit der preussischen Bürokratie schuldig.

### Oesterreich.

#### Christlichsoziale Komödianten.

Wien, 17. Juni. (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Bekanntlich hat der christlichsoziale Stadtrat Graba, der Finanzreferent der Stadt Wien, die führenden Männer seiner Partei der Korruption beschuldigt und ihnen nachgesagt, sie benützten ihre Stellungen zu ihrem Privatvorteil und beteten alle zum „Gott Rimm“. Die Beschuldigten strengten Ehrenbeleidigungsklage an und nun hat Herr Graba es mit der Angst zu tun gekriegt und alle Beschuldigungen protokolllarisch zurückgezogen. Die Prozesse werden infolgedessen nicht stattfinden. Natürlich wird man diesen Ausgang als eine Folge von Verhandlungen hinter den Kulissen betrachten müssen und annehmen dürfen, daß die christlichsozialen Führer einigen Grund dazu gehabt haben, den Gerichtssaal zu scheuen.

#### Das Attentat.

Serajewo, 16. Juni. Sofort eingeholte genaue Erhebungen haben bisher keinen Anhaltspunkt gegeben, der die Annahme rechtfertigt, daß dem Anschlag auf den Landesherzog politische Motive zugrunde liegen. Es steht fest, daß Percevic keinen Mißbaldigen hatte. Nach dem Ergebnis der Unters-

Führung ist die Tat als eine Einzeltat eines um jeden moralischen Halt gekommenen, sicher auch geistig nicht mehr normalen Menschen anzusehen.

### Eine dunkle Affäre.

**Wien, 17. Juni.** Die Aitruthenen und wahrscheinlich auch die Polen bringen im Abgeordnetenhaus heute eine Interpellation über die Veröffentlichung der Papiere des preussischen Spions v. Rakowski, die von dem „Kurier Warszawski“ und dem „Gaz“ erworben sind und dort veröffentlicht wurden. Aus diesen Papieren ging hervor, daß das deutsche Konsulat in Lemberg mit den Jungruthenen Fühlung habe und 10 000 Mk. als Unterstützung an sie zahlte. Rakowskis Mitteilungen wurden übrigens selbst in der polnischen Presse nur mit Vorsicht aufgenommen, obgleich sie nach der Angabe des „Gaz“ alle Merkmale der Authentizität an sich tragen. Gleichwohl wird die Sache ernsthaft behandelt, da die Polen es sich nicht ausreden lassen, daß die radikalen Jungruthenen in Lemberg Beziehungen zum deutschen Konsulat hätten und von dort gegen einen Ausgleich mit den Polen scharf gemacht werden.

### Frankreich.

#### Ein internationaler Postbeamtenkongress.

**Paris, 17. Juni.** Der hier abgehaltene Kongress der Vereine der französischen Post- und Telegraphenangestellten beauftragte einen Ausschuss, sich mit den ausländischen Postbeamtenvereinigungen in Verbindung zu setzen und eine internationale Konferenz für 1911 einzuberufen, welche Sitzungen für einen internationalen Verband der Post- und Telegraphenbeamten ausarbeiten hätte. Dieser Verband soll sich u. a. mit Dienstangelegenheiten, mit der Verbesserung der Stellung der Berufsangehörigen und der Frage eines internationalen Austausches von Postbeamten beschäftigen.

### Spanien.

#### Religionsfreiheit.

**Madrid, 17. Juni.** Der königliche Erlass, betreffend die Freiheit der Religionsübung, der jüngst von der spanischen Regierung veröffentlicht wurde, bezieht sich nicht nur auf Protestanten, sondern auch auf alle Religionsgesellschaften, die sich nicht zur Staatsreligion bekennen, somit auch auf die Juden und Muselmanen. Infolgedessen werden alle Zeichen und Religionsübungen dieser Religionsgesellschaften zugelassen werden mit Ausnahme von Versammlungen unter freiem Himmel, da öffentliche nichtkatholische Kundgebungen durch die Konstitution verboten sind. Die Propaganda und Diskussion religiöser Angelegenheiten genießen sonst in Spanien die größtmögliche Freiheit.

### England.

#### Die Arbeiter und die Monarchie.

Man schreibt uns aus London: Die byzantinische Hütweide, die sich in den verlassenen Wäldern über das ganze öffentliche Leben Englands ergoß, hat nur bei der organisierten Arbeiterklasse einem festen Damm begegnet. Die bürgerliche Presse konnte allerdings die sentimentale Lobrede des Arbeiterabgeordneten Edward auf den verstorbenen König, die er im Unterhaus hielt, mit schmerzlichem Behagen hinnehmen, und diese Rede hat ja in der Tat gezeigt, wie wenig sich manche führenden Elemente der englischen Arbeiterklasse von der Denkweise und der Ideologie des Bürgertums emanzipiert haben. Aber der betreffende Abgeordnete gehört noch zu jener stetig abnehmenden Minderheit von Arbeitervertretern, die noch liberalen Grundfragen anhängen und bis in einen immer weiteren Abstand von der Gedankenwelt der großen Masse der organisierten Arbeiter geraten.

Zwar haben es auch manche Arbeiterorganisationen für richtig gehalten, in Resolutionen der königlichen Familie ihr Beileid auszusprechen, aber diese Resolutionen fanden nur Annahme, weil keines der Mitglieder es für nötig hielt, einer bedeutungslosen Formsache wegen grundsätzliche Debatten zu provozieren. In den wenigen Fällen, wo dies geschah, wurden die Beileidsresolutionen wirklich ohne viel Federlesens abgelehnt. So auch in einer Versammlung des Londoner Gewerkschaftsartikels (London Trades Council). Hier erregte der Zwischenfall ein unverhältnismäßig großes öffentliches Aufsehen, weil zwei oder drei Königstreue sich durchaus nicht bei der Ablehnung der Resolution beruhigen konnten, und sie in folgenden Versammlungen immer wieder vorbrachten. Die Angelegenheit endete jetzt damit, daß zwei der Mitglieder, die sich in ihren Lokaltätsgeschäften verkehrt saßen, darunter auch der Vorsitzende des Gewerkschaftsartikels Harry Gosling, vom Kartell zurücktraten.

In diesem Zusammenhang mag noch darauf hingewiesen werden, daß die zur Beratung und Feststellung der neuen Zivilliste eingesetzte Unterhauskommission jetzt zum erstenmal auch zwei Mitglieder der Arbeiterpartei enthält. Wie es scheint, betrachtet die Arbeiterpartei dies als eine Ehrentätigkeit und eine Ehre, obwohl sie nur eine verschwindende Minderheit in dieser Kommission bildet und ganz außerstande ist, die Höhe der Zivilliste irgendwie zu beeinflussen. Es ist auch schwer anzunehmen, daß die Arbeitervertreter sich zu einer grundsätzlichen Ablehnung der ganzen Zivilliste emporschwingen werden können, und so machen sie sich durch die Teilnahme an der Kommission nur mitverantwortlich an der monarchischen Schwelweide der bürgerlichen Parteien. Im auffallenden Gegensatz zur Stellungnahme der Arbeiterpartei ist die Haltung der Iron, die sich auch jetzt, wie stets bisher, geweigert haben, sich in der Zivilisten-Kommission vertreten zu lassen.

#### Die Kompromißverhandlungen.

**London, 16. Juni.** Premierminister Asquith und der Lordkanzler haben heute nachmittag eine Besprechung mit Balfour und Lord Lansdowne im Privatzimmer des Premierministers im Unterhaus abgehalten. Die „Press Association“ teilt mit, daß man sich auf eine formale Konferenz zwischen den Vertretern beider Parteien über die konstitutionelle Krise geeinigt hat. Die erste Sitzung soll in der nächsten Woche abgehalten werden.

#### Die erste Konferenz.

**London, 17. Juni.** Heute nachmittag fand in dem Privatzimmer des Premierministers im Unterhaus eine Versammlung statt, welche als die erste Konferenz über die konstitutionelle Frage bezeichnet wird. Anwesend waren der Premierminister Asquith, Lloyd George, Lord Crewe, Birkell und von der Opposition Balfour, Lord Lansdowne, Lord Caird, Austen Chamberlain. Dem Vernehmen nach waren die Beratungen durch keinerlei Bedingungen eingeschränkt, sie werden zugleich als durchaus vertrauliche angesehen.

#### Eine Antwort der Ägypter.

**London, 17. Juni.** Aus Kairo wird gemeldet, daß als Antwort auf die Erklärungen des englischen Ministers des Auswärtigen, Sir Edward Grey, im Unterhaus der Chef der ägyptischen Nationalpartei Wahmed Farid Bey ein Schreiben veröffentlichte, in welchem es zum Schluß heißt: Diese Drohungen der englischen Regierung werden absolut keinen Einfluß auf den Gang unserer Bewegung haben. Wir werden fortfahren, ruhig und geschlossen weiter zu arbeiten. Wir werden und durch solche

Drohungen nicht zu unüberlegten Schritten hinciren lassen, durch welche man die Revolution herbeiführen will. Wir wissen genau, was uns eine Revolution kosten würde. Wir werden die Welt in Erstaunen setzen durch die Ruhe und Beharrlichkeit, mit der wir zu Werke gehen.

### Dänemark.

#### Das Urteil im Ministerprozess.

**Kopenhagen, 17. Juni.** Das Reichsgericht sprach heute das Urteil im dem Prozess, der gegen den früheren Ministerpräsidenten Christensen und den früheren Minister des Innern Berg wegen Nachlässigkeit im Amt, begangen durch ihr Nichtverschreiten gegen den früheren Justizminister Alberti, angestrengt wurde. Christensen wurde freigesprochen, Berg wurde zur Zahlung von tausend Kronen an die Staatskasse verurteilt, eventuell zu sechzig Tagen Haft. Die Kosten des Verfahrens im Betrage von 10 000 Kronen wurden der Staatskasse auferlegt, jedoch bezahlt Berg ein Fünftel dieser Summe.

### Rußland.

#### Ein Bombenattentat.

**Warschau, 17. Juni.** Auf der Station Grobist der Wiener Bahn wurde auf den Chef der Landpolizei und fünf ihn begleitende Gendarmen eine Bombe geworfen, durch die ein Gendarm getötet wurde. Drei Gendarmen wurden schwer, der Chef wurde leicht verletzt. Der Täter, der ebenfalls schwere Verletzungen davongetragen hat, wurde festgenommen. Man bringt den Anschlag mit der Ermordung des Gendarmenobersten Wonsiatski in Radom in Zusammenhang.

### Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

#### Sitzung am Freitag, den 17. Juni.

Vom Sterbegeld sollen nach der Vorlage zunächst die Kosten des Begräbnisses bestritten und an den gezahlt werden, der das Begräbnis besorgt hat. Bleibt ein Ueberschuss, so sollen nach- einander der Ehegatte, die Kinder, der Vater, die Mutter bezugsberechtigt sein, wenn sie mit dem Verstorbenen zur Zeit seines Todes in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben. Fehlen solche Berechtigten, so verbleibt der Ueberschuss der Kasse. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde hinzugefügt, daß der Ueberschuss des Sterbegeldes in letzter Linie auch solchen Geschwistern zufallen soll, die mit dem Verstorbenen zur Zeit seines Todes in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben. Eine offenkundige Ungerechtigkeit schlägt der Entwurf für den Fall vor, daß ein Versicherter, der die Krankenhilfe seiner Kasse in Anspruch genommen hat, und in der Zeit Mitglied einer anderen Kasse wird. Für diesen Fall hat ihn zwar im allgemeinen die neue Kasse nach ihrer Satzung zu unterstützen. Jedoch schlägt die Vorlage eine Ausnahme vor für den Fall, daß die neue Kasse Mehrleistungen gewährt, während der Versicherte in seiner früheren Kasse nur die Regelleistungen und keine Mehrleistungen verlangen konnte. In diesem Falle soll der Versicherte auch in der neuen Kasse nur die Regelleistungen erhalten. Wenn dagegen der Versicherte in seiner alten Kasse den Anspruch auf Mehrleistungen hatte, die neue Kasse aber nach ihrem Statut nur die Regelleistungen gewährt, so soll der Versicherte seinen Anspruch auf die Mehrleistungen verlieren.

Die Sozialdemokraten wiesen nach, daß es ungerecht ist, dem Versicherten dann, wenn er in der neuen Kasse größere Ansprüche hätte als in der früheren Kasse, nur die geringeren Leistungen der früheren Kasse zu gewähren, aber in dem entgegengesetzten Fall dem Versicherten nicht die höheren Leistungen der früheren Kasse zu lassen. Ein dahingehender sozialdemokratischer Antrag wurde aber von den Konservativen mit Ausnahme des Abg. v. Camps, den Nationalliberalen und einem Teile des Zentrums abgelehnt.

Schlechten Versicherter, weil sie arbeitslos geworden sind, aus der Krankenversicherung aus, so soll ihnen unter gewissen Umständen wie bisher auch weiterhin ein Anspruch auf Krankenhilfe bleiben. Dies soll nach der Vorlage nur für die Versicherten gelten, die in den vorangegangenen 12 Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen versichert waren.

Die Sozialdemokraten beantragten, die Frist unmittelbar vor dem Austritt aus der Arbeit auf 3 Wochen zu kürzen. Der Antrag wurde von den Konservativen, Nationalliberalen und dem Zentrum, mit Ausnahme des Abg. Becker, abgelehnt.

Ferner soll der Arbeitslose nur dann einen Anspruch auf Krankenhilfe haben, wenn die Krankheit binnen einer Frist von 3 Wochen nach dem Ausscheiden des Arbeiters aus der Arbeit und der Kasse eintritt. Die Sozialdemokraten beantragten, diese Frist auf 6 Wochen auszudehnen, um die Hilfe einer größeren Zahl solcher Arbeiter zusammen zu lassen. Auch dieser Antrag wurde von den Konservativen, Nationalliberalen und dem Zentrum abgelehnt.

Endlich soll nach der Vorlage die Kasse nur die Regelleistungen gewähren, also nicht die Mehrleistungen. Die Sozialdemokraten beantragten, daß in diesen Fällen dem Erkrankten dieselben Leistungen wie den anderen Kranken Mitglieder gewährt werden, mithin auch die Mehrleistungen. Dieser Antrag wurde ebenfalls von derselben Mehrheit abgelehnt, nur daß Abg. Becker für den Antrag stimmte.

Die Vorlage läßt es zu, daß in gewissen Fällen die Leistungen der Krankenversicherung sogar unter das Maß der Regelleistungen herabgesetzt werden, so daß sie nur noch in Krankenpflege und Krankenhauspfllege bestehen, das Krankengeld also fortfällt. Dies soll gestattet sein dann: 1. wenn der Bundesrat oder ein Statut die Versicherungsspflicht oder die Versicherungs-berechtigung auf andere Personengruppen ausdehnt, und 2. dann, wenn es sich um Versicherungsberufstätige handelt. In dem ersten Falle werden die kleinen Handwerker und sonstige Geschäftleute geschädigt. Der zweite Fall hat namentlich für die Arbeiter Bedeutung, die arbeitslos werden und sich weiter freiwillig versichern. Sie verlieren dann den Anspruch auf das Krankengeld. Diese Schädigung der Arbeiter wurde am häufigsten in den Vertriebskrankenkassen praktisch werden.

Die Sozialdemokraten legten diese nachteiligen Folgen der Bestimmung dar und forderten die Ablehnung der Vorlage. Es wurde dann auch der zweite Teil mit allen Stimmen gegen die der Konservativen gestrichen und zu dem ersten Teil der Zusatz gemacht: „Versicherungsberufstätigen, welche nur Anspruch auf Krankenpflege und Krankenhauspfllege erheben wollen, sind auf Antrag die Beiträge entsprechend zu ermäßigen. Die Satzung hat die näheren Bestimmungen zu treffen.“

In die Vorlage sind die Bestimmungen über das Ruhen der Krankenhilfe neu aufgenommen. Danach sollen die Ausländer keinen Anspruch auf Krankenhilfe haben, so lange sie sich im Ausland aufhalten. Für bestimmte Grenzgebiete kann der Bundesrat das Ruhen des Anspruchs ausstellen.

Die Sozialdemokraten sprachen sich gegen die Bestimmung aus, für die nicht das geringste Bedürfnis vorliegt. Eine besondere Härte würde aber die Bestimmung für die Ausländer herbeiführen, die während ihrer Krankheit als „Infla“ ausgewiesen werden und dann auch noch ihren Anspruch auf Krankenhilfe verlieren. Daher beantragten die Sozialdemokraten, daß wenn nicht die ganze Bestimmung gestrichen werden sollte — den Ausländern wenigstens in diesen Fällen der Anspruch auf die Krankenhilfe bleibt. Diese Anregung wurde mit einigen Änderungen

angenommen, so daß der Anspruch auf Krankenhilfe nur für die Kranken Versicherten ruht, die sich nach dem Eintritt der Krankheit „freiwillig“ ohne Zustimmung des Rassenvorstandes ins Ausland begeben, solange sie sich dort aufhalten, und ferner für die, die wegen strafgerichtlicher Beurteilung aus dem Reichsgebiet ausgewiesen sind.

Außerdem hatten die Sozialdemokraten beantragt, daß in diesen Fällen die Kasse nach freiem Ermessen die Krankenhilfe ganz oder teilweise gewähren kann. Dies wurde abgelehnt, jedoch beschlossen, daß die Kasse durch eine einmalige Entschädigung den Erkrankten abfinden kann, der auch während seines Aufenthalts im Ausland seinen Anspruch auf Krankenhilfe behält. Der Erkrankte bekommt dann seine volle Entschädigung für die Zeit der voraussichtlichen Dauer seiner Krankheit, wobei für Krankenpflege drei Viertel des Grundlohnes angerechnet werden. Maßgebend für die Zeit der voraussichtlichen Dauer der Krankheit ist das Gutachten des Arztes, über den sich die Beteiligten einigen, und falls die Einigung nicht zustande kommt, das Gutachten des amtlichen Arztes. — Wegen den letzten Satz erhoben die Sozialdemokraten Einspruch, weil die Kreisärzte sich als Begutachter durchaus nicht so bewähren haben, daß sie jetzt als unfehlbar hingenommen werden sollen, und jede Berufung gegen ihr Gutachten ausgeschlossen werden soll. Der Satz wurde jedoch von den Konservativen, Nationalliberalen und dem Zentrum angenommen.

Ferner soll nach der Vorlage der Anspruch auf Krankenhilfe ruhen, solange der Kranke im Gefängnis oder in einer Strafanstalt oder in einem Arbeitshause oder einer Besserungsanstalt untergebracht ist. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde hinzugefügt: Hat der Erkrankte Angehörige, die er bisher von seinem Arbeitsverdienst ganz oder überwiegend unterhalten hat, so steht den Angehörigen, sofern er durch die Krankheit arbeitsunfähig geworden ist, eine Unterstüßung in der Höhe des Hausgelbes zu.

Fortsetzung Sonnabend.

### Aus der Justizkommission.

Die Beratungen in der Freitagssitzung begannen mit dem dritten Abschnitt des 2. Buches „Voruntersuchung“.

Ein zum § 182 eingebrachter Antrag Gröber wollte, daß auch dann eine Voruntersuchung stattzufinden hat, wenn ein Verbrechen den Gegenstand der Untersuchung bildet. Im allgemeinen soll nach dem Regierungsentwurf nur für Sachen, die vor dem Reichsgericht oder Schwurgericht zu verhandeln sind, eine Voruntersuchung beantragt werden. — Die Regierungsvertreter wendeten sich gegen jede weitere allgemeine Ausdehnung der Voruntersuchungsfälle. Doch wurde der Antrag Gröber, für den auch unsere Genossen stimmten, angenommen. Des weiteren wurde die Voruntersuchung auf die Vergehen wider die Sittlichkeit gegen jugendliche Personen ausgedehnt.

Im § 185 wird unter anderem dem Staatsanwalt das Recht der Beschlusse gegeben, wenn eine Voruntersuchung vom Gericht abgelehnt wurde. Dazu beantragten unsere Genossen, dieses Beschlusrecht entweder beiden Parteien zu geben oder auch dem Staatsanwalt dieses Recht zu nehmen. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Beim § 187 beantragte Gröber, daß in leichteren Sachen auch dann dem Amrichter die Voruntersuchung übertragen werden kann, wenn der Untersuchungsrichter seinen Sitz an demselben Orte hat. Darüber findet eine längere Auseinandersetzung mit der Regierung statt. Doch wurde die weitere Debatte abgebrochen und die Sitzung auf Dienstag, den 21. Juni, verlegt, da die Nachricht von dem Ableben des Abg. Schmidt-Warburg (3.), der Mitglied der Kommission ist, eintraf.

### Aus der Partei.

#### Sozialdemokratischer Parteitag für Bayern.

Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Bayerns beruft auf 13., 14. und 16. August in das Kolosseum in Erlangen den Landesparteitag ein. Auf der vorläufigen Tagesordnung stehen folgende Punkte:

1. Bericht des Landesvorstandes und Neuorganisation. Berichterstatter Kuer.
2. Parlamentarischer Bericht der Landtagsfraktion: a) allgemeine Politik. Berichterstatter Adolf Müller; b) Steuerpolitik. Berichterstatter Dr. v. Galler; c) Sozialpolitik. Berichterstatter Martin Segel.
3. Gemeindefortschrittsprogramm. Berichterstatter Eduard Schmid.

Außerdem wird über Agitation und Presse verhandelt.

#### Wahlmachung zur Reichstagswahl in Frankfurt-Lebus.

In Neulangfots (Oberbruch) fand am letzten Sonntag eine Generalversammlung der Wahlkreisorganisation von Frankfurt-Lebus statt, in der zu der bevorstehenden Reichstagswahl zum Reichstags die ersten Vorbereitungen getroffen wurden. Es herrschte eine kampfbereite Stimmung; der Vorsitzende konnte die Erwartung ausdrücken, daß diesmal die Schwarte von 1904 und 1907 ausgeteilt und der Wahlkreis zurückerobert wird.

Genosse Haber-Frankfurt, der Kandidat des Kreises, referierte über die politischen Vorgänge in Deutschland seit 1908 und forderte zu kräftiger Agitation auf. Es folgte eine angeregte Debatte, an der auch Genosse Weiss, der als Vertreter des Brandenburger Sekretariats anwesend war, teilnahm. Die Agitationskommission war durch den Genossen Schuler, Groß-Berlin durch den Genossen Ernst vertreten, von der „Märkischen Volksstimme“ war Genosse Huber erschienen. Sämtliche Bezirke des Kreises waren durch 48 Delegierte vertreten.

Da es zweifelhaft ist, ob später noch Zeit sein wird, eine Generalversammlung abzuhalten, so nahmen die Versammelten die Wahlen zur Brandenburger Provinzialkonferenz, die am 11. September tagen soll, und zum Magdeburger Parteitag vor. Zur Provinzialkonferenz wurden die Genossen Paul-Frankfurt, Pohlfürstentwale und Lehmann-Wiltschke delegiert, zum Magdeburger Parteitag Genosse Wassermann-Fürstentwale.

#### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

#### Kanghammer-Prozess.

In dem Verleumdungsprozess, den der nationalliberals Tapetenfabrikant Kanghammer-Chemnitz, der jüngst aus seiner Partei ausgeschwemmt wurde, gegen den Reichsausschuss Genossen Bartels von der „Chemnitzer Volksstimme“ angestrengt hatte, wurde die von Bartels eingeleitete Berufung verworfen. Kanghammer wurde die in erster Instanz abgewiesene Niederlage gegen Kanghammer anerkannt und Kanghammer zu 75 Mk. Geldstrafe und ein Fünftel der Kosten verurteilt.

#### Der 10. April.

Vor dem Schöffengericht in Discherleben wurde am Mittwoch gegen eine Anzahl Wahlrechtsdemonstranten verhandelt, die sich bei den ihnen säkularlich zugedachten Strafmandaten nicht beruhigen wollten. Die große Staatsanwaltschaft nahm ein für die Polizei sehr blaues Ende. Zunächst wurde gegen vier Genossen verhandelt, die beschuldigt waren, der Aufforderung zum Weitergehen nicht Folge geleistet zu haben. Drei von ihnen wurden freigesprochen, einer zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt. Im nächsten Termin wurde gegen einen Kutscher Kremling verhandelt, der beschuldigt war, einen Polizeiergeanten mit beiden Händen vor die Brust geschlagen zu haben. Er wurde zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt, trotzdem die Entlastungszeugen behaupteten, daß Kremling nicht gestochen habe. Die Genossen Böhlich und Krebs waren beschuldigt, Wahlrechtsdemonstrationszüge geleitet und veranstaltet zu haben. Trotzdem sieben polizeiliche Belastungszeugen unter ihrem Eide ausfingen, daß die beiden Genossen die Demonstrationen geleitet und veranstaltet hätten, sprach das Gericht die beiden so inas frei.

# Gewerkchaftliches.

## Hirsch-Dundersche Wirrnis.

Einige überschlaue Leute aus dem alten Gewerkeverein-Landsfrankenstein sind längerer Zeit an der Idee, die brüchige Herrlichkeit der Gewerkevereine durch Verkopplung mit den liberalen Parteien — von Raumann bis Wassermann — wieder aufzuparieren. Mit verhärteter Hoffungslosigkeit wird auf die freien Gewerkschaften verwiesen, die mit der Sozialdemokratie ein sein und darin ihre Stärke hätten, und auf die „christlichen“ Gewerkschaften, denen das Zentrum den Rücken steife. Daß die Hirsch-Dunderschen Schlaumeier ohne Rücksicht auf die gegebenen Umstände glauben durch festen Anschluß an die Liberalen eine gleiche Position für ihre Richtung schaffen zu können, legt ja allein schon die unberührte Anblicklichkeit ihrer Anschauungen bloß. Es ist schon ein Gallimathias, hier die freien und die „christlichen“ Gewerkschaften miteinander zu nennen, wo doch die Gründe für ihre Stärke ganz verschiedene sind. Daß die freien Gewerkschaften an der sozialdemokratischen Partei eine starke Rückendeckung haben, liegt natürlich daran, daß beide Gruppen fest in der Arbeiterklasse wurzeln und das Interesse der Arbeiterklasse zur Grundlage all ihrer Arbeit machen. Ganz anders beim Zentrum. Dort ist die religiös-kirchlich-hierarchische Fesselung der katholischen Arbeiter der wesentliche Grund für die relative Stärke der Zentrums-Gewerkschaften und dafür, daß die „christlichen“ Gewerkschaften mit dem politischen Zentrum durch die und dinst gehen. Nach beiden Richtungen hin liegt die Sache für die Hirsch-Dunderschen Gewerkevereine und ihr steriles Verhältnis zum Liberalismus ganz, ganz anders. Die Nationalliberalen, die Fabrikantenpartei, wird auch das naivste Gemüt nicht mit Arbeiterfreundlichkeit drapieren wollen, und die fortschrittliche Volkspartei ist kaum besser. Und die kleinen Grüppchen, die noch links der Fortschrittler verkommen, spielen schon aus dem Grunde keine Rolle, weil Erkelenz, der „große Stratege“ der Hirsch-Dunderschen, seiner Gruppe eine mächtige, einflussreiche Partei verschaffen will. An einer Verquickung ihrer Bestrebungen mit der Religion, wie es die Zentrumschriften besorgen, können und wollen die Hirsch-Dunderschen ja auch nicht denken. So hängen denn die Erkelenz'schen Reformpläne hoch über den realpolitischen Verhältnissen in der Luft und die großen Taktiker fahren mit ihren Künsten die Hirsch-Dundersche Gruppe völlig fest, so daß sie die letzten Verbindungen mit dem warmen Arbeiterleben auch noch verlieren.

Die Gewerkevereine der Hirsch-Dunderschen stehen und fallen mit ihren Klassen. Nur dem Umstande, daß so mancher Arbeiter, der in jungen Jahren der Klassen wegen dem Gewerkeverein beitrug, später, wenn die Dialektik des Lebens den Arbeiter zur Sozialdemokratie geführt hat, die Klassen nicht aufgeben mag, hat den Gewerkevereinen bisher das Leben gesichert. Durch eine offen feindliche Stellungnahme zur Sozialdemokratie würden die Hirsch-Dunderschen tatsächlich den Ast abfügen, auf dem sie sich noch halten.

Die alten Gewerkevereinsführer fühlen auch so halbwegs diese Tatsachen heraus, wenn die Führer sich auch selbst zu den Fortschrittler rechnen, während der „unentwegte Reformator“ Erkelenz in langen Jahren von einem zum anderen geschwankt ist. In einer Artikelreihe über die Frage der Neutralität, die Erkelenz neuerdings in dem Hirsch-Dunderschen rheinischen Blättern losgelassen hat, erwähnt der bedeutende Mann, wie er selbst früher den Satz: „Was ist Neutralität?“ gefaßt hat. Nämlich:

„Der Gewerkeverein muß so gestaltet sein, daß er weder in seinem Zweck und Ziel, noch in die Reihe der Mittel, die zur Erreichung der Ziele dienen, irgend etwas aufnimmt, was einer Weltanschauung, die in Deutschland Anhänger hat, widerspricht.“

Ist dies ja komprimierter Blödsinn, so ist es die Forderung, eine „Weltanschauung“, die dem Interesse der Arbeiterklasse widerspricht, durch die Hirsch-Dunderschen zu unterstützen, nicht weniger. Und darauf läuft doch die ganze Erkelenz'sche Reformerei heraus. Die Phrasen: Freiheit, Vaterland, Sozialreform! loden keinen Hund noch Osen.

Auf dem 17. Verbandstag der Gewerkevereine, der vor kurzem in Berlin tagte, meinte nach Zeitungsberichten der Redakteur des „Gewerkevereins“, Lewin, Erkelenz sei jetzt zurückgekommen von dem Standpunkt seines Artikels, Neutralität sei Unsinn, und zurückgekehrt zu seiner „alten Liebe“, der Neutralität. Zur selben Zeit aber verteidigte Erkelenz in der schon erwähnten Artikelreihe seinen Standpunkt, daß den Hirsch-Dunderschen „keine andere Wahl“ bleibe, als daß sie die liberalen Parteien, Demokratische Vereinigung, Fortschrittliche Volkspartei und Jungliberale besonders zu beeinflussen suchten, da Sozialdemokraten, Konservative und Zentrum die Hirsch-Dunderschen bekämpften. Es würde sich von selbst ergeben, daß die Mitglieder der Gewerkevereine sich vornehmlich in einer von diesen drei Parteien politisch organisierten. Wünschenswert sei, daß in den einzelnen Orten die Gewerkevereinsmitglieder nur einer von den drei liberalen Parteien angehörten. Die Organisationsleitung habe auch die Pflicht, mit den Parteien in Verhandlungen einzutreten.

Da also die Sozialdemokraten nicht zur Zersplitterung der Arbeiterbewegung beitragen und die angeblichen organisierten Großtaten der Gewerkevereine nicht anerkennen wollen, sollen sie von den Gewerkevereinsmitgliedern mit Zentrum und Konservativen gleichgestellt werden? Diese Selbstmordpolitik wird auch bei den Hirsch-Dunderschen Arbeitern nie und nimmer Anerkennung finden, dafür bürgt schon das Klassenempfinden der Arbeiter. Diese Taktik der „Strategen“ bei den Gewerkevereinsmitgliedern ist geradezu kindisch. Der große Erkelenz gleicht dem unvernünftigen, grollenden Kinde, das sich zu essen weigert, wenn ihm ein herbes Wort von der Mutter gesagt wird.

Die Sozialdemokratie hat die Arbeiterklasse für sich. Sie kann zusehen, wie sich die Hirsch-Dunderschen aus der Wirrnis herauszulesen suchen. Sicher ist, daß die Gewerkevereine, wenn sie die Interessen der Mitglieder vertreten wollen, sich freundlich zur Sozialdemokratie stellen müssen. Bei einer größeren Annäherung an die bourgeois-liberalen werden die Interessen der Gewerkevereinsarbeiter auf Schritt und Tritt mißachtet werden. So sind die Dinge gestellt. Das Ende kann nicht zweifelhaft sein.

Die Hirsch-Dunderschen Arbeiter gehören zur Partei ihrer Klasse, gehören als Arbeiter zur Sozialdemokratie und es ist deshalb zu bedauern, daß im inneren Streit so viel wertvolle Kraft unnütz vertan wird.

„Schad um die Welt“, es sind unsere Brüder, aber das denkt wie ein Seifenbläser.“

## Berlin und Umgegend.

### Zur Lohnbewegung in der Berliner Herrenkonfektion.

In den Kreisen der Unternehmer der Herrenkonfektion wird in letzter Zeit vielfach die Meinung verbreitet, daß die Lohnbewegung der Konfektionsindustrie beendet sei, und daß die Firmen, die bis jetzt nicht von der Bewegung erfasst sind, auch in Zukunft, oder wenigstens für dieses Jahr, davon verschont bleiben würden. Diese Auffassung ist jedoch, wie wir von maßgebender Stelle erfahren, durchaus irrig. Der Schneiderverband hat auch in letzter Zeit die Tarife einer weiteren Anzahl von Firmen zugesandt und es wird bald mit dieser, bald mit jener Firma verhandelt. Die Verhandlungen verlaufen teils günstig, teils aber auch so, daß Differenzen zu erwarten sind. Der Schneiderverband denkt gar nicht daran, die Bewegung aufzugeben oder abzubrechen, zumal das große Gebiet der Stapelkonfektion noch fast gar nicht von der Tarifbewegung berührt worden ist. Es sind in der Stapelkonfektion bis jetzt nur wenige Firmen, die sich den Vereinbarungen angeschlossen haben. Von einer wirklich allgemeinen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Herrenkonfektion kann natürlich erst die Rede sein, wenn sie sich auf alle Geschäfte der ganzen Branche erstreckt, und die Arbeiterschaft wird nicht eher ruhen, als dieses Ziel erreicht ist.

### Deutsches Reich.

#### Die Aufnahme der Arbeit im Baugewerbe

geht den Unternehmern, die erst ihre Arbeiter rücksichtslos auf die Straße warfen, nun unwillig nicht rasch genug. Die Arbeiter haben jedoch kein Interesse daran, wie eine zersprengte Hammelherde den Arbeitsstätten wieder zuzulaufen, von denen man sie vorher vertrieben hat. Sie nehmen die Arbeit nicht auf Kommando der Unternehmer auf, sondern — nachdem sie zu dem Schiedsspruch der Unparteiischen Stellung genommen haben — aus eigenem Entschluß.

Die Leipziger Bauunternehmer haben in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ eine Erklärung veröffentlicht, daß die Aussperrung im Baugewerbe entsprechend der neuerlichen Entscheidung der drei Unparteiischen und entsprechend der Anordnung des Arbeitgeberbundes für aufgehoben erklärt worden ist. Die Leipziger Bauarbeiter, die vom Arbeitgeberbund von der Aussperrung der Aussperrung nicht benachrichtigt worden sind, betrachten diese Ankündigung für sich als nicht verbindlich. Sie haben Freitag morgen an allen Bauten, die während der Aussperrung brach gelegen haben, Posten aufgestellt, die die von auswärts zuziehenden Bauarbeiter über die Lage aufklären. Auch in Nürnberg und an anderen Orten haben die Arbeiter die sofortige Aufnahme der Arbeit abgelehnt. Die Bauarbeiter sind nicht gewillt, früher die Arbeit aufzunehmen, als bis die Unternehmer sich mit ihnen in Verbindung gesetzt haben und bis die am Montag tagenden Verbandstage der Maurer und Bauhilfsarbeiter gesprochen haben.

#### Der Zentralverband der Tapezierer im Jahre 1909.

Der kürzlich erschienenen Jahresabrechnung des Tapeziererverbandes entnehmen wir, daß der Verband sich recht günstig weiter entwickelt hat. Die Mitgliederzahl ist zwar um ein geringes zurückgegangen, von 8275 auf 8253 im Jahresdurchschnitt, doch ist im ersten Quartal 1910 bereits eine erhebliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Die Zahl der Mitglieder betrug am Quartalsabschluss bereits 8741 und dürfte zurzeit das neunte Tausend erreicht sein.

Im Eintrittsgeld vereinnahmte der Verband im Jahre 1909 1658,80 M., an Beiträgen 192 125,84 M.; inkl. sonstigen Einnahmen, Zinsen usw. betrug die Gesamteinnahme 268 470,97 M. Davon kommt der Kassenbestand aus dem Jahre 1908 mit 69 883,89 M. An Reiseunterstützung wurden 6207,— M., Arbeitslosumunterstützung 72 602,31 M., Krankenunterstützung 11 250,40 M., Sterbegeld 3369,— M., Streckunterstützung 10 493,78 M., sonstige Unterstütlungen 1799,15 M. ausgezahlt.

Der Verband mußte während der Krise seine Hauptaufgabe, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, etwas zurückstellen. Während im Jahre 1907 für 4366 Kollegen eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 2,90 M. pro Woche und für 2488 eine 1/4-stündige Arbeitszeitverkürzung pro Woche erkämpft werden konnte, wurde im Jahre 1909 nur für 1278 eine Lohn-erhöhung von 1694 M. und für 145 eine Arbeitszeitverkürzung von 296 Stunden pro Woche erzielt.

Im Jahre 1910 stand der Verband bereits wieder in 22 Städten in Lohnbewegungen, an denen rund 4000 Mitglieder beteiligt waren. Daß die Arbeitslosigkeit unter den Tapezierern selbst im Frühjahr 1910 noch sehr groß war, beweist, daß von den 8741 Mitgliedern noch 2963, zusammen 64 129 Tage arbeitslos waren.

Trotzdem die Lage des Wirtschaftsmarktes sich im allgemeinen etwas gebessert hat, ist davon im Tapezierergewerbe noch nicht viel zu merken.

Trotz dieser schwierigen Verhältnisse bot der Verband seinen Mitgliedern einen kräftigen Rückhalt im Wirtschaftsleben, und er ist durchaus befähigt, seine großen Aufgaben für die Berufsgenossen zu erfüllen.

In der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik von Otto Schmidt zu Rathenow legten Donnerstag sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder. Die Arbeiter forderten Verbesserung der am schlechtesten entlohten Arbeiter und vertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen. Die Firma hatte Verhandlungen zugesagt, verschob dieselben aber dann von Tag zu Tag, sodass unter den Arbeitern die Ueberzeugung Platz griff, daß die Firma überhaupt nicht verhandeln will. In Frage kommen zirka 60 Mann. Die Ausständigen bitten dringend um Fernhaltung des Zuguges.

#### 100 M. dem, der mir die „Feyer“ andliefert!

Ein sicher neues und probates Mittel, den Frieden im Geschäft zu erhalten, hat ein Leipziger Mitglied des Arbeitgeberverbandes im Schneidergewerbe entdeckt. Der betreffende, Friedrich Meyer, Inhaber eines Herrenmoden- und Damenschneiderei-geschäfts, hat in seinem Geschäft folgende Bekanntmachung ausgehängt:

#### 100 Mark Belohnung!

Obigen Betrag zahle ich demjenigen, der mir die Personen namhaft macht, so daß ich dieselben gerichtlich belangen kann, welche mir die in meinem Betriebe beschäftigten Arbeiter gegen mich aufhezt, zum Niederlegen der Arbeit anstiftet oder nachteiliges über mich verbreitet, um mich zu schädigen. Friedrich Meyer.

Herr Meyer rechnet also auf die Besinnungskamperei der Arbeiter, womit er freilich nur sich selbst ins rechte Licht rückt.

#### Sie drücken sich vor der Antwort.

In Reuskadt a. Gaardt haben die Tischler und Maschinenarbeiter am 11. Juni die Kündigung eingereicht, weil die Arbeitgeber auf die im März d. J. gestellten Forderungen nicht reagiert haben.

## Soziales.

### Staatsarbeiter und Unfallrente.

Wie sehr sich die Eisenbahndirektionen oft weigern, ihren Betriebsangehörigen, die einen Unfall erlitten, die ihnen zustehende Rente zu gewähren, ist allgemein bekannt. Geradezu typisch dafür aber ist ein Fall, der dieser Tage vor dem zuständigen Schiedsgericht in Breslau verhandelt wurde. Der Maschinenkloster-Leihamann aus Reiffe war zirka 22 Jahre bei der Eisenbahn-

direktion beschäftigt und hatte die Absicht, Karriere zu machen. Im Jahre 1891 erhielt er durch Zufall einen Schlag mit einer Eisenstange gegen die Schläfe und vier Jahre später wurde er aus Versehen bei der Arbeit von einem Kollegen verletzt. Die Unfälle bedingten wohl eine kurze Unterbrechung der Arbeit, zeigten aber sonst keine Folgeerscheinungen. Zehn Jahre später, als T. seine Prüfung als Maschinenwärter für elektrische Anlagen bestanden hatte, traf ihn plötzlich eine schwere Erkrankung der Sinnesorgane, auch das Gehör erlitt er als Defekt. Am 23. August 1905 wandte sich T. deshalb an die Bahnverwaltung, da er zu jeder Arbeit unfähig wurde. Eineinhalb Jahre später, im Januar 1907, erhielt er den Bescheid, daß sein Anspruch verjährt sei und deshalb keine Berücksichtigung mehr finden könne. Dagegen wurde der Frau des Mannes — er selbst mußte in eine Irrenanstalt gebracht werden — auf dem Gnadenwege eine jährliche Unterstützung von 440 M. bewilligt, von denen sie jedoch die Verpflegungskosten für ihren Mann bezahlen mußte. In seiner völligen Unkenntnis der Gesetze hatte der Mann es auch noch unterlassen, gegen den Bescheid der Eisenbahndirektion Vererbung einzulegen. Auf eine Eingabe der Frau an diese Behörde wurde ihr mitgeteilt, daß sowohl sie als auch ihr Mann keinerlei Ansprüche mehr hätten.

Mit Hilfe eines Rechtsanwalts beantragte nun die Frau, die sich mit ihren Kindern in einer äußerst gedrückten Lage befand, bei der Breslauer Eisenbahndirektion die Gewährung der Vollrente als Angehörigrente. Da sie abgewiesen wurde, legte sie Vererbung beim Schiedsgericht ein. Dabei brachte sie einige Gutachten hervor, die die Behörde damals angefordert hatte, schon diese darauf schließen ließen, daß die Direktion das Gesuch als Rentenanspruch betrachten habe. Der Vertreter der Bahn bestritt dieses jedoch und erklärte ferner, daß, wenn die Frau wirklich Recht bestände und ihr die Rente zugesprochen würde, sie sich trotzdem schlechter stehen würde als heute, da ihr dann die Unterstützung entzogen werden würde. Auch würde zur eventuellen Rentenfestsetzung nicht der Verdienst des Mannes aus den letzten Jahren zugrunde gelegt werden, sondern der bedeutend niedrigere Verdienst zu Anfang seiner Beschäftigung auf der Bahn. Da mit dem behördlichen Vertreter durchaus keine Einigung zu erzielen war, beschloß das Schiedsgericht die Vertagung der Sache. Es soll ein Gutachten von der Provinzial-Irrenanstalt eingeholt werden darüber, ob T. schon bei seinem Besuch an die Eisenbahndirektion im Jahre 1905 als unzurechnungsfähig zu betrachten war. Die Frau mit ihren Kindern muß indes warten.

Also bereits sechs Jahre muß ein preussischer Staatsarbeiter auf die ihm zustehende Rente warten, obwohl die Sachverständigen zu seinen Gunsten sprechende Gutachten ausgestellt haben und selbst der Vorsitzende des Schiedsgerichts sich für die gemachten Ansprüche ins Zeug legt. Lediglich ein formelles Versehen eines mindestens wahrscheinlich damals schon Irrensinigen soll hehalten, um der Familie die Ansprüche zu verweigern!

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Ein Denkmal für Freiligrath.

Rosandek, 17. Juni. (B. L. B.) Heute nachmittag fand hier auf dem Rosandek die feierliche Grundsteinlegung zu einem Denkmal für Ferdinand Freiligrath statt.

### Aus der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 17. Juni. (B. L. B.) In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer interpellierte Bertheaux über die allgemeine Politik und verlangte im Namen seiner sozialistisch-radikalen Freunde Aufklärungen über die Regierungserklärung, die als eine Art Appell an die Mitarbeit der Parteien der Rechten und der Progressiven ausgelegt worden sei. Er sprach sich dann scharf darüber aus, daß die Regierungserklärung auf eine Reihe von Fragen, besonders die der Reorganisation des Heeres und der Altersversorgung der Arbeiter überhaupt nicht eingegangen. Ministerpräsident Briand erwiderte darauf und nahm die Regierung in Schutz. Bertheaux forderte dann Briand auf, sich in einer Weise auszusprechen, die seinen Freunden die Mitarbeit gestatte, ohne Resentiments haben zu müssen. Hierauf machte der Ministerpräsident ein zustimmendes Zeichen. Die Sitzung wurde darauf aufgehoben.

### Zur Entrettung Finnlands.

Petersburg, 17. Juni. (B. L. B.) Die Finnland-Kommission des Reichsrates hat beschlossen, eine sofort in Angriff zu nehmende Kodifizierung des finnischen Rechtes durch Institutionen des Reiches in Vorschlag zu bringen. Die Kommission hat sich weiter dafür ausgesprochen, daß dem Reichsrat das Recht zugesprochen wird, den finnischen Landtag um Gutachten bei Vorlagen zu befragen, die das Reich und Finnland gemeinsam betreffen.

### Der Boykott gegen Griechenland.

Konstantinopel, 17. Juni. (B. L. B.) Heute hat hier der allgemeine Boykott gegen griechische Schiffe, Kaufleute und Zölle begonnen. Auf diesbezügliche Vorstellungen antwortete der Minister des Meeres, die Regierung billige die Boykottbewegung nicht und werde ihr mögliches dagegen tun. Sie hoffe, der Boykott werde von selbst aufhören. Wie verlautet, hat in Smyrna der Boykott schon aufgehört.

### Mord.

Lissa, 17. Juni. (B. L. B.) Vergangene Nacht ermordete der belgische Deserteur Swid seine Gattin und seine Schwiegermutter. Die Gattin hatte Swid verlassen und sich geweigert, zu ihm zurückzukehren. Der Mörder wurde verhaftet.

### Die Cholera in Rußland.

Petersburg, 17. Juni. (B. L. B.) Obessa ist für Cholera-gefährlich, die Stadthauptmannschaft Nikolajew für Choleragefährlich erklärt worden.

### Verstehungsgelder.

New York, 17. Juni. (B. L. B.) Nachdem der hiesige Vertreter Boas der Hamburg-Amerika-Linie vor dem Kongresskomitee bezeugt hatte, daß die Schiffslinien gemeinschaftlich einem Vertreter der Assoziierten Presse in Washington 3000 Dollar zahlten, damit er ihnen Informationen betreffend der sie tangierenden Gesetzgebung übermittelte, machte der Repräsentant Humphrey vom Staate Washington im Plenum einen heftigen Ausfall gegen die Hamburg-Amerika-Linie und Wallin. Die Assoziierte Presse entließ den betreffenden Vertreter.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter.

Bei der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend gingen ferner für die ausgesperrten Bauarbeiter Deutschlands ein:

Gewerkschaftsliste Weinheim L. B. 50., Zahlstelle der Vorgesell... Arbeiter in Gräfenhain l. H. 28,65. R. B. Oberweiler 3,05. Kochmacher...

lerei Friedrich, 3. Rate, 14., Bezirk 130 und 134, 2. Kreis 14.,... l. H. 28,65. R. B. Oberweiler 3,05. Kochmacher...

15., Summa 544,85. — Schloffer bei Woldenhauer u. Frey... 15., Summa 544,85. — Schloffer bei Woldenhauer u. Frey...

Kleines feuilleton.

Wendelin Weißheimer, dessen Tod bereits angezeigt wurde, hat als Künstler und Mensch im modernen Musikleben eine beachtenswerte Rolle gespielt.

Wer hat das Gefrorene erfunden? Auf diese Frage, die in Betracht der großen Hitze der letzten Tage von besonderem Interesse ist, antwortet der „Figaro“ in einem langen Artikel.

entfernten Sterne viele Jahre gebraucht, um bis zur Erde zu gelangen, dann wird man leicht verstehen, daß die Wirklichkeit vorhanden ist, daß man mit starken Instrumenten die Lichtbilder von Sternen entlockt, deren wirkliche Träger im Universum nicht mehr vorhanden sind.



Selen. Sanitätsrat Dr. Stoltenhoff-Korkau bestreitet entschieden die Möglichkeit einer Annäherung in Kortau. Sanitätsrat Dr. Paulies-Kortau erklärt, der Pfleger Göbens habe ihm gesagt, Göbens habe sich darüber beklagt, daß die Angeklagte seine Anfangsbuchstaben in den Schnee eingekreuzt hatte. Die Angeklagte erklärt, sie weiß nur, daß ihre Pflegerin ihr mitgeteilt hat, Göbens habe „Lo“ in den Schnee gezeichnet.

Die Verhandlung wird auf heute morgen 8½ Uhr vertagt.

## Aus Industrie und Handel.

### Der nationale Dedmantel.

Interessenkonflikte bei der Gesellschaft Acherleben bildeten die Grundlage der als nationale Tat ausgeführten Gesetzgebungslösung in der Kaliindustrie. Eine Gruppe opponierte gegen die Verkäufe nach Amerika, angeblich weil dadurch nationale Interessen verletzt würden. Diese Gruppe war stärker als bei Acherleben bei anderen Kaliwerken interessiert. Zudem stellte sich noch heraus, daß auch diese Werke gern das amerikanische Geschäft gemacht hätten. Vielleicht weil das nicht gelang, besann man sich auf nationale Pflichten. Schließlich verfiel man auf den Gedanken, die öffentliche Meinung für sich einzufangen und dem glücklicheren Konkurrenten das Geschäft beim Abschluß der Amerikaverträge. Eine Revisionskommission wurde eingesetzt, die in einer am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung Bericht erstattete. Der Verwaltung wurden Verfehlungen nicht nachgewiesen. Als bemerkenswertes Vorkommnis verdient aber registriert zu werden, daß Schmidtmann, der Vertreter von Acherleben, nochmals ausdrücklich feststellte, Herr Emil Sauer, der Führer der Opposition, habe an Bradley, den Vertreter des amerikanischen Kalitrusts, seine Beteiligungen an fünf deutschen Kaliwerken angeboten, sich auch bereit erklärt, Vertreter des Herrn Bradley in die Verwaltungen hineinzunehmen oder selbst als Vertrauensmann der Amerikaner zu fungieren. Dies eine Beispiel zeigt deutlich genug, wie wenig die Kaliindustrie nach nationalen Gesichtspunkten handelt, die sie immer so gern in den Vordergrund schiebt. Herr Emil Sauer hat übrigens seinen Anteilbesitz nicht vermindert, was auch wohl als ein Zeichen dafür ausgelegt werden kann, daß er an dem antinationalen Geschäft seine Freude habe. Die ganze Affäre beweist wieder mal, was hinter der nationalen Phrase steckt. Sie dient nur als Dedmantel für Portemonnaieinteressen.

**Die Banken überall.** Aus Gesundheitsrücksichten lehnte Schmidtmann die Wahl als Vorsitzender des Aufsichtsrats ab, an seiner Stelle übernahm der Geschäftsführer der Diskontogesellschaft, Arthur Salomonsohn, den Posten.

**Ein Versuch am unzugänglichen Objekt.** Die Schlichterermung zu Berlin hat an den Hansabund eine Eingabe gerichtet, um ihn zu veranlassen, eine allgemeine Volksbewegung gegen die Verhinderung der Vieheinfuhr aus Dänemark zu entfesseln. Das wird der Hansabund nicht können und nicht wollen.

**Das Kohlenkontor als Mittelstandsführerin.** Die Rheinische Kohlen-, Handels- und Reedereigesellschaft hat nach ihrem Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1909/1910 einen Ueberschuß von 8 857 108 M. (i. V. 9 285 482) und einen Reingewinn von 5 644 804 M. (8 225 810) erzielt. Der Steinkohlen-Handelsvereinigung in Utrecht (der holländischen Filiale des Kohlenkontors) sei es gelungen, die englische Kohle weiter zu verdrängen. Im ober-rheinischen Geschäft sei eine Vermehrung des Absatzes nicht möglich gewesen, weil der niedrige Frachtenstand und der ununterbrochen gute Wasserstand es den konkurrierenden Firmen ermöglichte, für einheimische und fremde Kohlen mit Preisen an den Markt zu kommen, denen das Kohlenkontor nicht folgen konnte. (1) Das Kohlenkontor werde daher die jüngsten Bestrebungen auf einen Zusammenschluß der Partikularschiffer zur Verringerung des Frachtenstandes unterstützen. — Wenn den Partikularschiffern die Hilfe nur nicht schlecht bekommt. Wenn die Frachten tariflich festgelegt sind, dann könnte das Kohlenkontor vielleicht mit einer für die selbständigen Schiffer vernichtenden Konkurrenz einsehen.

**Städtische Eingangszugaben.** Auf Grund eines in dem Besche, betreffend die Einführung der Verfassung des Deutschen Reiches in Elsaß-Lothringen vom 25. Juni 1873, zugrundeliegenden Vorraths, haben sich mehrere Städte in Elsaß-Lothringen, nachdem vom 1. April 1910 ab die Erhebung von städtischen Zugaben auf Getreide, Mehl, Fleisch usw. ausgeschlossen ist, veranlaßt gesehen, ihre bisherigen Eingangszugaben zu erweitern. So umfaßt der am 1. April in Kraft getretene Offiziant der Stadt Metz 91 Positionen gegenüber 73 des bisherigen Tarifs, und zwar mit folgenden Abteilungen: Getränke und Flüssigkeiten, Holz- und Spezialewaren, Viehfutter, Brennmaterialien, Baumaterialien und Sonstiges (z. B. Klaviere, Hügel usw., Möbel, Automobile, Spielwaren). Eine größere Anzahl von Handelskammern richtete an den Deutschen Handelstag den Antrag, gegen die Erhebung derartiger städtischer Eingangszugaben Einspruch zu erheben. In einer Ausschussung am 14. Juni beschloß die Handelstag sich mit der Materie. In der Besprechung wurde an mehreren Beispielen gezeigt, in wie hohem Maße besonders die Einfuhr von Musikinstrumenten, Rohmaterialien und Spielwaren benachteiligt werde, und daß die Belastung zum Teil höher sei, als bei der Einfuhr nach Belgien, Holland usw. Diese Abgabe brächte zugleich eine unerträgliche Belastung des Verkehrs mit sich, weil zur Durchführung der Erhebung sämtliche Sendungen nach diesen Städten durchsucht werden müßten. Außerdem laufe jeder Gefahr, daß seine Waren konfisziert würden, falls er die vorgeschriebenen Formalitäten nicht erfüllt habe. Man sprach sich einstimmig dafür aus, daß in Elsaß-Lothringen keine anderen städtischen Eingangszugaben als im übrigen Deutschen Reich erhoben werden dürften.

**Hochwasser und Holzgewerbe.** Ueberschwemmungskatastrophen, wie sie jetzt über verschiedene Teile des Reiches hereinbrechen sind, bedeuten für das Holzgewerbe stets eine sehr unwillkommene Störung des Geschäftsganges. Immerhin findet sich im Frühjahr, wo sie eine regelmäßige Erscheinung sind und die Bautätigkeit erst anfängt, der Holzhandel leichter damit ab als jetzt in der Sommerzeit, wo jede Unterbrechung der Zufuhr die Möglichkeit größerer Verluste befürchten läßt. Denn nachdem nun der Arbeitskampf im Holzgewerbe wohl als beendet betrachtet werden kann, ist zu erwarten, daß der Holzbedarf in vielen Gegenden wächst. Bisher war allerdings der Einfluß der Bauarbeiterausperrung auf die Marktlage im Holzgewerbe erstaunlich gering gewesen. Nur vereinzelt wurden etwas niedrigere Preisangebote gemacht, wie z. B. für La Buch-Pine am rheinisch-westfälischen Markt, wo breite Ware Mitte Juni 100—105 M. kostete, gegen 102—110 M. Ende April, und schmale Ware 90—95 M. gegen 93 bis 100 M. Dabei ist gerade Rheinland-Westfalen von dem Bauarbeiterkampf besonders in Mitleidenchaft gezogen worden. Die Preise für Hobelholz sind mit dem 1. Juni um 0,20 M. erhöht und sollen im Juli um weitere 0,25 M. erhöht werden. Die Nachfrage der rheinisch-westfälischen Industrie nach Holz und der Möbelhersteller ist andauernd rego. Das Arbeiterangebot im

Holzgewerbe Rheinland-Westfalens ist zwar noch recht umfangreich, doch hängt dies zum Teil mit der Arbeitsruhe im Baugewerbe zusammen. Am süd-deutschen Holzmarkt hat sich der Geschäftsgang ebenfalls trotz der Bauarbeiterausperrung bis in die jüngste Zeit hinein lebhaft erhalten, so daß im allgemeinen die Preise sogar noch steigende Tendenz verrieten. Die Holzauktionen sind überaus rego verlaufen und Preisrückereien kamen so gut wie gar nicht vor. Fast durchweg ist das diesjährige Preisniveau erheblich höher als das der Vorjahre.

**Gegen den Diktat.** Ueber die Maßnahmen der österreichischen Regierung gegen den Diktat wird folgendes berichtet: Kündigung aller Ausnahmetarife für den Rohölbezug sowie Verfrachtung der Fertigprodukte und der Schlepplieferverträge. Hier wird der Umstand als Handhabe dienen, daß die Vacuum Oil Company bei Errichtung ihrer Anlage eine Verarbeitung von 8000 Wagen angeht, ihre Produktion aber seitler auf 14 000 Waggons erhöht hat. Die Staatsbahnverwaltung erklärt nun, daß durch diese Mehrleistung die Einmündungsstation der Schleppliefer detarrt überlastet sei, daß sie den Verkehr nicht bewältigen könne und daher zur Kündigung der Schlepplieferverträge gezwungen sei. Als dritte Maßnahme ist die Kündigung der Zisternentwagenvereinbarungen geplant. Diese Wagen werden zum Teil von den Staatsbahnverwaltungen beigegeben, jedenfalls nehmen sie aber die Gleisanlagen auf der Einmündungsstation hart in Anspruch, und die Staatsbahnen werden erklären, daß sie nicht in der Lage sind, eine so große Anzahl von Wagen beizustellen bezw. zu übernehmen. Schließlich denkt man daran, der Vacuum Oil Co. Schwierigkeiten insofern zu machen, als sie seinerzeit bei Konzessionierung ihrer Fabrik ihre Produktion mit jährlich 8000 Wagen angegeben hat, während sie jetzt, wie erwähnt, 14 000 Wagen verarbeitet. Wohl sind ihr seither verschiedene Bauansführungen gestattet worden, doch wird behauptet, daß dabei nie von einer Vergrößerung der Produktion die Rede war. Handhaben sicherheits- und sanitätspolizeilicher Natur, um gegen diese vergrößerte Produktion aufzutreten, finden sich gewiß. Die ungarische Regierung wird mit denselben Maßregeln gegen die Vacuum-Raffinerie in Ungarn vorgehen.

**Dem „V. L.“ wird unterm 17. Juni aus Wien telegraphiert:** Die österreichische Regierung hat der Vacuum Oil Co. von den 21 Häufständen am Vorhölber Bahnhof 18 mit zweitägiger Frist gelündigt, die restlichen drei mit zweimonatiger Frist. Dies bedeutet einen schweren Schlag für die Vacuum Oil Co., die ihre Zisternentwagen in Vorhölber nicht mehr füllen kann und das Rohöl in Fässern von Vorhölber nach Dyleidig transportieren muß.

## Aus der Frauenbewegung.

### Abnahme des Frauenüberschusses.

Bei der starken Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit, auf die wir dieser Tage hingewiesen haben, ist es von besonderem Interesse, daß die letzte Berufszählung 1907 zugleich eine deutliche Abnahme des Frauenüberschusses gezeigt hat. Der Präsident des statistischen Reichsamts, Herr van der Vorst, teilt in einem soeben im Druck erschienenen Vortrag mit: Im ganzen haben sich seit 1882 die beiden Geschlechter einander zahlenmäßig genähert. Damals waren noch 51,02 Proz. der Bevölkerung weiblichen Geschlechts, 1895 waren es 50,02 Proz., 1907 nur 50,65 Proz. Ein volles Gleichgewicht ist also noch nicht hergestellt, aber wir sind von einer einfachen Halbierung der Bevölkerung nach den Geschlechtern nicht mehr so weit entfernt wie sonst. Die weibliche Bevölkerung stellt von dem Volkszuwachs seit 1895 (9 850 000) nicht ganz die Hälfte (4 900 000) und hat sich seit 1882 langsamer vermehrt als die männliche und als das Volk im ganzen. Gegen 1895 ist das Volk um 19½ Proz., der weibliche Volksanteil nur um 18½ Proz. gewachsen.

### Beseabend.

**Niederschönhausen-Rothend.,** Montag, den 20. Juni, im Lokal von Radfed, Kaiser-Wilhelm-Straße 10: Vortrag der Genossin Jungwih.

## Gerichts-Zeitung.

### Militär gegen einen Fleischerlehrling.

Die Sistierung eines Fleischerlehrlings, Schülers der Koch- und Fleischschule der Fleischereinnung, durch einen Offizier des Alexander-Garderegiments Nr. 1 auf dem Berliner Schlachthof, welche im März d. J. in Fleischerkreisen großes Aufsehen erregte, hatte jetzt noch ein Nachspiel vor dem Jugendgerichtshof, vor dem der Lehrling erscheinen mußte. Der Regimentskommandeur hatte nämlich Strafantrag gestellt, weil der Lehrling den künftigen Dienst, d. h. den Fleischempfang der Truppen auf dem Schlachthof durch laute Zahlen gestört haben sollte. Zur Verhandlung vor dem Jugendgerichtshof, die vergangenes Freitag stattfand, waren der betreffende Offizier, 4 Grenadiere, 5 Fleischerlehrlinge geladen. Als Verteidiger fungierte der Leiter der vorgenannten Schule, Altmeister Burg. Die Urteilsverkündung war auf 8 Tage ausgesetzt und erfolgte erst gestern. Sie lautete, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ mittelst dem Antrage des Amtsanwalts gemäß auf Freisprechung, weil weder von verübtet worden Unfug, noch von Verleumdung die Rede sein könne; auch Widerstand gegen die Staatsgewalt ist von dem Beschuldigten nicht geleistet worden. Die Kosten wurden der Staatskasse zur Last gelegt.

### Wieder ein Neinfall der Spandauer Polizei.

Am Karfreitag (25. März) machten etwa 25 junge Leute, welche zum Teil dem Turnverein Freie Turnerschaft, zum Teil der Jugendorganisation angehörten, einen Ausflug nach Hinkelgrug. Witten im Walde ergriffen sie die Teilnehmer durch Spiele und sangen auch einige Turn- und Arbeiterlieder. Einer der Teilnehmer, der jugendliche Genosse Paul Steffens, der damals der Jugendorganisation angehörte, hatte eine rote Fahne, die er hoch trug. Dies sah der Gendarm Wellner. Er trat hinzu und verbot das Tragen der Fahne, trotzdem andere Vereinigungen mit schwarz-weiß-roten Fahnen unbehelligt blieben. Die Fahne wurde zusammengerollt. Als jedoch der Gendarm einige Schritte weg war, entrollte Steffens die Fahne wieder und trug sie unter Gesang vor sich her, hielt sie jedoch ganz niedrig. Der Gendarm stellte nunmehr den Namen des Fahnenträgers fest. Es folgte ein Strafmandat in Höhe von 15 M. wegen — groben Unfugs; hiergegen legte St. Einspruch ein. Die Sache gelangte am Mittwoch vor dem Spandauer Schöffengericht zur Verhandlung. Wie der als Zeuge vernommene Gendarm auf Befragen des Vorsitzenden erklärte, will er den groben Unfug in dem Tragen der roten Fahne und in dem Abfragen sozialdemokratischer Nieder gefunden haben. Als der Angeklagte, der durch den Rechtsanwalt Dr. Carl Liebmann verteidigt wurde, erklärte, er kenne keine sozialdemokratischen Nieder, hätte auch keine gesungen, sondern nur Turner- und Arbeiterlieder, meinte der Gendarm, es sei ein „Proletariatliebe“ gesungen worden. Auf weiteres Befragen des Vorsitzenden, ob denn anderes Publikum da war und sich jemand beschwert hätte, erwiderte der Gendarm, es seien Leute an ihr mit der Frage herangetreten: „Seit wann kommen denn jetzt die Sozialdemokraten mit roten Fahnen hierher?“ Der Amtsanwalt beantragte 15 M. Geldstrafe. Das Gericht folgte jedoch den Ausführungen des Verteidigers, daß der dargebrachte Unfug kein grober Unfug sei und erkannte auf Freisprechung. Dem Antrage des Verteidigers, auch die notwendigen Auslagen des Angeklagten auf die Staatskosten zu übernehmen, lehnte das Gericht ab, wiewohl der Sodverfall zeigt, daß ein durchaus Schuldloser wegen einer Tat, die nie strafbar sein kann, angeklagt war.

## Vermischtes.

### Das Hochwasser.

#### In Bayern und in Tirol

Scheint das Hochwasser seinen Höhepunkt überschritten zu haben. Nach einer telegraphischen Meldung aus Augsburg erreichte die Uebersutung des Lech in der vergangenen Nacht ihren Höhepunkt. Von der auf dem rechten Ufer befindlichen Gauerkolonie sind zwei Häuser eingestürzt.

#### Das Hochwasser im Ahrtal

hat nach den neueren Feststellungen einen Schaden angerichtet, der drei Millionen Mark bedeutend übersteigt. Wie amtlich berichtet wird, sind bisher 53 Leichen angeschwemmt worden. Unter den Vermissten Personen befinden sich auch anscheinend solche, die fortgezogen sind, ohne sich abgemeldet zu haben. Das Ufer namentlich für viele kroatische Arbeiter zutreffen. Der Eisenbahnbetrieb im Ahrtal ist teilweise wieder aufgenommen worden.

#### Das Hochwasser des Rheins.

Sehr bedrohlich ist die Lage am oberen Rhein. Aus Konstanz wird gemeldet, daß der Rhein rapide steigt, daß namentlich sämtliche Ufergemeinden überflutet sind. Aus Diebolsheim und Rheinau werden Dammbrüche gemeldet. Die Wassermengen errichten Rodämme. Bei Karlsheim und Rheinau hat der Rhein Wald und Feld überflutet. Die Ortschaften sind völlig unpassierbar, da das Wasser etwa 1½ Meter hoch das Land bedeckt.

#### Das Ueberschwemmungsgebiet der Schweiz.

Wie uns unser Baseler Korrespondent meldet, sind durch das Hochwasser leider zahlreiche Menschenleben zu beklagen. In Altdorf sind 12 Personen ertrunken, in Räfels (Kanton Glarus) ist ein mit Hilfsarbeiten beschäftigter Zimmermann in den Fluten umgekommen. In Dieboldsau (St. Gallen) wurde ein Holzarbeiter vom Strome fortgerissen und ertrank. Bei den Räumungsarbeiten in Schwende (Appenzell) ertrank ein Landwirt, der einem Verwandten half, seine Habe vor dem Wasser in Sicherheit zu bringen. In Schönenberg in Thurgau wurde eine Frau mit ihren drei Kindern und ein älterer Mann von den Fluten fortgerissen und ertranken. Bei Rodolf sind sieben Personen in den Fluten umgekommen. Das Ufer in dem vom Hochwasser betroffenen Bezirke ist ungeheuerlich. Viele Familien haben bei der Katastrophe Hab und Gut verloren. Tausende sind an den Wittefließ gebracht worden.

#### Hochwasser in Schlesien.

Aus verschiedenen Teilen Schlesiens kommen neuerdings Meldungen über schweres Gewitter mit wolkenbruchartigen Regengüssen. Mehrere Flüsse führen Hochwasser und sind teilweise über die Ufer getreten.

#### Die Verheerungen in Ungarn.

Nach amtlichen Meldungen aus dem Komitat Zugos laufen dort immer schrecklichere Details über die durch Hochwasser und Wolkenbrüche angerichteten Verheerungen ein. Am meisten betroffen sind die Bezirke Orsova, Bodovics und Rodoba. Ganze Dörfer sind in Trümmerhaufen verwandelt, mehrere sind gänzlich verschwunden. Die Saaten sind vollständig vernichtet. Die Straßen sowie die Telegraphen- und Telephonleitungen sind zerstört, jeder Verkehr ist unmöglich. Der gesamte Viehbestand ist zugrunde gegangen. Mehr als 200 Personen sind ums Leben gekommen.

#### Die Raube des Kunden.

In origineller Weise rächte sich ein junger Mann in Braunschweig an einem Schneider, der ihm einen schlechtkleidenden Anzug geliefert hatte und sich weigerte, ihn zurückzunehmen. Um dem Publikum zu zeigen, wie sehr er hereingefallen sei, zog er den Anzug an und befestigte sich ein großes Plakat auf den Rücken, auf dem geschrieben stand: „Dieser schlecht sitzende Anzug ist für 88 Mark von der Firma R. R. . . . Straße, geliefert.“ Damit ging er dann auf den belebtesten Straßen der Stadt einher und erregte natürlich großes Aufsehen.

#### Die Vergung des „Pluviose“.

Nach zweitägiger Dauer haben die Hebungsarbeiten an dem „Pluviose“ wieder begonnen. Riesenhafte Pumpen sind angekommen. Zwei Leichter sind in Kreuzform über dem Unterseeboot aufgestellt worden und zwar am Vorderende das eine und das andere am Vorderbord. Die Kotten sind sämtlich besetzt und angezogen. Die Pumpen, die an Bord des Dampfers „Giraffe“ angebracht worden sind, pumpen ein elektrisches Wasser aus dem Innern des „Pluviose“. Die im Innern des Unterseebootes noch befindlichen Leichen hofft man nunmehr bald bergen zu können.

#### Weniger Matrosen.

Aus Philadelphia wird gemeldet: An Bord des nach Australien bestimmten englischen Dampfers „Highland Monarch“ griff ein chinesischer Matrose den ersten Offizier mit dem Messer an, weil ihm dieser die Erlaubnis verweigert hatte, vor der Abfahrt noch einmal an Land zu gehen. Er wurde übermannt und in Eisen gelegt. Später unternahm alle anderen chinesischen Mitglieder der Besatzung plötzlich den Versuch, zu entweichen, doch wurden sie von den englischen Matrosen zurückgetrieben. Als der Dampfer abfuhr, sprangen sieben chinesische Matrosen über Bord. Vier von ihnen ertranken, drei erreichten das Land mit knapper Not.

#### Kleine Notizen.

Die Pulverfabrik Juntermühle im Kreise Wipperfurth lag am Donnerstagabend in die Luft. Ein Arbeiter wurde getötet, ein anderer schwer verletzt. Man vermutet, daß die Ursache einer Maschine warm gelaufen und dadurch die Explosion verursacht worden ist.

Schwerer Brandunfall. Auf der Jecke „Concordia“ bei Oberhausen ereignete sich ein noch nicht aufgeklärter Unglücksfall. Ein Bergmann wurde getötet, ein zweiter schwer und zwei andere leicht verletzt.

Ein Luftwurf wurde in Königgrätz an der 17jährigen Grundbesitzerin Rosa Warta verübt. Die Leiche, die ganzig Wipperfurth aufwies, wurde in einem Kornfeld aufgefunden.

Bei Erdarbeiten in Sarajewo wurden 24 Soldaten durch Erdmassen verschüttet. Zwei Soldaten wurden sofort getötet, einer erlitt schwere, drei leichtere Verletzungen.

Attentat auf einen Gendarmenoberst. In Radom (Rußland) ist der Gendarmenoberst Wonsiatki in seinem Bureau durch einen Polizeigenossen erschossen worden. Der Mörder und ein Mitschuldiger haben am Tatorte Selbstmord verübt.

Einen neuen Höhenrekord stellte der Aviatiker Brookins bei einem Fluge in Indianapolis auf. Er erreichte bei einem Fluge eine Höhe von 1700 Meter und hat damit den von ihm aufgestellten Höhenrekord überboten.

# Sozialdemokr. Wahlverein für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis.

Am Sonntag, den 19. Juni 1910, findet per Urabstimmung die

## Delegiertenwahl zum Internationalen Kongreß

in folgenden Lokalen statt:

- |  |  |
|--|--|
| 1. <b>C. Schulze</b> , Forsterstr. 17.     | 7. <b>O. Reetz</b> , Gohlerstr. 10/11.     |
| 2. <b>F. Wählich</b> , Stalitzer Str. 22.  | 8. <b>A. Boeker</b> , Heberstr. 17.        |
| 3. <b>M. Wig</b> , Stalitzer Str. 59.      | 9. <b>S. Hecker</b> , Samariterstr. 11.    |
| 4. <b>M. Grundmann</b> , Bückerstr. 18.    | 10. <b>A. Rott</b> , Straßmannstr. 29.     |
| 5. <b>P. Hoffmann</b> , Doppelner Str. 47. | 11. <b>L. Zwarg</b> , Friedeberger Str. 1. |
| 6. <b>P. Vitjin</b> , Remeler Str. 67.     |  |

218/18\*

Wahlberechtigt ist nur das Mitglied, welches bis zum März dieses Jahres seine Beiträge entrichtet hat.

Die Wahlzeit beginnt 10 Uhr vormittags und endet 1 Uhr nachmittags.

Der Vorstand.

## Deutscher Holzarbeiter - Verband.

### Ortsverwaltung Berlin.

Sonntag, den 19. Juni, vorm. 9<sup>1/2</sup> Uhr, im Patzenhofer Ausschank, Turmstr. 25/26:

## Mitglieder-Versammlung für Moabit, Wedding u. Gesundbrunnen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Schütte über: „Die Internationale“. 2. Renovation der Beitragskassen. 3. Beitragsangelegenheiten. Die Mitglieder sämtlicher Branchen werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen!

## Möbelpolierer (Bez. Osten)!

Montag, den 20. Juni, abends 5<sup>1/2</sup> Uhr (gleich nach Feierabend), im Ost-Kasino, Frankfurter Allee 106:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittlung. Referent: Kollege Guth. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Beitragsangelegenheiten.

### Achtung! Bibliothek!

Wegen der im Juli stattfindenden Inventur wird die Bibliothek bis auf weiteres geschlossen.

Sämtliche ausgeliehenen Bücher müssen bis Ende Juni eingeleistet werden. Vom 21. Juni ab werden keine Bücher mehr ausgegeben.

85/48

Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Metallarbeiter - Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau: Hof I, Amt 3, 1289. Charlottenstraße 3. Hof III, Amt 3, 1967.

## Versammlung der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker sowie aller in den mechanischen Betrieben beschäftigten Kolleginnen und Kollegen in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Redakteurs Genossen Georg Davidsohn über: „Humor des Auslandes“. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 4. Berichtendes. Kolleginnen und Kollegen! Da dieser Vortrag, ebenso wie der vom Genossen Davidsohn im April dieses Jahres gehaltenen Vortrag über „Deutscher Humor“, lehrreich und unterhaltend wird, so ersuchen wir für Ihren Besuch zu agieren.

Achtung! Erwerbslose Kranke. Achtung!

Da das Bureau am Donnerstag, den 20. Juni wegen Quartals- schluß geschlossen bleibt, erhalten die Kollegen schon am 19. Juni er. Ihre Unterstützung.

Des Weiteren werden die Kollegen ersucht, ihre Unterstützung abzuhängen, da sämtliche Bücher bis zum 20. Juni er. jedoch Kontrolle eingezogen werden; ausgeschlossen davon sind die Kollegen, welche sich in Heilstätten oder Krankenhäusern befinden und ihre Unterstützung nach Genehmigung der Krankheit abgeben.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Zahlstelle von Kramer, Zimmerstr. 64, nach

Stephan, Zimmerstr. 60, Die Ortsverwaltung.

Arbeiter sinden für ihren Beruf gute und billige Kleidung in großer Auswahl Brunnenstr. 158, Laden gelb gestrichen.

## Bauschule Zetel i. Oldbg.

Meister- u. Polierkurse. Nachweislich erfolgr. Ausbildung innerhalb 5 Monaten. Schulbeginn 1. Nov. Lehrplan frei.

## Parzelle M. 1100, Ang. 100 M. a. verf. Kolonie Dohlem Viehborf, Marzahner Str. 5, part. Tel. 2g. 676.

## Für Wanderer

empfehlen wir: Silva-Wanderkarten

Oberbayern, Ostbayern, Rheinberg, Schwarzwald, Straußberg, Teuplin, Märktische Schweiz. Silberfarbig 50 Pf., Goldfarbig 1 M.

## Silva-Wanderkarte

der Umgegend von Berlin mit Ortsregister Silberfarbig 50 Pf., Goldfarbig 1 M.

Silva-Märkischer Wanderatlas mit Ortsregister u. Begehrtschreibung Silberfarbig m. 14 Karten, geb. 1.00 M. 6 " " 22 " " 1.50 "

## Expedition des Vorwärts Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

# H. Weltmann Nachf. Stefan Esders

Kaiser-Wilhelmstr. 41-42, Ecke Spandauerstr. 70-71

Waschblusen Batist, weiss und farbig mit elegant. Einsätzen 1.60 1.90 2.50

Waschblusen modern gemusterter Zephir ... 1.25 1.90

Stickerei-Untertailen mit Banddurchzug 60 Pf.

Wasch-Unterröcke mod. gestreifte Leinen-Stoffe mit Volants .. 1.90 2.50 3.50

Sportschuhe bestes Segeltuch mit Chromsohle für Damen und Herren .. 3.50 5.50

Sandalen Pa. Rindleder, neueste Form ... 2.50 bis 4.00 für Kinder für Damen für Herren 5.00 5.90

Stroh Hüte von M. 1.00 an. Florentiner extra leicht 5.50

Lodenhüte orig. Anton Pichler, Graz aussergewöhnlich billig ..... 3.50 5.50

Sporthemden Pa. Zephir, neueste Muster und Bourette-Seide-Imit., weiss und gelb, mit Stehknopfbändern beste Qualität ..... 2.90 3.50 5.50

Sonntags nur von 8-10 Uhr vorm. geöffnet.

## Verband der Schneider. Filiale Berlin I.

### Achtung! Herrenkonfektion. Achtung!

Am Sonnabend, den 18. Juni 1910, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Schulz, Münzstr. 17 (Eingang Königsgraben), Sitzung für die Kollegen der Firmen Gopp u. Kurzweg, Paul Unger, Max Löffler, Nachol u. Lewin und Leopold Pinn.

Bei Schafnies, Neue Königstr. 30, für die Kollegen der Firma Müller u. Leopold.

Bei Zimmermann, Kurze Str. 17, für die Kollegen der Firma Albert Gräg.

Am Montag, den 20. Juni 1910, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Weichardt, Grünstr. 21, für die Kollegen der Firma S. Reichmann.

Bei Schlender, Poststr. 29, für die Kollegen der Firma P. Eisbach Nachf.

Zahlreichen Besuch erwartet Die Kommission.

## Kautabake - 5 Pfg.-Rollen

der Firma Fischer & Herwig, Hann. Münden. Erstklassiges Fabrikat. Hauptniederlage: Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70 Amt VII, 3047.

## Steinarbeiter!

Laut Versammlungsbeschlüssen beider Sektionen soll am Montag, den 20. d. Mt., auf allen Arbeitsstellen eine allgemeine Bücherkontrolle

vorgenommen werden. Zur Durchführung derselben sind sämtliche Kollegen verpflichtet, ihre Bücher zur Arbeit mitzubringen und gegenseitig zu kontrollieren. Das Hauptaugenmerk bei der Kontrolle ist neben den Beiträgen, Extrasteuern und Waimarken (1909) auf die

Führung des statistischen Fragebogens zu legen, dessen Abgabe mit dem Ablauf der 26. Beitragswoche zu erfolgen hat. Arbeitslose Kollegen melden sich im Verbandsbureau, Gehdestr. 30. 17/16\*

Die Ortsverwaltung.

## M. Schulmeister

BERLIN SO., Dresdener Str. 4. Hochbahn-Station Kottbuser Tor.

## Moderne Paletots und Ulster

1- u. 2-reihig. Formen zum Durchknöpfen, in d. neuest. Must. 48.50 45.- 40.50 21.50 36.50 32.50 29.50 M

## Jackett-Anzüge

elegante Fassons, prima Roßhaar-Verarbeitung 50.- 24.50 45.- 42.50 38.50 24.50 34.- 29.50 27.50 M

Rock-Anzüge . . . 29.50 54.00 M

Gehrock-Anzüge 36.50 70.00 M

Lüster-Jackets . . . 3.75-15.00 M

Wasch- u. Schillfleinen-Jackets . . . 2.00-7.50

Loden-Pelerinen . 10.50-24.50

Gummi-Mäntel . . 19.50-45.00

Herren-Beinkleider. Arbeiter-Berufskleidung.

Anfertigung nach Maß in eigenen Werkstätten unter meiner persönlichen Leitung. Prima Sitz u. Verarbeitung



# S. Gottlieb

Jeder sollte die Vorteile, die wir ihm sind, unserer Kundschaft zu bieten, wahrnehmen. Wir geben bis auf weiteres:

## Anzüge

G. m. b. H.

1 Anzug 20 M. Anzahlung 4 M.	1 Anzug 25 M. Anzahlung 5 M.
1 Anzug 35 M. Anzahlung 7 M.	1 Anzug 42 M. Anzahlung 8 M.

## Damen-Konfektion

Paletots, coul. 10-20 M.  
Paletots, schw. 12-30 M.  
Kostümstücke . 6-12 M.  
Blusen . . . . . 3-20 M.

## Knaben-Anzüge

In allen Größen 6-12 M.  
Rosenthaler Str. 54  
1 Treppe

1 Mark wöchentliche Abzahlung

Die Ferien nahen!

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Achtung! Dritte und vierte Ab- teilung (Friedrichstadt): Morgen Sonntag, den 19. Juni, Ausflug nach Friedrichshagen. Treffpunkt von 7 bis 10 Uhr im „Kurpark“ (Reich an der Bahn). Für Nachzügler: „Freibad Müggelsee“, hinter den Wasserwerken. Zahlreiche Beteiligung wünschenswert. Die Abteilungsleiter.

Zweiter Wahlkreis. Die 7. und 8. Abteilung veranstaltet morgen Sonntag, den 19. Juni, nachmittags, in Rabe's Garten, Fichtestr. 29, ein Familien-Kaffeeessen. 1 Liter 70 Pf., 1/2 Liter 35 Pf. Außerdem findet Konzert und Tanz statt. Kinderbelustigungen aller Art, Verlosung usw. Einen genussreichen Tag versprechend ladet ergebenst ein Die Kommission.

Der Sozialdemokratische Wahlverein Kreis Niederbarnim veranstaltet am morgigen Sonntag, den 19. Juni cr., sein diesjähriges Kreis-Sommerfest am Rummelsburger See in den Etablissements von Tempel, Café Bellevue in Rummelsburg, und Witwe Schonert, Neu-See-Land in Straßau, unter Mitwirkung mehrerer Arbeiter-Vergnügungs- und Sportvereine. Willetts im Vorverkauf 20 Pf. Kinder frei.

Eine Dreistigkeit sondergleichen leistet sich der Restaurateur Franz Schieffer, indem er große Plakate bei den Geschäft- leuten am Orte zum Aushang bringen läßt, auf denen er nach seinem Lokale zum „Kreis-Sommerfest, veranstaltet vom sozialdemokratischen Wahlverein Rummelsburg“, einladet. Am Schluß des Plakates heißt es: „Zu diesem Feste gewähre ich meinen Genossen und Genossinnen freien Eintritt sowie Freitanz. Mitgliedsbuch legitimiert.“

Hierzu bemerken wir ausdrücklich, daß das Kreis-Sommerfest des Wahlvereins Kreis Niederbarnim nicht bei Schieffer, sondern in den Lokalen Cafe Bellevue in Rummelsburg und Neu-See-Land in Straßau am Sonntag, den 19. Juni, nachmittags 2 Uhr, stattfindet.

Wir ersuchen unsere Parteigenossen, die Geschäftsleute von den unklarer Manipulationen des Herrn Schieffer in Kenntnis zu setzen und für Entfernung der Plakate zu sorgen. Mit Herrn Schieffer wird die Organisation an anderer Stelle noch ein ernstes Wortchen zu reden haben. Der Kreisvorsitz.

Charlottenburg. Am morgigen Sonntag feiern der Wahlverein in den Gesamträumen des Volkshauses das Sommerfest. Neben dem Konzert gelangen Gesangs- und humoristische Vorträge zur Aufführung. Außerdem: Preislegeln und -schießen, Blumen- verlosung, turnerische Aufführungen, Fadelpolonaise. Eintritt 25 Pf. Herren zahlen für den Tanz 50 Pf. nach. Anfang 4 Uhr. Kaffee- liche ist ab 8 Uhr geöffnet. Um zahlreichen Besuch erlucht Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen-Kordend. Sonntag, den 19. Juni: Fadel- Verbreitung in Mühlentel. Abmarsch mittags 12 Uhr vom Ge- nossen Schähler, Kordend, Plantensfelder Straße.

Reinickendorf-Nf. Am Sonntag früh findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt.

Reinickendorf-West. Sonntag früh 8 Uhr findet eine Flugblatt- verbreitung von den bekannten Lokalen aus statt. Dienstag, den 21. d. M., abends 8 Uhr, bei Wäde, Eichhorn- und Waldstraßen-Ecke, Mitgliedsversammlung des Bezirkswahlvereins. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Genossen P. Robinson über den Entwurf der Reichsversicherungsordnung. 3. Vereins- angelegenheiten. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Bezirksleitung.

Bezirk Oranienburg. Die Mitgliedsversammlung findet nicht am Sonntag, den 19. d. Mts., sondern am Mittwoch, den 22. d. Mts., abends 8 Uhr, im Lokal von E. Schumann statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Stadtverordnetenfraktion im ersten halben Jahr. 2. Parteiangelegenheiten. 3. Stellungnahme zum Stiftungsfest. Programme zum Sommerfest des Kreises am Sonnt- ag, den 19. d. Mts., sind noch beim Genossen D. Paris zu ein- nehmen.

Mühlentel und Umgegend. Sonntag, den 19. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr: Volksversammlung im Gasthof zur Sonne, bei schönem Wetter im Garten. Tagesordnung: Die politische Lage im Reich und in Preußen. Referent: Genosse Reichstagsabgeordneter Emil Eichhorn. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Berliner Bettler.

Während heute jeder arme Teufel, der bittend an die Tür klopf und dabei von einem Schuhmann erwischt wird, sistiert und verurteilt wird, gab es früher Zeiten, in denen Bettler gewisse Privilegien besaßen. Bereits im Jahre 1498 bestimmte der Rat, daß diejenigen, welche arbeitsfähig seien, nicht mehr Betteln sollten, den Bedürftigen dagegen das „Zeichen der Städte“ zu erteilen sei. Ein Visitationszettel von 1540 befahl, „da jetzt viele Bettler in den Gassen umherlaufen, welche arbeitsfähig und un- bekannt sind, so soll der Rat auf sie achten, und insofern sie sich zu arbeiten weigern, sollen sie verwiesen werden. Die Gebrechlichen aber sollen ein Zeichen erhalten, das sie am Hute oder Schleiter zu tragen haben, damit sie von den andern Bettlern, welche dieses Zeichen nicht haben, leicht zu unterscheiden sind.“ Ein solches Zeichen bestand im Jahre 1850 aus einem Stück Blei, etwa 1/2 Zoll groß, das in roter Prägung, in der Form eines Wappens- schildes den nach links aufsteigenden Bären ohne Halsband zeigte. Ueber demselben standen die Jahreszahlen 15 B (Berlin) 50 und 15 B 54. Das Zeichen galt also für 4 Jahre. Die späteren Zeichen waren aus Messingblech in der Größe eines Doppeltalers und trugen um den nach rechts gewendeten Bären mit dem Halsbande die Inschrift „Gebet den Armen zu Berlin“. Ähnlich ähnlliche Zeichen mit dem Adler. Derartige Bettlerabzeichen, die also ein Bettel- privilegium einschlossen, wurden nicht nur an Einzelne gegeben, sondern unter Umständen auch an Auswärtige, namentlich bei be- sonderen Unglücksfällen, Brand, Wasserknot usw. Die Männer trugen die Abzeichen am Hut, die Frauen am Schleiter, der — auch das war uniform — aus großer Leinwand bestand. Wahrscheinlich führte indessen die Privilegierung der Bettler zu großen Mißständen, denn Friedrich der Große richtete daraufhin das Arbeitshaus, den „Ohren- kopf“ ein, nachdem in kurzem mehr als 100 „mittwägige“ Bettler in Berlin aufgegriffen worden waren.

Das Schicksal der Königskolonnaden.

Die Königskolonnaden sollen bekanntlich im Botanischen Garten ihre Aufstellung finden. So ist es von den Gemeindebehörden be- schlossen worden mit Zustimmung der städtischen Behörden. Jetzt werden Mittelungen verbreitet, nach denen es als scaglios bezeichnet wird, ob nicht doch wieder die getroffene Entscheidung umgestoßen werden wird. Es sollen von Künstlern gegen die Aufstellung des Gontardschen Werkes im Botanischen Garten neuerdings wieder Ve- denken geltend gemacht und auch dem Kaiser vorgetragen worden sein. Ein neuerdings gemachter Vorschlag geht dahin, die Kolonnaden im Tiergarten aufzustellen. Der Kaiser soll, so will der

„Lokal-Anzeiger“ wissen, erneute Prüfung angeordnet haben. Wir können uns kaum denken, daß die nach langen Beratungen und Prüfungen getroffene Entscheidung schon wieder umgestoßen werden soll.

Die Polizeiverordnung über die äußere Heiligkeit der Sonn- und Feiertage vom 17. Mai 1910, wonach das Nichtverhängen der Schauläden und Schauläden fortan nur für die Zeit des Haupt- gottesdienstes (in Berlin, Charlottenburg, Wilmersdorf, Rigdort, Lichtenberg und Stralau: 10—12 Uhr, in Schöneberg und Bog- hagen-Dammelsburg 9 1/2—11 1/2 Uhr) strafbar ist, ist im Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam vom 27. Mai d. Js. ver- öffentlicht worden und daher gemäß Ziffer IV der Verordnung mit diesem Tage in Kraft getreten. Die Polizeizehntbeamten sind an- gemessen worden, nach Möglichkeit darauf zu achten, daß die frag- liche, auf Wunsch der Gewerbetreibenden herbeigeführte Milderung der bisherigen Vorschriften nicht etwa dazu mißbraucht wird, durch Geranziehung von Angelstellen usw. zum Auf- und Zuziehen von Vorhängen, Jalousien usw. außerhalb der im Handelsgewerbe an Sonn- und Feiertagen zugelassenen Beschäftigungszeit die Sonntags- ruhe der Handelsgeschäfte oder diejenige der Arbeiter zu beein- trächtigen.

Prügelpädagogien.

Trotz des seinerzeit von der städtischen Schuldeputation, auf Veranlassung des Stadtschulrats Dr. Fischer, an alle Lehrer und Lehrerinnen versandten Merkblattes bezüglich des Prügels der Kinder in den Gemeindefschulen, scheint doch häufiger weiter geprügelt zu werden, und zwar oft in Formen, daß man annehmen muß, daß das Merkblatt längst vergessen ist oder gar nicht beachtet wird. Vor uns liegt ein Aktzei eines Arztes mit folgendem Wortlaut:

„Der Knabe Otto F. wurde mir heute in der Sprechstunde vorgeführt, weil er von dem Herrn Rektor seiner Schule geschlagen worden sei. Am Gesicht findet sich bei ihm ein über beide Ohrläppchen ziehender roter, an den Händen bläulicher Striemen, am rechten Oberschenkel, an dessen äußerer Seite ein zweiter, der in weiterer Ausdehnung von einer blauen Blutunterlaufung umgeben ist. Berlin, 18. Juni 1910. Dr. . . . . . Arzt.“

Der Vorgang hat sich nach den Angaben der Mutter des Knaben in folgender Weise abgepielt. Frau F., die außer dem Knaben Otto noch 5 Kinder hat, mußte am Mittwoch früh eine dringende Angelegenheit erledigen und bat die Nachbarnfrau dafür zu sorgen, daß die Kinder rechtzeitig zur Schule kommen. Leider hat die Frau doch nicht aufgepaßt und der Junge kam infolgedessen zu spät und wurde sofort dem Rektor vorgeführt. Nach den Aus- sagen des Knaben hat er Prügel bekommen. Der Rektor habe ihm gesagt, er solle machen, daß er nach Hause komme. Als die Mutter nach Hause kam, fand sie den Knaben wieder vor. Sie nahm ihn am Arm und führte in — da gerade Sprechstunde war — dem Rektor zu. Auf die Frage, warum der Junge wieder nach Hause geschickt worden sei, bestritt der Rektor dies, und als der Junge sagte: „Ja, der Herr Rektor hat es doch gesagt!“ packt ihn der Rektor und rufte: „Du lägst!“ und prügelte ihn vor den Augen der Mutter durch.

Das sich der Vorgang, so wie ihn die Mutter schildert, zu- getragen, so ist das ein Vorgang, der die Fähigkeit dieses Pädago- gen in ein eigenartiges Licht stellt. Als der Knabe dann nach Hause kam, ist die Mutter, nachdem sie die Wirkung der Schläge am Körper ihres Kindes gesehen, zum Schularzt gegangen, der die Untersuchung aber verweigerte, da er ohne Schein eine solche nicht vornehmen dürfte. Am anderen Tage ging die Mutter zu dem attestierenden Arzt und hat dann den Jungen selbst wieder, aller- dings auch verspätet, in die Schule gebracht und dabei dem Rektor bedeutet, daß ihr Mann sich beschweren werde. Nachdem die Mutter fort war, ist der Junge von neuem, wie er angibt, vom Rektor geprügelt worden. Der Junge ist nun verärgert und will über- haupt nicht mehr zur Schule, denn er hat auch in der Klasse die Hosen herunterziehen und zeigen müssen, wie er aussieht.

Der Rektor der 288. Gemeindefschule in der Senefelderstraße, Herr Giller, in dessen Schule sich die Sache abgepielt hat, dürfte all Veranlassung haben, sich zu prüfen, ob er hier die Anweisungen seiner vorgesetzten Behörde befolgt hat und ob es sich mit den hohen Aufgaben eines Volkserziehers verträgt, das Kind vor den Augen der Mutter in der angegebenen Weise zu behandeln. Die Schuldeputation dürfte aber gut tun, zu prüfen, ob Herr Giller die notwendige Ruhe und Gemütsruhe besitzt, um das verantwortungsvolle Amt eines Rektors der Berliner Gemeindefschule zu verwalten.

Von den Anliegerbeiträgen. Der Besitzer Israel, der in der Schönhauser Allee in Berlin ein Hausgrundstück besitzt, war zu den Ausbauten dieser Straße zeitlich herangezogen worden. Er klagte gegen den Magistrat und verlangte Freistellung, indem er geltend machte, nach einer mit einem Stadtrat getroffenen Ver- einbarung hätte er keine Anliegerbeiträge zu zahlen. Eventuell müßte aber der geforderte Betrag ermäßigt werden. Die Straßen- bahngesellschaft habe nämlich zum Ausbau der Straße pro Meter 50 M. beigetragen, und das müßte bei Berechnung der Beiträge in Anrechnung gebracht werden, was nicht geschehen sei.

Der Bezirksauschuß wies die Klage ab, das Oberverwaltungs- gericht hob aber das Urteil auf und verwies die Sache an den Bezirksauschuß zurück. Die Vorinstanz müsse die Akten einsehen, ob sich daraus nichts für die Behauptung des Klägers ergebe, daß ihm tatsächlich Freistellung zugesichert sei. Ferner habe Kläger damit recht, daß vor Verteilung der Anliegerbeiträge von den Straßenverstellungskosten der fraglichen Straßenstrecke abgezogen werden müsse, was die Straßenbahn beigetragen habe. Denn der Magistrat könne nur verlangen, was er wirklich aufgewendet habe. Die Ueberwachung der Spre- und Habeldampfer wird seit einiger Zeit durch die Polizeibehörden sehr streng durchgeführt. In allen Haltestellen sind Beamte postiert, welche darüber zu wachen haben, daß die Dampfer nur die polizeilich vorgeschriebene Personenzahl aufnehmen. Schon die Fahrtscheinverkaufsstellen sind gehalten, nur soviel Fahrtscheine auszugeben, als der zur Fahrt fähige Dampfer Personen aufnehmen vermag. Von Zeit zu Zeit erhalten die Dampfer auch polizeilichen Besuch, um festzustellen, ob die Rettungs- apparate der Vordruck genügen. Die Rettungsgürtel werden durch Velastung im Wasser erprobt, auch wird recherchiert, ob eine genügende Anzahl Stricke sowie Stangen mit Rettungsbügel zum Auffischen ins Wasser gefallener Personen vorhanden sind.

Eine Menschenjagd

Verursachte gestern bei Straußberg großes Aufsehen. Aus der dortigen Fürsorgeanstalt war ein Jüdling — nur mit Hemd und Hose bekleidet — entwichen. Die Flucht war aber kurz darauf entdeckt worden und sofort machten sich fünf Beamte mit dem Spürhund auf die Suche nach dem Entflohenen. Kaum hatte der Letztere beobachtet, daß er verfolgt werde, so eilte er nach dem Straußensee, sprang in die kühlen Fluten und schwamm nach dem anderen Ufer. Die Verfolger setzten auf einem Kahn über und blieben dem Flüchtling weiter auf den Fersen. Aber trotzdem gelang es dem jungen Menschen glücklich zu entkommen. Er hatte sich auf der Flucht auch noch seines Weinscheides entledigt und sich mit einem Badeanzug versehen. Jedenfalls wird er in dieser Bekleidung nicht soweit kommen. Die Art, in der fünf Beamte mit einem Spürhund auf einen Menschen Jagd machen, scheint auf die Fürsorgeanstalt kein gerade glänzendes Licht zu werfen. Die Straußberger Anstalt steht

unter Leitung des Pastors Seifert und beherbergt Jüdlinge aus der Provinz Brandenburg.

Umlenkung von Straßenbahnlinien. Die Straßenbahn ist ge- nötigt, wegen Gleisarbeiten an der Kreuzung der Andreas- und Dresdener Straße die Linien 1, 3, 6 und 22 in der Nacht umzu- lenken. Die Umlenkung findet in den Nächten vom 20. zum 21. und vom 23. zum 24. Juni statt. In der ersten der beiden Nächte beginnt sie 1.30 Uhr, in der zweiten schon um 1 Uhr. Die Linie 1 (Stadtring) geht dann über die Bräuden-, Holzmarkt- und Markus- straße, den Grünen Weg und die Andreasstraße sowie umgekehrt. Von der Linie 3 (Großer Ring) kommt nur die Richtung A links um den Ring in Betracht. Die Linie geht dann von der Ecke der Köpenicker und der Adalbertstraße über die Köpenicker und Bräuden- straße wie die Linie 1. Die Linie 6 (Moabit-Müritzer Platz) geht über den Grünen Weg, die Markus- und Holzmarktstraße. Die Linie 22 (Müllerstraße-Kirchhof) wird in beiden Richtungen wie die Linien 1 und 3 abgelenkt.

Segelbootunglück. Donnerstag abend gegen 1/2 6 Uhr kenterte auf dem Tegeler See kurz vor der Liebesinsel ein Segelboot mit 2 Herren, dem Kaufmann E. und dem Ingenieur R., 2 Damen und einem dreijährigen Knaben. Durch die bewundernswürdige Energie und Tapferkeit der beiden Segler, beides vorzügliche Schwimmer, wurde die eine des Schwimmers untundige Dame und das Kind, die vom Boot abgekommen waren und zu ertrinken drohten, solange über Wasser gehalten, bis der in der Nähe befindliche Dampfer „Danfa“ der Sternegesellschaft, sämtliche Passagiere bergen konnte. Bis auf einige Verluste an Wertfachen, sind die Teilnehmer der Segelpartie mit dem Schrecken davon gekommen.

Unhold. Wegen Verbrechen und Vergehens gegen die Sittlich- keit wurden gestern zwei Männer festgenommen. Ein Maurer Karl Griese aus der Fürstenberger Straße rief an der einsamen Pappel auf dem Exerzierplatz an der Schönhauser Allee ein neunjähriges Mädchen an sich, schenkte ihm 5 Pf., nahm es dann mit nach der Wohnung seiner Braut und vergewaltigte es dort. — Ein russischer Glasarbeiter, Treitel Kaschnow, der in Berlin noch keine Wohnung zu haben behauptet, lockte ein kleines Kind nach der Bedürfnisanstalt nach dem Konbijnou-Platz und verging sich dort an ihm. Die Mutter, die die kleine vermißt und suchte, übertrafste den Unhold und übergab ihn der Polizei. Die Verhafteten wurden beide nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht. — Ein schweres Sittlichkeitsverbrechen ist gestern an zwei zwölf- jährigen Mädchen in Tegel verübt worden. Ein unbekannter etwa 30-jähriger Mann zog die Kinder durch Verabreichung von Geld- geschenken an sich und verschleppte sie nach dem Felde hinter dem Vorfriedhof, wo er sich an den Mädchen verging. Bei der An- näherung von Passanten flüchtete der Unhold, von dem bisher leider keine Spur gefunden werden konnte.

Ein aufregendes Drama hat sich Donnerstag nachmittags am Tegeler See abgepielt. Ein etwa zwanzigjähriges unbekanntes Mädchen, das sich längere Zeit in der Nähe der Dampferlandestelle aufgehalten hatte und das durch sein aufgeregtes Wesen die Auf- merksamkeit der Vorübergehenden hervorrief, ließ plötzlich an den Uferand und stürzte sich mit lautem Aufschrei in den Tegeler See. Man unternahm sofort Rettungsversuche, die aber vergeblich ver- liefen. Die Lebensmüde war bereits untergegangen und ertumten. Wahrscheinlich handelt es sich um eine junge Berlinerin.

Zu dem Leichensund bei Mariendorf an der Nichtenader Chaussee wird mitgeteilt, daß alle, die mit dem erschossenen aufgefundenen Redemdelisabranten August Kohnmey zu tun gehabt haben, nicht daran zweifeln, daß der Mann selbst seinem Leben ein Ende ge- macht hat. Kohnmey, der 37 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei Kindern im Alter von 14 und 9 Jahren war, gründete vor 11 Jahren in der Simonsstr. 11 mit seinem Bruder Franz eine Redemdelisfabrik, die durchweg 14 bis 16 Gesellen beschäftigte. Vor drei Jahren geriet er mit seinem Bruder in Zwist und trennte sich von ihm. Ein halbes Jahr später nahm er einen Tischlermeister Raffenberg zum Sozinus. Auch mit diesem vertrat er sich nur ein Jahr. Streitigkeiten führten dann auch hier wieder zur Trennung. Kohnmey richtete sich jetzt in der Alten Jakobstraße 4 eine Werkstatt mit vier Gesellen ein, während Raffenberg sein Geschäft in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umwandelte. Zwischen dieser Gesellschaft und Kohnmey schweben jetzt wegen der Auseinander- setzung noch verschiedene Rechtsstreitigkeiten in letzter Instanz bei dem Kammergericht.

Gestern nachmittags fand eine Obduktion der Leiche statt, deren Ergebnis jedoch noch nicht bekannt wurde. Die Verfestigung der Leiche hat nur feststellen können, daß sich fünf bis sechs Schröt- t ö r n e r im Kopf befinden, an der Stirn, am rechten Auge und an der Nase. Die Mariendorfer Kriminalpolizei läßt jetzt in der Um- gebung des Fundortes das Korn abmähen. Vielleicht findet man hierbei irgend einen Anhaltspunkt zur weiteren Klärung der Todesart.

Warnung vor Inassoschwindlern. In längerer Zeit gehen beim königlichen Polizei-Präsidium Berlin häufiger Anzeigen aus dem Publikum ein, in denen über Schädigung durch Agenten eines Berliner Inasso-Institutes geklagt wird. Gleichmäßig wird der Tat- bestand ungefähr folgendermaßen dargestellt:

Es erscheint — vorwiegend bei kleineren Geschäftsleuten — ein Agent, fragt, ob der Geschäftsmann ausstehende Forderungen habe, und preist auf die bejahende Antwort die Vorzüge des von ihm vertretenen Inassoinstitutes an, das tatsächlich die Nutzenstände ein- bringe. Auf die Frage, was denn das koste, wird dem Geschäfts- mann mit der größten Zungenfertigkeit auseinandergesetzt, die Kosten seien nur gering; das Institut bedinge sich 20 Proz. des ein- gebrachten Geldes aus und im übrigen würden ein geringes Eintrittsgeld und Portokosten beansprucht. Alsdann muß der Ge- schäftsmann seine Dokumente über die Nutzenstände übergeben und einen Schein unterschreiben — angeblich die Vollmacht zum Inasso; alles geschieht in größter Eile unter ständiger Bedeckung des Agenten, und der Auftraggeber kommt gar nicht dazu, den Vor- druck des von ihm zu unterschreibenden Scheines, der bisweilen sogar mit der Hand bedeckt wird, durchzusehen. Meist erst am folgenden Tage, sobald zu seinem großen Schrecken eine Nach- nahme über 15 M. von dem Inasso-Institut eingeklagt, nimmt er den Schein zur Hand (notabene wenn er ein Duplikat erhalten hat) und entdeckt nun, daß er sich nach dem Text auf der Rückseite des Scheines verpflichtet hat, ein Abonnement mit dem Institut auf zwei Jahre innezuhalten und außer der Inassoprobation von den Eingängen und den Porti pro Jahr 15 M. zu bezahlen. Bei etwaiger Nichtzahlung der Nachnahme erfolgt dann mit allergrößter Pünktlich- keit Klage (nach bereits vordrucktem Formular) und eventuell auch Verurteilung auf Grund des unterschriebenen Abonnement- Verpflichtungsscheines. Resigniert zahlt der Geschäftsmann auch die nicht unerheblichen Kosten und hofft, nun wenigstens einen Erfolg der Inassotätigkeit zu erfahren. Aber auch damit ist es meist nichts. Weil er jetzt keine Papiere wieder haben, um vom Institut die Sache abzunehmen, so kommt er zum zweiten Male über an; er erhält ein ebenso höflich wie bestimmt gehaltenes Schreiben, in dem gefagt wird, daß der Ueberbender der Papiere nichts entgegen- siehe, sofern zuvor 20 Proz. der einzuziehenden Beträge gezahlt würden. Ueberseht er nun gar noch in seinem Zorn und seiner Unlust, mit der Sache noch etwas zu tun zu haben, daß er drei Monate vor Ablauf des Abkommens aufzufundigen hat, so läßt daselbst vertragsgemäß noch zwei Jahre fort, und er muß abermals zweimal 15 M. bezahlen.

Es empfiehlt sich, daß alle diejenigen, die durch betrügerische Versprechungen solcher Art geschädigt sind, ihre Erfahrungen unter Beifügung der Unterlagen zur Strafverfolgung der Berliner Kriminalpolizei mitteilen.

### Die Quittungskarte.

Der Polizeipräsident gibt bekannt: Von manchen Arbeitgebern werden arbeitende Personen nicht eingetragelt, weil sie zurzeit nicht im Besitze einer Quittungskarte sind. Die Quittungskarte soll kein Ausweispapier sein, sie dient nur dazu, die durch das Invalidenversicherungsgesetz vom 18./19. Juli 1900 geforderte Markenverwendung nachzuweisen. Die im Publikum vielfach verbreitete Ansicht, daß sich ein Arbeitgeber strafbar mache, der eine Person ohne Quittungskarte beschäftigt, ist eine irrige. Die Karte braucht erst bei der ersten Lohnzahlung dem Arbeitgeber zum Einleiten der fälligen Marken vorgelegt zu werden.

Seim Spielern ertrunken ist gestern nachmittags ein 8-10-jähriger Knabe zwischen Hedmann- und Gölziger Ufer. Eine Stunde nach dem Unglücksfall wurde die Leiche des Knaben aus dem Wasser gezogen.

Ein entsetzlicher Unfall ereignete sich gestern vormittags in der Frankfurter Allee. Als der 43-jährige Arbeiter Albert Schulz aus der Prinzessinallee 15 den erkrankten Straßenwagen in der Nähe der Köpenicker Straße mit einem Zweirad passierte, kam ihm ein Geländewagen entgegen; Sch. bog diesem ausweichend auf die linke Seite hinüber. In diesem Augenblick wurde der Radfahrer von einem zweiten hinter ihm herfahrenden Lastwagen angefahren und geriet mit seiner Maschine zwischen die Räder an einander vorbeifahrenden Gefährte. Der Bedauernswerte wurde entsetzlich zugerichtet. Wie auf der nahen Unfallstation in der Warschauer Straße festgestellt wurde, hatte Schulz schwere innere Verletzungen erlitten, außerdem waren ihm Rippen und die Beine gebrochen. Nach Anlegung von Rotbändern wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain überführt, wo er unmittelbar nach seiner Einlieferung verstarb.

Von einem Vorortzuge überfahren und schwer verletzt wurde am Freitag früh der Eisenbahnarbeiter Paul Bionke, Niederbarnimstraße wohnhaft. Er war in den Morgenstunden auf der Strecke zwischen den Stationen Schlesische Bahnhof und Warschauer Straße mit Ausbesserungsarbeiten auf dem Bahndamm beschäftigt. Als er dabei die Stelle überfahren wollte, wurde er von einem Vorortzug, dessen Annäherung er wohl übersehen hatte, erfasst und zu Boden geworfen. Glücklicherweise geriet er zwar nicht unter die Räder des Zuges, erlitt aber bei dem Sturze sehr schwere innere und äußere Verletzungen, daß er in bedenklichem Zustande nach der Charité gebracht werden mußte.

### Ein Massenauflug

Der arbeitenden Jugend Groß-Berlins findet nächsten Sonntag (morgen) statt, der von den freien Jugendorganisationen von Berlin und den Vororten veranstaltet wird. Das Ziel ist das Restaurant „Mägdeleichen“ (Inhaber Gieseler) am Müggelsee, in dem alle Teilnehmer zusammentreffen. Die arbeitende Jugend will bei Spiel und edler Geselligkeit einen Sonntag im Kreise Gleichgesinnter verbringen. Die einzelnen Treffpunkte sind:

1. Abt. Binetoplatz (Normahof) 7 Uhr. 2. Abt. Bahnhof Schönhauser Allee 7 Uhr. 3. Abt. Dantsiger, Ecke Weidenburger Straße 7 Uhr. 4. Abt. Köpenickerplatz (Normahof) 7 Uhr. 5. Abt. Mariannenplatz (Heuereidenmal) 7 Uhr. 6. Abt. Hohenstaufenplatz 7 Uhr. 7. Abt. Weidenweg, Ecke Bornsdorfer Straße 7 Uhr. 8. Abt. Bahnhof Weissenhofstraße 7 Uhr. 9. Abt. Strom-, Ecke Lützowstraße 7 Uhr. 10. und 14. Abt. Bad-, Ecke Schwedensstraße (Normahof) 7 Uhr. 11. Abt. Malplaquet, Ecke Kajareth-Hofstraße 7 Uhr. 12. Abt. Gartenplatz 7 Uhr. 13. Abt. Ardenonplatz und Schöndorfer Allee, Ecke Schwedensstraße 7 Uhr. 15. Abt. Rorichplatz 7 Uhr. 16. Abt. Schlesischer Bahnhof (Kadestraße) 7 Uhr. 17. Abt. Bellealliance, Ecke Oneisenaustraße 7 Uhr. 18. Abt. Kettlerplatz (Uraniastraße) 7 Uhr. 19. Abt. Samosriterstraße, Ecke Frankfurter Allee 7 1/2 Uhr. 20. Abt. Gölziger Bahnhof (Sanitätsstraße) 7 Uhr. 21. Abt. Schleifisches Tor 7 Uhr. 22. Abt. Faustplatz 7 Uhr. — Baumhäuserweg, Bahnhof Baumhauenseweg 7 Uhr. Charlottenburg, Wilhelmplatz 7 Uhr. Edenstraße, Schloßplatz nachmittags 1/2 Uhr. Friedrichshagen. Wird nach bekannt gemacht. Johannisthal. Vor dem Lokal „Bürgergarten“ 8 Uhr. Karlshorst. Bahnhof Karlshorst 8 1/2 Uhr. Cestliche Vororte. 1. Abt.: Alt-Bogdano, Ecke Neue Bahnhofstraße 8 1/2 Uhr. — 2. Abt.: Scharnweber, Ecke Büchelstraße 8 1/2 Uhr. — 3. Abt.: Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde 8 1/2 Uhr. Pantow. Nieder-Schönhausen. Pantow (Kirche) 8 1/2 Uhr. Reinickendorf-Ost. Bahnhof Schönholz 8 1/2 Uhr. Reinickendorf-West. Scharnweber, Ecke Berliner Straße 7 Uhr. Wilmersdorf. Argeerdenmal 7 Uhr. Schöneberg. Palast-, Ecke Potsdamer Straße 8 Uhr. Tegel und Umgegend. Bahnhofplatz 7 Uhr. Tempelhof-Mariendorf. Wird nach bekannt gemacht. Treptow. Niehofstr., Ecke Eisenstraße 7 Uhr. Weihensee. Antonplatz 7 Uhr.

Jugendliche, auch Erwachsene, sind als Gäste herzlich willkommen!

Der Gesangsverein „Artenberger Harmonie“ veranstaltet am morgigen Sonntag in der Franerlei Friedrichshain am Königtör ein Konzert unter Mitwirkung des Sinfonieorchesters R. Fischer. Das Konzert beginnt um 4 Uhr. Der Eintrittspreis ist auf 20 Pf. festgesetzt. Bei ungünstiger Witterung wird im Saale konzertiert.

Bermüht wird seit Dienstag, den 14. d. M. der Schneider Albert Zimmermann, Groß-Plätersfelde, Wismarstraße 23. Derselbe war halbtags und ging nach der Krankenkasse nach Steglitz. Seitdem ist er nicht wieder gesehen worden. Sollte derselbe irgendwo erkrankt aufgenommen worden sein resp. angefahren werden, so wird um sofortige Nachricht an die Göttinger oder an das nächste Revier gebeten. Bei seinem Fortgange trug er einen blauen Jagdanzug, seinen englischen Hut und Schnurhose; er hat kurzen blonden Schnurrbart und dunkelblondes Haar und ist 25 Jahre alt.

## Vorort-Nachrichten.

### Rigdorf.

#### Verstöße Wahlschreiber.

In der Rigdorfer Stadtverordnetenversammlung gab es am Donnerstagabend wieder eine Wahlrechtsdebatte. Die sozialdemokratische Fraktion hatte den Antrag eingebracht, das verhängnisvolle Wahlrecht vom 17. Dezember 1908 betreffend die Bildung der Wählerabteilungen wieder aufzuheben. Die vorausgehenden, im 17. d. M. in der Debatte zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen, Stadtv. Scholz (Soz.) führte zur Begründung des Antrages aus: Wir wollen der bürgerlichen Mehrheit Gelegenheit geben, die in weiten Kreisen der Bürgererschaft durch den Wahlrechtsraub hervorgerufenen Empörung zu beseitigen. Da im August die Wählerlisten neu aufzustellen sind, ist jetzt die Gelegenheit da, dem Magistrat, der heute so wenig wie damals unser Vertrauen verdient, die nötigen Direktiven zu geben. Redner schilderte dann die Vorgeschichte des Ortsstatuts. Schon vor demselben habe der Magistrat im August 1908 in gefeulicher Weise die Wählerlisten nach dem Durchschnittpunkt aufgestellt und damit erreicht, daß 12 Proz. der Wähler zwei Drittel und 88 Proz. derselben nur ein Drittel der Stadtverordneten zu wählen hatten. Der Gesamtsteuersatz der dritten Wählerabteilung überstieg denjenigen in der zweiten und ersten Abteilung um 250 000 M. Aber trotz dieser Entziehung, welche diese Wähler aus der zweiten in die dritte Abteilung warf, eroberte die Sozialdemokratie drei Mandate in der zweiten Abteilung. Der Klasse Schreden hieß über den hiesigen Wahlrecht zu dem Wahlrechtsraub vom 17. Dezember 1908. Danach würden ganze 7 Proz. der Wähler 48, die ungeheure Masse der Arbeiter, Beamten, Handwerker, Gewerbetreibenden, nämlich 88 Proz. der Wähler,

nur 24 Stadtverordnete zu wählen haben. Nicht nur die Arbeiter sondern auch der ganze Mittelstand wurde dadurch zu Rechtlosen degradiert. Die gegenteiligen Behauptungen des Rates des Ortsstatuts, Rahmig, in der damaligen Debatte waren Verlegenheitsreden; der Proteststurm in der Bürgerchaft hat dies bewiesen. Eine ebenso zweifelhafte Rolle spielte der Magistrat mit seinen angelegten „Erhebungen“, die er bis heute nicht zu veröffentlichen gewagt habe. Trotz dieser Dinge habe man sich nicht geschaut, von Gerechtigkeit zu reden. Das Obergericht habe demgegenüber gezeigt, was Rechtens ist, und auf die Klage des Stadtv. Conrad gegen die Wählerlisten von 1908 unzweifelhaft ausgesprochen, daß für Rigdorf nur das Dreiteilungssystem in Betracht kommen könne. Obwohl vom Bezirksauswahlschuss unsere Klage gegen die Wählerlisten von 1908, die den anderthalbmaligen Durchschnit als Grundlage hatte und die Steuerergänzung der dritten Abteilung von 78,50 auf 180 M. hinaufsetzte, anscheinend verschleppt werde, so werde dieser sowohl als auch das Obergericht logischerweise nicht anders können und auch hier die Ungültigkeit der Listen aussprechen müssen. Die sozialdemokratische Arbeiterchaft werde jedenfalls energisch um Anerkennung ihrer wenigen gesetzlichen Rechte kämpfen und wenn ein Mattentönig von Prozessen sich dabei ergibt, die daraus dem Steuerfiskus entstehenden Kosten wolle die Sozialdemokratie vermeiden. Ziehen auch Sie, so betont der Redner, die Konsequenz aus dem Urteil des Obergerichtes und heben Sie das gefeulichte Ortsstatut auf. Wollen Sie das nicht, so kann und das vom parteipolitischen Standpunkt ja recht sein; besseres Agitationsmaterial können wir uns nicht wünschen. Wir verlangen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht. Wenn Sie gerecht wären, wie Sie fälschlicherweise behaupten, dann müßten Sie mindestens die nach dem Gesetz zulässige Zweiteilung in Rigdorf durchführen, nach welchem System 1/2 des Steuerbetrages die erste, 1/2 die zweite und 1/2 die dritte Wählerabteilung bilden. Bestimmt Sie die Jurist vor der Sozialdemokratie aber dazu, das Ortsstatut vom 17. Dezember 1908 aufrecht zu erhalten, so werden Sie der ersten Plamage eine verdiente zweite hinzufügen. — Kein einziger der Väter des Wahlrechtsraubes von 1908 wagte es, den treffenden Ausführungen des Genossen Scholz entgegenzutreten. Nur Herr Rosenow, ausgerechnet dieser sogenannte „liberale“ Stadtverordnete, unternahm es, mit einem rethorischen Gierzug ohne gleichen den ablehnenden Standpunkt seiner Fraktion zu begründen. Es war einfach verblüffend, wie er, der sich in eifrig-ästhetischer Schönerede nie genug tun kann, im Namen der Gerechtigkeit (!) die Notwendigkeit des schamlosen Wahlrechtsraubes nachzuweisen bemüht war. Das Schreckenswort der Arbeiterherrschaft im Rathaus malte er mit ängstlich-wehmütiger Stimme aus und behauptete frisch darauflos, daß dann der „Mittelstand“ ausgeschaltet sein würde, obwohl diese Tatsache gerade durch das Ortsstatut von 1908, also durch die fragwürdigen Mittelstandsreiter vom Schlage des Redners herbeigeführt wurde. Den kräftigen Zurufen der ändersten Linken gegenüber blieb dieser Vorkämpfer haus-agrarischer und kapitalistischer Interessenpolitik völlig taub; er interpretierte schließlich in das Wahlgesetz seine Meinung hinein, nach der daselbe ein Schutz gegen die Plutokratie sowohl als auch gegen die Demokratie sein soll. Daß das Gesetz missam seiner Begründung nicht den geringsten Anhalt dafür bietet, verklärt bei dem gewissenhaften Interpreten Rosenow nicht. Schließlich versuchte er es mit dem sattem bekannten „liberalen“ Schachzug, wonach man Anhänger des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts im Staate, in der Kommune aber anderer Meinung sein kann. „Klagen Sie!“ so rief er unseren Genossen zu, indem er gepreßt hinzufügte: „Es kommt einem Manne (er meinte anscheinend sich selbst damit) hart an, einen Irrtum einzugesiebeln!“ Es war dies ein bezeichnendes Geständnis politischer Charakterstärke! — Kräftig ging Stadtv. Conrad (Soz.) dann auch mit der Sorte „Gerechtigkeitsfuss“, wie sie der Vorredner vertreten hatte ins Gericht, nachdem er dem aus guten Gründen sehr still gewordenen „Abputzbater“ des Wahlrechtsraubes, Rahmig, einen kräftigen Hieb versetzt hatte. Lehnen Sie unseren Antrag ab — so sagte er treffend zu dem Wahlrechtsrauber Bloch —, dann bleibt Ihnen doch nur eine Galgenstrick! Sie haben eben gar kein Verständnis für die 88 Proz. Entrechteten in der Bürgerchaft! Sie klammern sich an die Macht und kämpfen allesamt für das Interesse des Geldsacks — und wenn ihn der Dämmis bestigt! Trotzdem werden Sie missam dem Wahlrechtswechselfalg bald abgetan sein! — War während der Ausführungen Conrad schon Leben in den Block gekommen, so führte das ausgezeichnete Schlusswort des Genossen Scholz zu einem heftigen Zusammenstoß, welcher — mehrfach lebhaft unterbrochen — feststellte, daß die meisten der Stadtväter nicht allgemeine, sondern einfach selbstsüchtige Privatinteressen vertreten. Der Stadtverordneten-Vorsitzer behauptete demgegenüber: „Es gibt hier keinen Stadtverordneten, der persönliche Interessen wahrnimmt!“ Diese Auffassung fand wirkungsvolle Ergänzung durch den Zuruf des Genossen Wulff: „Offiziell nicht!“ — Unter lebhafter Erregung nahm die von der sozialdemokratischen Fraktion verlangte namentliche Abstimmung dann ihren Anfang. Nur die Sozialdemokraten stimmten für die Beseitigung des Ortsstatuts — sämtliche bürgerliche Stadtverordnete votierten für die Aufrechterhaltung der Entrechtung von 88 Proz. der Bürgerchaft!

Die Wählerchaft wird jetzt mit aller Kraft daran gehen müssen, um mit den Gerechtigkeits-Jesuiten im Rathaus Rechraum zu machen.

Seim Spielern den Kanal gestürzt ist gestern, am Freitag nachmittags, das jährige Schindchen der Frankfurter Eheleute, Harzerstraße 94. Der Kleine kam am Köpenicker Ufer in der Nähe der Widenbrückbrücke dem schulpflosen Ufer zu nahe, fiel in den Schiff-fabrikkanal und konnte trotz eifriger Wiederbelebungsbemühungen zweier Schulleute nur noch als Leiche in die ertliche Wohnung gebracht werden. Die namentlich in der letzten Zeit häufiger wahrnehmbaren Ertrinkungsfälle spielender Kinder in diesem Kanal ermahnen die Eltern, ihre Kinder zur Vorsicht anzuhalten.

### Wilmersdorf.

Ein Schlossermeister als Geldschrancknacker. Großes Aufsehen erregt die gestern erfolgte Verhaftung des angesehenen Schlossermeisters L. aus der Auguststraße. Frau L. wollte gern eine Autotour machen, zu der aber ein „paar blaue“ gehörten. Der Schlossermeister, der diesen Wunsch seiner Frau gern erfüllen wollte, genügend bares Geld aber augenblicklich nicht beschaffte, traf sofort die nötigen Anstalten, um sich die notwendigen Geldmittel zu verschaffen. Der Zufall war ihm dabei zu Hilfe gekommen. Ein in derselben Straße wohnender Photograph W. hatte den Schlüssel zu seinem Geldschrank verloren und zur Herstellung eines solchen sich an den ihm bekannten Schlossermeister L. gewandt. Gegen Abend brachte der letztere den neuangefertigten Tresorschlüssel persönlich dem Photographen. Dieser war in seinem Atelier mit Retouchieren beschäftigt und rief durch die offene Tür dem Schlossermeister zu, er möge doch allein probieren, ob der Schlüssel paßt. Das geschah, der Schlüssel funktionierte zur Zufriedenheit und nach wenigen Schritten empfahl sich der Handwerker. Am nächsten Morgen vernahm der Photograph beim Kaffeemachen etwa 1000 M. in Kassenscheinen; er meldete seinen Verlust der Kriminalpolizei, ohne anzugeben, daß der Geldschrank am

Tag zuvor durch L. geöffnet worden sei. Am nächsten Tage darauf aber erlebte die junge Frau Schlossermeister L., die so gern zu Pfingsten eine Autotour machen wollte, eine innige Freude. Als das Ehepaar beim zweiten Frühstück saß, trat der Geldbriefträger herein und überreichte dem Schlossermeister einen Geldbrief über 400 M. Die junge Frau war ganz entzückt, daß, wie ihr Mann erzählte, ein alter Schuldner sich seiner erinnert und ihm diese Pfingstfreude bereitet habe. Die Überraschung wurde aber noch größer, als eine halbe Stunde darauf der Bruder der jungen Frau, ein unverheirateter Handwerker aus Schöneberg, atemlos ins Zimmer stürzte und dem Ehepaar freudestrahlend mitteilte, daß er soeben eine Postanweisung über 200 M. erhalten habe und ganz erstaunt sei, wer wohl das Geld geschickt haben könne, da ihm niemand 200 M. schuldig sei. Nun war die Autotour eine beschlossene Sache. Man lud schnell eine „entfernte Cousine“ ein und die Pfingsten amüsierte man sich zu Vierem draußen in der Provinz so lange, bis das letzte Goldstück verausgabt war. Der hinkende Vater kam aber nach. Am vorgestrigen Tage verhaftete die Schöneberger Kriminalpolizei den Schlossermeister, da sie ausreichende Beweise dafür gewonnen, daß er die 400 M. an sich und die 200 M. an seinen Schwager per Post abgeholt habe und daß das Geld, die Kassenscheine, aus dem Geldschrank des Photographen W. stammte. Der bisher unbefangene Handwerker wurde nach kurzem Verhör im Schöneberger Polizeipräsidium nach dem Untersuchungsfängnis in Moabit übergeführt.

### Charlottenburg.

Der Liebespark. Für den bekanntlich vor einigen Monaten von der Stadtgemeinde erworbenen Park zwischen dem Königs- und dem Liebensee, der infolge eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 9. März d. J. durch Ergänzungskauf auf einen Gesamt-Flächeninhalt von 87 148 qm für insgesamt 2 880 704,99 M. gebracht worden ist, soll nunmehr der Fluchtlinienplan festgelegt werden, der der Stadtverordnetenversammlung zur endgültigen Genehmigung zugegangen ist. Diese hatte beschlossen, daß ein wesentlicher Teil der Gesamtfläche als Wege-, Garten- bzw. Parkanlage erhalten bleiben soll, der Rest aber durch Verkauf als Bauland zu verwerten ist. Infolge dieses Beschlusses sollen von dem angekauften Terrain 20 820 qm für Parkanlagen verwendet werden, welche sich unmittelbar an das Seeufer anschließen.

Einem unentgeltlichen Nachhilfeunterricht in Deutsch und Rechnen für Ferienkolonisten während des Monats Juli richtet die Charlottenburger Schulverwaltung ein. Durch diesen Unterricht soll verhindert werden, daß die Kinder in der Schule zurückbleiben und am Schlusse des Schuljahres nicht versetzt werden. Die teilnehmenden Kinder haben sich am Dienstag, den 5. Juli, morgens von 7 1/2 Uhr ab bei Herrn Lehrer Fischer in Gemeindegemeinschaft XXVIII zu melden und ihre Bücher und Hefen mitzubringen.

### Schöneberg.

Beim Auffpringen auf einen Straßenbahnwagen schwer verunglückt ist der Courbidereffraße 10 wohnhafte 35-jährige Preiseur Paul Müller. M. versuchte an der Ecke der Haupt- und Helmstraße auf einen in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 59 zu springen, glitt jedoch ab und fiel so unglücklich, daß er mit dem linken Bein unter den seitlichen Schutzrahmen des Anhängewagens geriet, dessen Räder ihm den Unterschenkel total zermalmen. Der Schwerverletzte wurde nach der Inzuffation in der Vorderstraße und von dort nach dem Auguste-Victoria-Krankenhaus geschafft, wo ihm der Unterschenkel abgenommen werden mußte.

### Lichtenberg.

Stadtverordnetenversammlung. In der am Donnerstag abgehaltenen Sitzung brachte der Genosse Spielmann bei dem Punkt „Erbauung einer Schulküche“ einen Auszug der Kinder der Friedrichsschule daraus zur Sprache, weil sich hierbei sehr grobe Unzulänglichkeiten, die auf das Konto mangelnder Fürsorge des Lehrpersonals zu setzen sein würden, gezeigt haben sollten. Der Magistrat wurde beauftragt, die Angelegenheit zu untersuchen und dem Plenum Bericht zu erstatten. Eine etwas ausführliche Debatte löste eine Interpellation betreffend Regulierung des Triftweges aus. Der erste Bürgermeister gab eine Sachdarstellung, nach welcher die Verhältnisse, die sich mit dem Triftwege für die Gemeinden Lichtenberg und Friedrichsfelde verknüpfen, lebhaft als ein Verschulden Friedrichsfeldes anzuprechen seien. Es wurde angesetzt, die Gemeindevertretung von Friedrichsfelde über die Angelegenheit direkt zu unterrichten, der anscheinend, wenn man nach den Berichten über die Gemeindevorhandlungen urteile, eine Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse noch fehle. Der Magistratsvertreter hielt es jedoch nicht für opportun, über den Kopf des Gemeindevorstandes hinweg der Gemeindevertretung Mitteilung zu machen. Man müsse es dem Gemeindevorstand doch wohl überlassen, die schon längst zu seiner Kenntnis gelangten Materialien der Gemeindevertretung zu unterbreiten. Beschlossen wurde, gemeinsame Beratungen über verschiedene Fragen bei der Vertretung in Friedrichsfelde anzusetzen. Eine andere Interpellation betraf die Lieberschwemmungen in der Frankfurter Chaussee. Der Magistrat wurde ersucht, mitzutteilen, welche Maßnahmen getroffen seien, um für die Zukunft die Lieberschwemmungen zu beseitigen. Der Magistrat gab Kenntnis von dem Stande des Projektes einer ausreichenden Regenwasserkanalisation, wobei bemerkt wurde, daß bei ganz außergewöhnlichen Niederschlägen geringe Lieberschwemmungen sich wohl niemals vermeiden lassen. Ein anderer Punkt der Tagesordnung betraf die Aenderung der Viersteuerordnung gemäß den Beschlüssen des Reichstages. Der Beitritt der Stadt Lichtenberg zu der in Kassel zu errichtenden Geldvermittelungsstelle wurde genehmigt; ebenso die Erbauung einer Turnhalle auf dem Schulgrundstück in der Kronprinzessinallee. Ferner stimmte das Kollegium einer Vorlage zu, welche die Erhöhung der Tarifreifeitätsätze für die von der Stadt herzustellenden Kanalisationsanrichtungen bei Hausanschlüssen um 15 Proz. zum Ziele hat. Die übrigen Punkte betrafen lediglich geschäftliche Angelegenheiten oder Anträge auf Dechargeierung, die der zuständigen Kommission zur Vorprüfung überwiesen wurden. In geheimer Sitzung wurden vier Sachverhältnisse für die Kraftwagenaushebungskommission gewählt, darunter der Genosse Drähl.

### Ober-Schöneberg.

Ein tödlicher Automobilunfall hat sich vorgestern in Oberschöneberg ereignet. Der Klempererlehre Dehke hatte gegen Abend zur Fahrt nach Hause die Straßenbahn benutzt. Als er diese verlassen wollte, kam ein Kraftwagen herangefahren, dessen Annäherung D. nicht bemerkte. Als der Klemperer nach dem Bürgersteig hinübergehen wollte, wurde er von dem Auto erfasst und überfahren. Er erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er unter den Händen eines Arztes, zu dem der Verunglückte gebracht worden war, verstarb.

### Tempelhof-Mariendorf.

Kinderunterhaltungs spiele werden auch in diesem Jahre wieder unter Leitung von Mitgliedern der Freien Turnerschaft Tempelhof-Mariendorf in den Vormittagsstunden der kommenden Sonntage veranstaltet und zwar vom Sonntag, den 19. d. M. ab auf dem Spielplatz des Turnvereins in Mariendorf, Ecke Kurfürst- und Sauerweinstraße. Die Spielzeit ist festgesetzt von 9-12 Uhr. Treffpunkte sind: Tempelhof 10 1/2 Uhr, Ecke Dorf- und Berliner Straße, 10 1/2 Uhr, Ecke Friedrichs-Kanal- und Berliner Straße; Mariendorf 10 1/2 Uhr, Dorfstraße (Kirche) und 10 1/2 Uhr, Weidenweg und Chausseestraße-Ecke. Nach dem Spielen werden die teilnehmenden Kinder zu den Treffpunkten zurückgeführt. Die zahlreiche Beteiligung im Vorjahre war für den Verein bestimmend, mit den Spielen schon vor den Schulsferien zu be-

ginnen; es werden deshalb die Eltern gebeten, ihre Kinder für einige Stunden wieder der Obhut der Turnerschaft anzuvertrauen.  
**Potsdam.**

**Tödlicher Unfall in der elektrischen Zentrale.** In der Kraftstation des städtischen Elektrizitätswerkes erlitt gestern nachmittags der Hilfsmonteur Brünning beim Arbeiten an der Strahlenleitung einen tödlichen Unfall. Ob die Betriebsleitung Schuld trägt oder ob ein Unglücksfall vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden.

**Jugendveranstaltungen.**

**Steglich und Umgegend.** Sonntag, den 19., veranstaltet die Steglitzer Freie Jugendorganisation einen Massenausflug nach dem Rügelschloßchen. Treffpunkt für Steglitz und Friedenau: Kaffeehaus, Friedenau, Rheinstraße. Der Abmarsch erfolgt pünktlich 8 Uhr. Für Spiele ist Sorge getragen. Fahrgeld hin und zurück 30 Pf. Wir fordern die Jugendlichen auf, sich an dieser Veranstaltung zu beteiligen. Der Steglitzer Ausflug vereinigt sich am Rügelschloß mit den Organisationen von Groß-Berlin.

**Potsdam.** Einen Jugendausflug unternahmen am Sonntag die gewerblichen Arbeiter und Lehrlinge unter Führung der Kamerorganisation. Es wird gebeten, die Teilnahme aller Berufs darauf aufmerksam zu machen. Versammlung um 2 Uhr am Tabakhauschen am Bassin.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 19. Juni, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee 15-17: Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr: Kleine Kantatier Straße 6: Vortrag von Herrn Professor Dr. H. Gehcke: „Religiöse Unzulänglichkeiten“. Damen und Herren als Gäste willkommen.

**Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metalarbeiter (G. d. 29. Hamburg).** Filiale Berlin 7. Mitgliederversammlung Sonntag, den 19. Juni, vormittags 10 Uhr, bei Hofmann, Walewaller Straße 3. — Filiale Rixdorf. Versammlung Sonnabend, 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Steinmeierstr. 114: Neuwahl der Ortsverwaltung. — Filiale Rieder-Steinstraße. Sonntag, 19. Juni, vormittags 9 Uhr: Generalversammlung bei Fritz Kabe, Wilhelmshof-Strasse 43.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 60, vorn über Treppen — 7 a b r u h i —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder Anfrager ist ein Besuch und eine Zahl als Versicherung beizubringen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

**Z. Z. 20. Ja. — 53 Zsh. 1.** Wenn die Trunkenheit und damit verbundene Unfähigkeit, die beruflichen Tätigkeit auszuführen, bewiesen werden kann, sind Sie nicht zahlungspflichtig. 2. und 3. Wundstich — bei Unbemittelten — 2 R. Höchstens 20 R. 4. Ist von der Zustimmung des Gläubigers abhängig. — **B. u. 2.** Haben wir leider nicht feststellen können. Fragen Sie bei dem zuständigen Amt an. — **Z. Z. 91.** Schwimmverein „Spreewort“, Vorsitzender E. Redin, Wiener Straße 13 III; Arbeiter-Schwimmklub „Reptun“, Weihensee, Röllstraße 12 bei Rensfel. — **C. 6. 1910.** 1. Schöneberg, Rathaus, Erdgeschoss Zimmer 4-7a; Wilmersdorf, Rathaus, Zimmer 17 und 18a. 2. 3-3 1/2. 3. Mühen wir ablehnen. 4. Nein. — **R. 6. 63.** 1. Nein. 2. Ja. — **Vorgiger Ausdeuter.** 1. Wenn die Werte nach Monaten bemessen ist — nicht gleichbedeutend mit den Zahlungsterminen — kann vom 15. zum 1. gekündigt werden, wenn nichts anderes vereinbart ist. Mittels schriftlichen Vertrages läßt sich eine beliebige Kündigungsfrist vereinbaren. 2. Ja. 3. Beim Gewerbegericht einen Antrag auf Ertrag einer einstweiligen Verfügung stellen. **Z. 50.** Sprechen Sie mit dem Vorsitzenden der Kammer persönlich. — **R. 8. 1.** Bis zu 25 Proz. 2. Die Staatssteuern. 3. Binnen 14 Tagen nach dem 12. Juni. 4. Die Auslegung genügt. — **R. W. 80750.** Rentier Hauke, Berliner Str. 93. — **W. B. Galenice.** Von der Gewerbesteuer befreit sind Betriebe, bei denen weder der jährliche Ertrag 1500 R. noch das Anlage- und Betriebskapital 3000 R. erreicht. — **W. W.** Wir raten zu einer Eingabe an den Polizeipräsidenten. — **S. 67.** Ein Arzt wird Ihnen Rat erteilen können.

**Amtlicher Marktbericht der städtischen Marktballen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktballen.** Marktlage: Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft rege, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft rege, Preise fest. Geflügel: Zufuhr genügend, in Gänzen über Bedarf, Geschäft lebhaft, Preise befriedigend. Fisch: Zufuhr ausreichend, Geschäft ziemlich rege, Preise wenig verändert, für lebende

frische hoch. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Säbfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft wenig befriedigend, Preise unverändert.

**Witterungsübericht vom 17. Juni 1910, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Strombe.	767 RRD		4 halbb.	15	57	Kabarda	763 B		1	mollent	19
Damburg	768 DED		3 mollent	18	64	Petersburg	764 RRD		1	seiter	15
Berlin	766 RRB		2 mollig	16	61	Scilla	768 DED		4	mollig	13
Frankf. a M.	767 RRB		1 Nebel	14	57	Dorbein	772 S		2	mollent	14
München	767 RRB		1 bedekt	12	54	Paris	765 B		2	bedekt	13
Wien	765 B		4 bedekt	15	59						

**Wetterprognose für Sonnabend, den 19. Juni 1910.**  
 Ein wenig wärmer, vorbergehend wolfig bei mäßigen nördlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.  
 Berliner Wetterbureau.

**Musikverein Freundschaft 1910.**

Sonntag, den 19. Juni: 25855  
**1. große Familien-Fußpartie mit Musik,**  
 nach Waidmannslust-Bergschloß.  
 Abmarsch früh 7 1/2 Uhr vom Vereinshaus Rothes, Poststr. 3. Anschlag-Direkt mit Tanz 25 Pf. — Gäste willkommen.  
 Hebungskunde: Freitag im Vereinslokal, wofür auch Mitglieder aufgenommen werden.  
 Der Vorstand.

# 1<sup>te</sup> Reise-Woche

Dauer vom 18. bis 25. Juni

Billige Preise

Heute erstes Angebot, zweites Angebot folgt Mittwoch

**Herren-Kleidung**

- Jackett-Anzug No. 1. Gestreift u. kariert. Zwirnstoff ..... 9.-
- Jackett-Anzug No. 2. Glatte u. Cheviot-Gewebe. Neues Muster .. 24.-
- Ulster No. 3. Neuseitige Phantasiestoffe ... 21.-
- Ulster No. 4. Vornehme englische Ausmusterungen ..... 36.-
- Beinkleider No. 5. Haltbare Zwirnbootskins ..... 3.20
- Beinkleider No. 6. Eisenfest. Bootskins in recht sobhnen Streifen .. 7.-
- Gummimäntel No. 7. Echt englische u. deutsche Erzeugnisse. Neueste Sportfarben ..... 13.50

**Loden-Kleidung**

- Touristen-Anzug No. 8. Mit langen od. kurzen Haasen. Praktische Lodenstoffe .. 15.-
- Touristen-Anzug No. 9. Falten-Joppen-Innen. Neueste Ausmusterungen ..... 27.-
- Loden-Pelerine No. 10. Herren Glatter Loden ..... 8.-
- Loden-Pelerine No. 11. Kapuze u. Güter Strichlod. Tragband ..... 15.-
- Bozener Mäntel No. 12. Grau u. olive Strichlod. Praktischer Regenschutz 18.00 und ..... 15.-
- Alpen-Trachten No. 13. Für Herren und Knaben. Große Auswahl ..... Billige Preise
- Loden-Joppen No. 15. Verschiedene Farben. Praktische Lodenstoffe ..... von 3.-

**Leichte Kleidung**

- Sommer-Joppen No. 15. Grün und grau ..... von 85 Pf. an
- Lüster-Jacketts No. 16. Schwarz, grau, einfarb. u. gestreift, von ..... 1.85 an
- Staub-Mäntel No. 17. Grün, moda, grau ..... von 2.75 an
- Wasch-Hosen No. 18. In karierten u. gestreift. Mustern, von ..... 1.35 an
- Sport-Anzug No. 19. Marinebl. Lüster-Jack, breith. u. weiss. Hose ..... 16.-
- Weisse Hosen No. 20. Gut waschbare Körper- u. Satinstoffe, von ..... 3.- an
- Flanellhosen No. 21. Creme. Mit umgebüg. Saum und Schlaufen, von ..... 5.50 an

**Herren-Artikel**

- Reise-Mützen No. 22. Englische grosse Formen .. von 85 Pf. an
- Loden-Hüte No. 23. Wetterfeste Loden, grau und olive ..... 1.90
- Stroh-Hüte No. 24. Matelotiformen, Herabgesetzte Bestände ..... 25 Pf.
- Panama-Hüte No. 25. 50-, 27-, 24-, 21-, 18-, 15-, 10.- u. ..... 7.00
- Reise-Hemden No. 26. Percals in schönen Mustern von ..... 2.- an
- Kragen 4fach No. 27. Stehkrag. 1.75 No. 27a. Stehuhmlegekragen 1/4 Dtz. ..... 1.45
- Reise-Krawatten No. 28. Selbstbinder. Das 1/2 Dtz. 1 M., das 1/4 Dtz. ..... 55 Pf.

**Reise-Artikel**

- Westen-Gürtel No. 35. In verschiedenen, schönen Mustern ..... von 95 Pf. an
- Rucksäcke No. 36. Grau-grün-Jagdleinwand 6-, 5-, 4-, 3-, 2-, 1.50 ..... 90 Pf.
- Stockschirme No. 38. 1a. Seidenbesüge mit Webe-Kante ..... 8.40
- Bergstöcke No. 39. Naturhölzer ..... von 75 Pf. an
- rikotagen, Strümpfe, Tag- und Nachthemden, Handschuhe, Taschentücher, Nejjacken

Für den Versand nach außerhalb gewähren wir während der Geltungsdauer obiger Angebote schon von 10 M. an freie Lieferung. Der Versand geschieht nur gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Gegenwertes.

# BaerSohn

Chausseestraße 29-30  
 Gr. Frankfurterstr. 20

11. Brückenstraße 11  
 Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Hauptkatalog No. 39 (neueste Moden) auf Wunsch kostenlos und portofrei.



Wäsche und Hüte werden in unserem Geschäftshaus Große Frankfurterstraße 20 noch nicht geführt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Nachruf.**  
Am 7. Juni verstarb unser Mit-  
glied, der Glasarbeiter  
**Pita Olfsch**  
Dochstraße 28.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung hat am 12. Juni  
stattgefunden.  
228/1 Der Vorstand.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Metallarbeiter  
**Hermann Gedicke**  
am 13. Juni am Unfall ge-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 18. Juni, nach-  
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Gemeinde-Kirchhofes,  
Markendorfer Weg aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
117/10 Die Ortsverwaltung

**Deutscher  
Transportarbeiter - Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Arbeiter  
**Bernhard Neymann**  
verstorben ist. 69/17  
Ehre seinem Andenken!  
Die Bezirksverwaltung.

**Verband der Maler,  
Lackierer, Aufstreicher usw.**  
Zentrale Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Maler  
**Friedrich Harms**  
am 8. Juni beim Baden er-  
trunken ist. 129/7  
Ehre seinem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.  
Die Kollegen der Firma Otto  
Schwarz, Steglitzer Str. 77, treffen  
sich am Sonntag, den 19. d. M.,  
vormittags 9 Uhr, auf dem Bahnh-  
of Grünau, um gemeinsam am  
Grabe des Verstorbenen einen  
Stenz niederzulegen. D. D.

**Zentralverband der Handlungs-  
gehilfen u. Gehilfinnen Deutschl.**  
Ortsverwaltung Groß-Berlin.  
**Nachruf.**  
Vor kurzem verstarb unser  
langjähriges Mitglied, der Kollege  
**Paul Carl.**  
Ehre seinem Andenken!  
286/18 Die Ortsverwaltung.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am  
Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Nathan Wand**  
129 Staliner Str. 129.  
Die schönsten  
**Herren-Frühjahrs-Paletots  
und Anzüge**  
in neu  
sowie speziell  
**Monats-Garderobe**  
von Kavaliere getragene Sachen,  
fast neu, für jede Figur passend,  
speziell Sauch-Anzüge sind in  
großer Auswahl stets zu staunend  
billigen Preisen zu haben.  
**Nathan Wand**  
129 Staliner Str. 129.  
Sachbureau Kottbuser Tor.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.



Einheitspreis für  
Damen und Herren M. 12,50  
Luxus - Ausführung M. 16,50  
Fordern Sie Musterbuch. V

**Salamander**  
Schuhfabr. m. b. H. Berlin

Zentrale:  
W 8, Friedrich-Strasse 183

C. König-Strasse 47  
SW. Friedrich-Strasse 221  
C. Rosenthaler Tor  
W. Potsdamer Strasse 6  
NW. Wilsnacker Strasse  
Ecke Turm-Strasse 9  
W. Tauentzien-Strasse 15  
N. Bad-Strasse 20  
Spandau, Breite Strasse 30  
Steglitz, Schloss-Strasse 20



**Zum Reichtum  
der erste Schritt**

ist sorgfältige und passende Sparbarkeit. Diefes  
erreichen Sie dadurch und legen viel Geld zurück,  
wenn Sie Ihren Bedarf an Kleidungsstücken im Kauf-  
haus für Monatsgarderoben Große Frank-  
furter Str. 93 beden. — Für billiges Geld können  
Sie sich dort schick und elegant einkleiden, denn wir  
verkaufen von Millionären, Doktoren, Reisenden sowie  
feinsten Kavaliere nur wenig getragene, in den ersten  
Werktätigen Deutschlands und des Auslandes, teils  
fogar auf Seide gearbeitete, an Stoff und Haltbarkeit  
unübertroffene

	Serie I	Serie II	Serie III
Maß-Anzüge	8 M.	14 M.	18 M.
Maß-Paletots	6 M.	12 M.	16 M.

Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.  
**Kaufhaus für Monatsgarderoben**  
nur Gr. Frankfurter Straße 93. nur  
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.  
Streng reelles Geschäft. Keine Fiktionen am Platze.  
Abteilung II Neue Garderoben.  
nur Große Frankfurter Str. 93.

1 Mark

Eine Mark

wöchentl. Teilzahl. Halbere eleg. fertige

**Herren-Garderoben**

Bereits für Mass. □ □ □ Tadellose Ausführung

Anfertigung nach Mass.  
**Julius Fabian** Schneid-  
meister,  
Gr. Frankfurterstr. 37, II  
Eingang Strassberger Platz  
II. Geschäft:  
Turmstr. 18, I  
kein Lad.

1 Mark



**Zentralhaus mod. Herrenbekleidung**  
Neue Friedrichstr. 35  
neben Zentral-Waifenhalle  
liefert an jedermann elegante  
**Herren-Garderoben**  
fertig und nach Maß unter Ga-  
rantie für tadellosen Sitz gegen  
wöchentl. Teilzahlung von 1 M. an.  
Zuschneider u. Werkstatt im Hause.  
Auf Wunsch Besuch des Reisenden  
mit neuesten Stoffausstatt.  
Sonntags geöffnet.

**Ausnahme-Preise**  
Wollen Sie vorteilhaft kaufen?  
So kaufen Sie  
Ia. Briketts nach Gewicht!  
**A. B. KOCH**  
Kohlen- und Briketts-Großhandlung  
— gegründet 1893. —  
Hauptkontor:  
Berlin O. 34, Petersburger Straße 1.  
Telephon Amt 7, 3040 u. 3098.  
Lagerplätze:  
I. Rüdersdorfer Str. 71 —  
Ostbahn, Küstriner Platz.  
II. Fruchtstr. 13 — Ostbahn,  
Güterbahnhof.  
III. Behmstr. 28-34 — Ecke  
Schivelbeiner Straße.

Preise für Ia. Marken ab meinen  
Lagerplätzen von 10 Ztr. an:  
Ia. Halsteine Hansa p. Ztr. 70 Pf.  
Ia. Marienglock Salon p. Ztr. 72 Pf.  
Ia. Gotthold Salon . . p. Ztr. 82 Pf.  
Ia. Diamant Salon . . p. Ztr. 90 Pf.  
(ges. geschätzt p. Ztr. 115-120 St.)  
Ia. Ilse Salon . . . . p. Ztr. 90 Pf.  
Ia. Anthracit Cadé . p. Ztr. 2,20 M.

Transport bis in den Keller  
oder 4. Etage, je nach Quantum,  
10-18 Pfennige mehr.  
Bruchbriketts guter Qualität  
und Steinkohlen billigst.  
— Koks zu Anstaltspreisen.  
Holz, nach Wunsch zerklünnert,  
per Ztr. 2,00 M.  
Bei größeren Abschüssen und  
Original-Waggons sämtlicher  
Brennmaterialien verlangen Sie  
meine Spezial-Offerte.  
Versand nach allen Bahnhöfen.

**Normalwäsche**  
für  
**Damen u. Herren.**  
**Margarete Dietrich**  
Berlin O.,  
**Mirbachstr. 25,**  
Eingang Samariterstraße.

**Hüte** In allen  
Preislagen.  
**R. Weidner, Hutmacher,**  
Prinzenstr. 57, an der  
Dresdener Str.  
Jahrgeld wird vergütet.  
**Lützower-Straße 5a,**  
am Rathaus.  
Schwefelstücken, Schulter . . 70 Pf.  
Schwefelstücken, . . . . . 25 .  
Rückenst. . . . . 65 .  
5 Pf. gemischte Wurt . 90 u. 80 .  
Rückenst. . . . . von 70 Pf. an.

**Den bekannten milden**  
und doch kräftigen Geschmack des Kaffees, wie er in Carlsbad und  
Wien getrunken wird, erzielen Sie durch eine kleine Beimischung unseres  
**Wiener-Kaffe-Zusatzes.**  
Die darin enthaltenen Feigen geben dem Kaffee  
den vollen herrlichen Geschmack.  
Thilo & v. Döhren, Wandsb. Bf.  
Paket à 10 und 25 Pfg. verkaufen alle besseren Handlungen.  
**Gratisproben überall erhältlich.**

**Gsten, Süden, Westen**

Neu eröffnet!

**Passage-Theater**

Rixdorf, Bergstraße 151/152.  
Vorführung nur erstklassiger, lebender, singender,  
sprechender und musizierender Photographien.  
Auf dem Gebiete der kinematographischen Kunst nur das  
**Neueste, Beste und Vollendetste.**  
Wissenschaftliche, lehrreiche, sowie humorvolle, naturwahre  
Bilder des wirklichen Lebens in klarer, anschaulicher Darstellung.  
**Vorzügliches Theater-Orchester**  
unter Leitung des Konzertmeisters Herrn H. Hollstein.  
Anfang der Vorstellung:  
Sonntags 4 Uhr. Wochentags 7 Uhr.

**Ambulatorium für Haut- u.  
Beinleiden**  
für Harn- und Geschlechtskrankheiten  
Kottbuserdamm 16-17, täglich 12-1, außer Dienst- u. Freit.  
Dr. med. Britz, Spezialarzt.

**Spezialhaus für Photographie**  
**Paul Loewe, Dresdener Str. 2,**  
Hochbahnstation Kottbuser Tor.  
Großes Lager in Apparaten und Bedarfsartikeln.  
Ringreife Papiere.  
Postkarten 10 Stück 25 Pf.  
Uebernahme aller photographischen Arbeiten. Tel. IV 10645

**Kramer's „Roter Laden“**  
Schöneberg, Hauptstr. 108.  
Spezialhaus für  
**Arbeiter- und Berufskleidung**  
für jeden Beruf passend.  
Streng reelle Bedienung! Große Auswahl! Billigste Preise!  
Ansehen ohne Kaufzwang gestattet.  
Eröffnung:  
Sonntag, den 18. Juni, nachmittags 3 Uhr.

**Berlin-Lichtenberg Kohlenvertrieb „Glückauf“**  
Güterbahnhof Frankfurter Allee.  
**Ausnahme-Preise**  
vom 1. Mai bis 31. Juli von 10 Zentner an ab Platz  
in nur prima Marken.  
Beste Vulkan Halbbestein-Briketts p. Ztr. M. 0,70,  
Heye „ „ „ „ „ 0,80,  
Prima Ferdinand Salon- „ „ „ „ „ 0,72, 1000 Stück 6,75  
Anker „ „ „ „ „ 0,82, 1000 „ 7,75  
Anh. Kohlenw. „ „ „ „ „ 0,90, 1000 „ 8,50  
Ilse „ „ „ „ „ 0,90, 1000 „ 8,50  
Brikettbruch, Steinkohlen und Koks billigst.  
Handwagen zur Verfügung.

**Jeder Herr, welcher schön!**

und elegant sich kleiden will, empfehlen wir große Vorräte beste Monatsgarderobe. Unsere Sachen sind in  
feinsten Werkstätten (teils auf Seide) gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebraucht.  
Für jede Figur (auch für den stärksten Herrn) haben wir passende Sachen auf Lager, jederzeit billig. Außerdem  
Herren-Paletots . . . . . 10 12 16 18 M. | Gehrock-Anzüge . . . . . 18 22 26 29 M.  
Jacket-Anzüge . . . . . 10 14 18 20 M. | Herren-Hosen . . . . . 3 4 5-7 M.  
Hof-Anzüge . . . . . 14 18 20 24 M. | Jacketts, Fracks, Smoking etc.

**J. WAND,** Hauptgeschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, an der  
Monats-Garderoben-Haus. II. Geschäft: Chausseestr. 89, Hindenburgstr. 277/20  
III. Geschäft: Brunnenstraße 179.

**Tuche u. Maßanzüge**

fertige Herren- und Knabensachen kaufen Sie am billigsten  
bei der Tuchgesellschaft Kottbuser Damm 16-17.  
Unser Bestreben ist es, jeden Zwischenhandel auszuschalten und  
Tuche wie Anzüge dem Publikum direkt zu äußerst billigen Preisen  
abzugeben. Maßanzüge — vornehmster Sitz wird garantiert —  
M. 32,00-85,00, fertige, sehr elegante Herren-Anzüge M. 4,50,  
Burschen-6,50, Knaben-1,25 an. Phantasiewesten M. 2,20. Elegante  
Sonntagshose M. 6,00. Stoff zum Anzug M. 5,00, zur Hose M. 2,25 an.  
Lüsterjackette 2,25 an. Gummimantel, sehr leicht, gegen Staub  
und Regen, 14,50. Lodenpelorien für Touristen 8,50. Waschanzüge  
für Kinder, große Auswahl, 0,90 an.  
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.  
Vereins-, Verbands- und Genossenschaftsvorstände laden wir im Interesse  
ihrer Mitglieder noch ganz besonders zur Besichtigung unseres sehr großen  
Lagers ein. Gern schicken wir unsere Vertreter mit Muster ohne Kaufverpflicht.  
Original englische Stoffe billig.

**Tuchgesellschaft Kottbuser Damm 16-17.**  
Vorzeigern dieses Inserats 5 Prozent Rabatt.

II. Generalversammlung des Deutschen Schuhbinder-Verbandes.

Erfurt, 15. Juni.

Am dritten Verhandlungstage

wurde die Generaldebatte über Erhöhung der Beiträge, Unterstützungsweisen und Jugendorganisation fortgesetzt. Sie fand ihr Ende, nachdem 88 Redner zu Worte gekommen. Kassierer Hauelsen sprach das Schlusswort. Die Debatte hatte sich zu einem leidenschaftlichen Redekampf gestaltet, bei dem bis zum Schluss mit Einsetzung aller rednerischen Gaben für und wider die Einführung der Invalidenunterstützung gekämpft wurde. Ueber Jugendorganisation und Beitragserhöhung hatten sich die Meinungen ziemlich einheitlich gestaltet. Man hielt beides für eine Notwendigkeit, wenn auch über die Höhe der Beitragserhöhung die Ansichten auseinandergingen. Mit großer Spannung wurde das Resultat der Abstimmung erwartet, die bei der Invalidenunterstützung eine namentliche war. Die obligatorische Einführung dieser vom Vorstand warm empfohlenen Unterstützungsart wurde mit 37 gegen 37 Stimmen abgelehnt.

Diese Ablehnung soll jedoch keine unbedingte sein. Es wird vielmehr die endgültige Entscheidung der Gesamtmitgliedschaft der vierten Beitragsklasse anheimgegeben, indem gegen 9 Stimmen folgender von Berliner Delegierten gestellter Antrag auf

Abstimmung

angenommen wurde.

Zwecks obligatorischer Einführung der Invalidenunterstützung für die 4. Beitragsklasse beauftragt der Verbandstag den Vorstand, eine Abstimmung unter den Mitgliedern der 4. Beitragsklasse auszusprechen.

Beschließt die Mehrheit der betreffenden Mitglieder die Einführung, so tritt die unveränderte Vorlage des Vorstandes mit dem 1. Oktober 1910 in Kraft. Als Beitrag zur Invalidenunterstützung werden 15 Pf. pro Woche erhoben.

Hierzu gab Verbandsvorsitzender Kloth die Deklaration, daß, wenn auch in der Abstimmung die Invalidenunterstützung abgelehnt würde, die jetzt bestehende fakultative Invalidenunterstützung weiter bestehen soll, unter Haftung durch das Verbandsvermögen — eine Feststellung, der von der Generalversammlung nicht widersprochen wurde.

Zur Frage der Jugendorganisation wurde die Resolution des Referenten Harder, die wir im gestrigen Bericht skizziert haben, gegen eine Stimme angenommen.

Die Festsetzung von Pflichtbeiträgen für die Empfänger von Kranken- oder Arbeitslosenunterstützung wurde mit 40 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

Zur Erhöhung der Beiträge wurde durch Abstimmung festgestellt, daß mit Ausnahme eines Delegierten alle anderen grundsätzlich für eine Erhöhung sind. Nachdem so in prinzipieller Hinsicht die Richtlinien gegogen waren, wurden alle zu diesem Tagesordnungspunkt noch vorliegenden Anträge einer Enquete-Kommission überwiesen.

Ueber den Punkt:

„Die Taktik bei Lohnbewegungen“

wurde in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt. Verbandsvorsitzender Kloth hielt das einleitende Referat dazu. Wir geben seine Ausführungen nur insoweit wieder, als er sie zu Resolutionen verdichtet hatte, die er dem Verbandstage zur Annahme unterbreitete:

Der Verbandstag steht grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß Tarifgemeinschaften für das gesamte Schuhbinder-gewerbe in allen seinen Verzweigungen nützlich und besonders auch zur Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz notwendig sind und der Gang der Entwicklung dahin drängt, daß die örtlichen oder für bestimmte Wirtschaftsgebiete bestimmten Tarife zu einem Reichstarif ausgestaltet werden müssen.

Diese Reichstarife würden zunächst für die verschiedenen Branchen unseres Gewerbes mit den zuständigen Arbeitgeber-organisationen abzuschließen und unter deren Mitwirkung einzuführen sein, und beauftragt der Verbandstag den Vorstand, zu geeigneter Zeit in vorgedachtem Sinne zu wirken.

Gleich dem 10. Verbandstag erkennt der 11. Verbandstag an, daß eine auf alle Fälle anzuwendende Taktik bei Lohnbewegungen nicht festgesetzt werden kann, da die außer-ordentlich verschiedenen gelagerten Verhältnisse in unserem Berufe dies nicht zulassen.

In Erwägung aber, daß eine siegreiche Durchführung von Lohnbewegungen nur dann zu erwarten ist, wenn eine rechtzeitige und sachgemäße Vorbereitung derselben stattfindet, hält der Verbandstag es für notwendig, daß den „Bestimmungen bei Streiks“ und den dazu gegebenen Anweisungen des Verbandsvorstandes im „Handbuch für die Bevollmächtigten“ strikte nachgekommen wird.

In fernerer Erwägung, daß die Streiks und Aussperrungen infolge der wachsenden Stärke der Unternehmerorganisationen und des in denselben herrschenden Geistes immer langwieriger und kostspieliger werden, erklärt es der Verbandstag für die dringende Pflicht aller Verbandsmitglieder, für rechtzeitige Gewinnung der in Betracht kommenden unorganisierten Berufsangehörigen zu Mitgliedern des Verbandes zu sorgen, damit auch diese pflichtgemäß zu der notwendigen Stärkung der Verbandsklasse und der Lokalkassen beitragen können.

Die lebhafte Diskussion, die sich den ganzen Nachmittag hinzog, brachte allgemein zum Ausdruck, daß es unbedingt notwendig sei, die Klasse zur Führung der Kämpfe zu stärken. Die Abstimmung über die beiden Resolutionen und die Anträge wird auf Donnerstag ausgeföhrt.

Jugendbewegung.

Zur Konferenz der Jugendausschüsse

wird und geschrieben:

Zu dem Referat über: „Sport und Spiel“ auf der neuerlichen Konferenz der Jugendausschüsse wurde eine Resolution angenommen, die nach der Darlegung der Notwendigkeit des Sports, der Spiele und der Wanderungen zu dem Schluß kommt:

Zu diesem Zwecke sind Spiel- und Turnplätze nebst den erforderlichen Gerätschaften bereitzustellen; ferner müssen zu jeder Jahreszeit Wanderungen und Spiele im Freien unternommen werden.

Dieser Absatz wird nicht die Zustimmung der gesamten Arbeiterschaft finden. Und zwar liegt der Kernpunkt im ersten Satze. Selbstverständlich sind zur körperlichen Ausbildung Spiel- und Turnplätze sowie die nötigen Geräte notwendig. Unwillkürlich wird sich aber jeder, der die Sache nicht vom einseitigen Standpunkt aus betrachtet, die Frage vorlegen: Wozu ist die Arbeiter-Turnbewegung da? Denn daß die körperliche Ausbildung der Arbeiterjugend in erster Linie Sache der Arbeiterturnvereine ist, wird jeder zugeben. Außerdem können Turnvereine diese Aufgabe

viel besser erfüllen als Jugendorganisationen, da sie die geeigneten Kräfte dazu haben, während die Jugendorganisationen solche gar nicht oder zum mindesten in sehr beschränktem Maße aufzuweisen haben. Die strikte Befolgung der Resolution würde zweifellos ein großer Schaden für die Arbeiterturnvereine sein. Die Arbeiterturnvereine haben aber dasselbe Recht an der Arbeiterjugend, wie die Jugendorganisationen.

Außerdem haben sich die Arbeiterturnvereine ein großes Verdienst um die Arbeiterjugend erworben, denn sie waren die ersten, welche die jugendliche Arbeiterschaft den patriotischen Vereinen entzogen. Bei strikter Befolgung der Resolution würden Reibungen zwischen den Turn- und Jugendvereinen entstehen, welche wahrhaftig nicht nutzbringend für die Arbeiterbewegung sein würden. In beschränktem Maße haben sich solche schon bemerkbar gemacht. In allen Orten, wo eine klassenbewußte Arbeiterklasse vorhanden ist, bestehen Arbeiterturnvereine und werden freie Jugendorganisationen entstehen, soweit sie noch nicht vorhanden sind. Viele Jugendliche sind nun Mitglieder in beiden Vereinigungen. Da nun die Turnvereine, wo irgend möglich, an den Sonntagen auf Spielplätzen Veranstaltungen arrangieren, kann nicht noch eine andere Vereinigung derselben Gesellschaftsklasse daselbst veranstalten. Spiel- und Turngeräte kosten Geld. Aus demselben Grunde ist es nicht angebracht, solche für die Jugendbewegung anzuschaffen, wo die Arbeiterturnvereine sie schon besitzen. Denn die Geldmittel für beide Vereinigungen werden von der Arbeiterschaft aufgebracht. Daher ist es Pflicht der leitenden Personen beider Vereinigungen, in den einzelnen Orten sich über die Frage zu verständigen. Es wird kein Arbeiterturnverein ablehnen, daß sich die Jugendorganisationen an ihren Spielen auf den Spielplätzen beteiligen. Selbstverständlich unter Leitung der Turnvereine. In diesem Sinne wird bereits an einigen Orten verfahren.

Sollten die Jugendausschüsse Anweisung erhalten haben, in dieser Weise zu wirken, so wäre diese Frage erledigt. Jedenfalls wäre dann aber notwendig, daß die Arbeiterschaft davon unterrichtet würde, damit keine irrigen Meinungen aufstünden. In der Resolution steht nichts davon. Darum wäre es zu wünschen, daß sich die „Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands“ dazu äußerte.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 16. 6., seit 15. 6., and Wasserstand, am 16. 6., seit 15. 6. Lists various locations like Remel, Tüft, Regel, Insterburg, Weichsel, Thorn, etc.

+) + bedeutet Hoch, - Fall, Unterpegel.

Der gestrige Wasserstand des Bodensees betrug am Pegel Konstanz 537 cm, d. h. 72 cm über Mittelhochwasser der Jahre 1896-1905 und nur 38 cm weniger als der dort bekannte höchste Wasserstand. — Auch der Redar ist sehr stark angeschwollen.

Stiller



Gegr. 1867

Jerusalem Str. 38-39
Friedrich-Strasse 75
Potsdamer Strasse 2
Tauentzien-Strasse 19a
König-Strasse 25-26
Schöneberg, Hauptstr. 146

Zentrale und Versand:
Jerusalem Str. 38-39

Zentrale für Herstellung von
individuellem Maßschuhwerk
und individuellen Plattfuß-
Einlagen unter spezialärzt-
licher Ueberwachung des
Herrn Dr. med. K. Lengfellaer
(früher Assistent von Prof.
Hoffa). Ärztliche Sprech-
stunden wochentags von 1/2 5 bis
7 Uhr in den Geschäftsräumen
Jerusalem Strasse 38-39

Man verlange Broschüre
über den „Senkfuß“.

Berg- u. Touren-Stiefel

in zweckmässigen Formen mit starken
Doppelsonnen, benagelt und unbenagelt

Stiller's Berg-, Touren- und Jagd-Stiefel sind aus eigens ausgewählten Materialien extra solid und stark
hergestellt, wobei alles getan wurde, um möglichste Wasserdichtigkeit und Geschmeidigkeit zu erzielen

Leinen-Stiefel und Leinen-Schuhe

für Damen, Herren und Kinder, in weiss, grau und mode

Damen-Lasting-Stiefel | Damen-Lasting-Schuhe

zum Schnüren oder mit Gummi-
zug, mit und ohne Lackkappe

mit Vorder- bzw. Seiten-
Gummi oder zum Schnüren

Geflochtene Leder-Schuhe und -Stiefel
Sandalen in naturgemässen modernen u. antiken Formen

Haus-, Garten- und Reise-Schuhe

Haupt-Preislagen für Damen- und Herren-Stiefel

10 50 12 50 15 50 18 00

Naturgemässe Kinder-Stiefel

in den reizendsten Modifarben

Der reichillustrierte Hauptkatalog wird kostenfrei versandt

# Theater und Vergnügungen

**Sonnabend, den 18. Juni.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Neues Königl. Opern-Theater.**  
Welterfänger von Nürnberg.  
(Anfang 7 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.

**Deutsches Ueber unsere Kraft.**  
Sammerpfeile, Niederwalzer.  
Leitung. Kassenluft.

**Römische Oper.** Der Regimentspapa.

**Neues Schauspielhaus.** Der Hinger.

**Kleines.** Nur ein Traum. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

**Berliner.** Taifun.

**Neues.** Die goldene Ritterzeit.

**Neues Operetten.** Der Graf von Luxemburg.

**Thalia.** Charless Tante.

**Deibel.** Dem gehört Selene?  
Kostüme. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

**Schiller O.** (Wagner-Theater.)  
Fidelio.

**Schuer Charlottenburg.** Die Katakomben.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches.**  
Eberhard Holmes.

**Volksoper.** Der Herr Verteidiger.  
(Anfang 8 1/2 Uhr.)

**Noie.** Was und Schließelhaft.  
Lustspielhaus. Das Leutnantsmündel.

**Metropol.** Gallos!! — Die große Heube.

**Folies Caprice.** Pariser Ehen.  
Das Verführungsfest. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

**Apolo.** Spezialitäten.

**Wintergarten.** Spezialitäten.

**Wassergarten.** Spezialitäten.

**Reichshallen.** Stettiner Sänger.

**Walhalla.** Spezialitäten.

**Prater.** Im Reich des Mars.

**Urania.** Landstreicher 1840.  
Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann.

**Sternwarte.** Spaldenstr. 57—62.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater  
Taubenstr. 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Von der Zugspitze zum Watzmann.**

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Tartakoff**  
Blüdel  
Mika Mikun  
The Kayions  
Zezelarette  
und das große  
**Variété-Programm.**

**Passage-Panoptikum.**  
**Lebend! Prinz Atom**  
der kleinste Mensch, der je gelobt.  
**Buddhas Tafel**  
weiß, kann, schreibt alles!  
Alles ohne Extra-Entree!  
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

**WINTERGARTEN**  
**La Tortajada**  
in ihrer neuesten Schöpfung:  
„Abenteuer eines Toreros“.  
**Les Neurs Polonaises**  
in ihrer Szene:  
„Ein polnisches Bauernfest“.  
**De Dio**  
Phantasie-Tänzerin  
und eine Kotte  
hervorragender Kunstkräfte.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/49.  
**Täglich:**  
**Konzert, Theater,**  
**Spezialitäten.**

**Folies Caprice**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Premiere.**  
**Pariser Ehen.**  
Der Athlet.  
**Die keusche Coquette.**  
Das Verführungsfest.

**Schweizer-Garten**  
Am Königstor —  
Am Friedrichshain.  
**Täglich:**  
**Theater,**  
**Spezialitätenvorstellung.**  
**Volksbelustigungen.**  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

**Max Kleins Sommertheater**  
und Festsäle.  
Inh.: Rudolf Krüger.  
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.  
**Täglich:**  
**Große Theater- u. Spezialitäten-**  
**Vorstellung.**  
Artist. Leitung: Walter Grünwitz.  
Kapellmeister: Max Wolfheim.  
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**  
Anfang: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

**Vereins-Brauerei**  
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.  
Oekonom: Max Wandt.  
**Täglich:**  
**Gr. Militär-Konzert.**  
Anfang wochentags 7 Uhr.  
Sonntags 4 Uhr.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wagner-Theater.)  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Eröffnungsvorstellung der Gott-  
fried-Oper: **Fidelio.**  
Oper in 3 Aufzügen von L. Beethoven.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr  
bei halben Preisen:  
**Der Waffenschmied.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Dollarprinzessin.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Die Dollarprinzessin.**

Schiller-Theater (Charlottenburg).  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die Katakomben.**  
Aufführung in 4 Akten von Gustav Dahl.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Der Bibliothekar.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Der Bibliothekar.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
**Kreis Niederbarnim.**  
Sonntag, den 19. Juni cr., nachmittags 2 Uhr beginnend:  
**Kreis-Sommerfest**  
am Rummelsburger See in den Etablissements  
Café Bellevue in Rummelsburg und Neu-Seeland in Stralau  
bestehend in: 238/9  
Konzert □ Gesangsvorträgen □ Spezialitätenvorstellung  
**Volks- und Kinderbelustigungen**  
aller Art, unter Mitwirkung mehrerer Arbeitervergnügungs-  
und Sportvereine.  
Billetts 20 Pf., Kinder frei. **Der Festaussch.**

**Brauerei Friedrichshain**  
Am Königstor.  
**Täglich: Große Militär-Konzerte.**  
Jeden Dienstag nachmittags 3—6 Uhr:  
**Frei-Vorstellung**  
der beliebten  
**Apollo-Sänger.**

**Luna-Park**  
**TERRASSEN**  
**HALENSEE**  
Größter Vergnügungspark  
des Kontinents.  
Originelle Attraktionen. Die gr. Sehenswürdigkeit Berlins.  
**Täglich Translater- und Militärkapellen.**  
Eintrittspreis 1 M.  
**Heute: Elitetag.**  
**Konzert der Berliner Liedertafel**  
unter Leitung ihres Dirigenten Professor Wagner.

**Achtung! Diez' nur Achtung!**  
**Seeterrasse Lichtenberg**  
Küderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Köpenicker Platz.  
Größtes und schönstes Lokal Berlins. Bei unangenehm warmer  
Wetter für 8000 Personen. — **Täglich:**  
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Auftreten der  
**besten Turmsteinkünstler** der Welt The. Liepelt  
sowie der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reise  
um die Erde in **1 Sekunde: Saltomortale v. 10 Meter Höhe**  
mit dem Fahrrad in den See.  
3 Gads, die phänomenalen Exzentri-Casadeurs? Die fünf Sinne?  
Vorwählcher automatischer Scherz. — Marga Darieff, brillante  
Rustal-Transformationsball. — M. Martin, hervorragende Burlesque-  
Pantomime-Duett. — Krill, Leopold Rosser, Original-Dumorelli  
mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlagern und das  
**neue beste Programm Berlins.**  
Jeden Sonntag:  
**Riesen-Land- und Wasser-Feuerwerk.**  
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.

**„Pharus-Sommer-Theater“**  
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhart.  
Berlin N., Müllerstr. 142.  
**Täglich: Im herrlichen Naturgarten Bei Regen im Theatersaal!**  
**Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung**  
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.  
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**  
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

**Hente Sonnabend**  
**Gr. Dampfer-**  
**Mondschein-Promenadenfahrt**  
Restaurant  
**Kyffhäuser**  
mit Musik und festlich illuminierten Dampfern nach  
Nieder-Schöneweide. Dampfer: **Gr. Sommerschiff.**  
Abends 9 1/2 bis 10 Uhr **Schillingbrücke**  
(am Schleißchen Bahnhof). Hin und zurück 50 Pfennig.  
25755

**Castans Panopticum**  
Friedrichstr. 165 (Paschorppl.)  
Geöffnet  
von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abds.  
**Der**  
**Mann mit der eisernen Zunge.**  
× Täglich 7 1/2 Uhr abends ×  
Sonntags 4 Uhr:  
**Heitere Vorträge.**

**Landesausstellungspark**  
am Lehrter Bahnhof  
Neu erbaut: Festliche  
Gartenrestaurant  
Konditorei und Café  
**Täglich Konzert**  
: von 4 Uhr ab :  
Dejeuners  
von 2.50 an bis 2 Uhr nachm.  
Diners und Soupers v. 4.00 an

**WELT**  
**PARK**  
Hasenheide 108—114  
**Amerikanischer**  
**Vergnügungs-Park.**  
**Spezialitäten-**  
**Vorstellung.**  
Allererste Kräfte.  
Mittwoch: Kinderfest  
Donnerstag: Feuerwerk  
Wasserrutschbahn, Liebes-  
mühle, Gebirgsbahn.

**CIRCUS**  
**HATLE**  
**KOMMI**

**BBB**  
Brunnenstraße 16.  
**Täglich:**  
**Garten-Vorstellung.**  
Aus dem Riesen-Programm  
besonders hervorzuheben:  
**Marineleutnant von Brinken**  
und der Spion.  
Eintritt 20 Pf.

**Volksgarten-Theater**  
früher Weimann.  
Dahlemer Str. 6, Beginn u. Bismarckstr.  
**Täglich: Konzert, Theater und**  
**Spezialitäten-Vorstellung.** Das neue  
Riesenprogramm. Zur Aufführung gelangt:  
**Robert und Bertram.**  
Gefte mit Gesang u. Tanz in 4 Akten.  
Jed. Donnerst. Gr. Brillant-Feuerw.

**200**  
**LOGISCHER**  
**GARTEN**  
Täglich:  
**Gastspiel d. Kapelle**  
des Kgl. Schwed.  
Dalregiments.  
Dir. Leutnant G. Vogel.  
Eintritt 1 Mark.  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder  
unter zehn Jahren die Hälfte.

**Gr. Berliner Kunstausstellung 1910**  
30. April bis 2. Oktober.  
Im Hof täglich Doppel-Konzert.  
Eintritt: 10—8 Uhr 1 M., v. 6 Uhr ab  
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauerf. 6 M.

**Ausstellung**  
für Bauindustrie u. Feinkeramik  
unmittelbar am Bahnhof  
Baumschulenweg.  
Gute Fahrverbindung durch  
Stadtbahn, Straßenbahn.  
Heute: **Doppelkonzert.**  
Kapelle des 1. Garde-Ulanen-  
Regiments unter persönlicher  
Leitung d. Obermusikmeisters  
Herrn Böser  
und „Schrammeln“-Konzert.

**Walhalla-**  
**Variété-Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.  
Abends 8 Uhr:  
**Die Bestie im Menschen.**  
Trag. Pant. und die übrigen  
Spezialitäten.

**Sommer-Theater**  
**Café Bellevue**  
am See und  
Bahnhof Stralau-Rummelsburg.  
**Täglich:**  
\* Spezialitäten \*  
Theater, Konzert.

**Puhmanns Theater**  
Schönh. A. 143 — Kastanien-A. 97/99.  
Oh (Hönl) Täglich: Ob Regen:  
Abends 7 Uhr:  
**Von der Wunderschaft zurück.**  
Der laune Soledad: Dir. Karl Reich.  
Bor- und nachher: Die brillanten  
Spezialitäten d. zweiten Jahreshälfte.  
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.  
Sonntags 7 1/4 Uhr.  
Entree 20-60, Sonnt. 30-100 Pf.  
Kinder halbe Preise.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger**  
Zum Schluß:  
Künstler d. Landstraße.  
Hr. Burleske von Meysel.  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.

**Burgtheater-Kinematograph**  
vorm. Grotzerstr. 14/15. Ros. Merz.  
Schönhauser Allee 149. Tel. 3, 9353.  
**Lebende Photographien.**  
Wochent. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.  
Sonnt. 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.  
Vorzugskarten nur Wochentags gültig.  
25 Pf. auf allen Bühnen.  
Stets wechselndes Programm.  
Jeden Sonntag im Oberaal:  
**Künstler-Konzert.**  
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.  
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

**Königsstadt-Kasino.**  
Politzerstr. 27, Ecke Alexanderstr.  
(Zuhörer: Max Schindelhauer).  
Im herrlichen Naturgarten täglich:  
H. a.: Else Wulfenitz, Soubrette.  
Paul Mattioli, Bouffeur.  
Emmy und August Clover, das  
kleinste Duettistenpaar der Welt.  
Anf. Wochent. 7 1/2, Sonnt. 6 Uhr.

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanienallee 7-9.  
**Täglich:**  
**Im Reiche des Mars**  
Spezialitäten, Konzert u. Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

**Victoria-**  
**Brauerei, Lützowstr. 111/112**  
Im Garten oder Saal: **Täglich**  
**Gr. humorist. Solree.**  
(Gesangsvorträge, Theater und  
Variété-Vorstellungen.)  
Sonntags, Dienstags, Donnerst.  
und Sonnabends: **Tanzkränzchen.**  
Anf.: Wochentags 8, Sonntags  
7 Uhr. — Alle Sonnt. gültig.  
Im Refektorium: Willagstraße 75 Pf.  
Ge. u. H. Halle zu jeftlichsteiten  
aller Art. Max Saeger.

**Nibles Festsäle**  
Dennowstr. 13  
Jeden Donnerstag und Sonnabend:  
**Tanzkränzchen.**  
Tages-Restaurant, Glas Bier, Selter,  
Reins Weize 10 Pf.  
Schöner Garten. Täglich geöffnet.  
25335\*  
K. NIBLE.  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

Abzahlungs-Geschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Credit-Haus Moabit

Credit-Haus

Lubascher, S.

Franz Abraham

Goldtröpfchen

Sinalco (Bilzbrause)

Si-Si

F. Falk

Bäckereien, Konditor

Feronia

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Hankes Brotbäckerei

Carl Kappler

Kunze, Grossbäckerei

Rich. Liebenow

Mache, Carl

Peter's Großbäckerei

Th. Turban

Ulbrich

Baderanstalten

Hohenstaufen-Bad

Börsen-Bad

Bad Invalidentstr. 16

Bad Frankfurt

Bad Ostend

Bandagen, Gummiw.

Panschow

Erscheint 2 mal wöchentlich

Wende, A.

Beerdig.-Anst. Sargm.

Beleucht.-Gegenst.

Berufsbildung

Schlesinger, Hermann

Wilh. Scholem

Schuch, M.

Wacker, A.

Bergbrauerei

Patzenhofer Braneriei

Patzenhofer Flaschenbier

Berliner Bock-Brauerei

Max Böhm

BORUSSIA

Brauerei „Germania“

Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg

Caramel-Weißbier

Groterjans

Kaiser-Brauerei A. G.

S. D. Moewes

Phönix-Brauerei

Richter & Co.

Roland

Schlossbrauerei

Spandauerberg-Brauerei

Berliner Kindl

Weissbier Albert Braun

Bezugsquellen-Verzeichnis

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung J. F. Assmann

Oskar Beck

A. Däweritz

Carl Franke

F. Hagen

Hasse, Wilh.

Maeding, J.

Maller, Ernst Max

Nordstern

Pomorski, Paul

Schröter, R.

Cacao, Chocolate

Cylix, G.

Seiffert, Erich

Teichmann, H.

Cigarrenhandlung

Bockmann, J.

Frei-Rauch

Alb. Kasulke

Fahrrad-Vertrieb

Fahrrad-Lehrling

Fahrrad-Haus

Damenkonfektion

Oscar Basch

Carl Brinmiller

Dombrowsky

Dressel

Carl Spitzer

Eisen- u. Stahlw. Waff.

Fliescher u. Wurstw.

Berliner Fleisch-Consum

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlaw

Fleisch- u. Wurst-Centrale

Wilh. Vogel

Wühle, Gust.

Grammoph. Sprechm.

Hoppe, Erich

Hoyer, A.

Jendrosch & Co.

Jahre, M.

Look's Rollschuh

Phonographen-Katz

Pietsch, Hugo

Haus- u. Küchengeräte

Dähnert, O.

Küchen-Schreiber

Sandow, Rud.

Schreier, Ad.

Korren-Artikel

Herren- u. Knabenanz.

Amerikanische Verkaufshaus

Blitz!

Bohn, R.

Ed. Freitag

Goldstein

Hamburg-Steglitz

Hirschfeld

Marks, J.

Untenstehende Geschäfte

Salberg, H.

Sie kaufen recht auch nach Mad

Nüte, Mützen u. Pelzw.

Bazar Norden

M. Grund

Hut-Centrale

Kehr-Hüte

Krüger, Otto

Littauer, Fr.

Paul Just

Kaseltit

